

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Horst Heimann

Marxismus, Revisionismus und  
Reformismus in der Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung

Herfried Münkler

Marx heute

Wilhelm Mensing

Zur Kulturpolitik der DKP

ISSN 0479-611 X

B 10/83

12. März 1983

Horst Heimann, Dr. rer. pol., geb. 1933; Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Philosophie in Berlin und Paris; bis 1976 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin; seit 1977 Dozent an der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg.

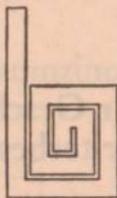
Zahlreiche Veröffentlichungen zur Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus und zur Auseinandersetzung mit der Neuen Linken, u. a. auch in dieser Zeitschrift; ferner: Theorie ohne Praxis — Sozialwissenschaft zwischen Gegenreform und Antireformismus, Köln 1977; Die Aktualität Eduard Bernsteins. Einleitung zu Eduard Bernstein, Texte zum Revisionismus, Bonn 1977; (Hrsg.) Dialog statt Dogmatismus — Wissenschaftspluralismus und politische Praxis, Köln 1978; Hrsg. mit Thomas Meyer, Bernstein und der Demokratische Sozialismus, Bonn 1978; Hrsg. mit Thomas Meyer, Reformsozialismus und Sozialdemokratie, Bonn 1982.

Herfried Münkler, Dr. phil. geb. 1951; Studium der Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt/M.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Iring Fetscher u. Hannelore Ludwig), Opladen 1981; Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz, Frankfurt/M. 1982; Afghanistan: Legitimität der Tradition und Rationalität der Modernisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/82.

Wilhelm H. Mensing, Dr. jur., geb. 1935; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; seit 1964 Beamter im Bundesdienst; von 1972 bis 1982 beurlaubt für die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Veröffentlichungen u. a.: Zum „Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus“ der CDU/CSU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/76; Maulwürfe im Kulturbeet — DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst, Zürich 1983 (erscheint in Kürze).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Marxismus, Revisionismus und Reformismus in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Der 100. Todestag von Karl Marx am 14. März ist eine der Ursachen dafür, daß im Jahre 1983 zum Thema Marxismus in aller Welt Tagungen, Kongresse, Gedenkveranstaltungen stattfinden und zu der bereits jetzt nicht mehr zu überblickenden Flut von Publikationen zu diesem Thema zahlreiche weitere Neuererscheinungen hinzukommen werden. Denn es gibt in der Geistesgeschichte der Menschheit keine Theorie, die so oft und so verschieden interpretiert wurde wie die Weltanschauung jenes Mannes, der die Notwendigkeit eines neuen Denkens mit folgendem Vorwurf gegen alles frühere Denken begründete: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Dennoch verdient das Thema „Marxismus in der Arbeiterbewegung“ nicht nur unter Jubiläumsgesichtspunkten Aufmerksamkeit. Denn mit dem „Historischen Materialismus“ und „Wissenschaftlichen Sozialismus“ hat Marx den in der Theoriegeschichte des Sozialismus bisher einflußreichsten und folgenreichsten Theorieansatz begründet.

Auch das Thema „Revisionismus in der Arbeiterbewegung“ verdient nicht nur unter Jubiläumsgesichtspunkten Aufmerksamkeit, weil

kurz vor dem viel beachteten 100. Todestag von Marx, am 17. Dezember 1982, der 50. Todestag von Eduard Bernstein so gut wie unbemerkt verstrich. Denn Bernstein war der erste international anerkannte Marxist, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts zentrale Theorien und Prognosen von Marx kritisch überprüfte, damit die Revisionismusdebatte auslöste und zum Begründer des Revisionismus wurde. Seither wird der Marxismus mit der revolutionären Arbeiterbewegung in Verbindung gebracht, der Revisionismus mit der reformistischen Arbeiterbewegung, die nicht auf dem Wege einer Revolution, sondern auf dem Wege von Reformen die Lage der Arbeiter schrittweise verbessern will. Dennoch sind Revisionismus und Reformismus nicht völlig identisch. Paradoxe Weise ist bis in die Gegenwart in der von Intellektuellen getragenen sozialistischen Theorietradition der Marxismus das einflußreichste und vorherrschende theoretische Vorbild oder Paradigma geblieben, obwohl in der gesamten organisierten Arbeiterbewegung Westeuropas, einschließlich der eurokommunistischen, der Reformismus nicht nur zum vorherrschenden, sondern zum alleinigen Paradigma für die politische Praxis geworden ist.

### Die Entwicklung des politischen Denkens von Karl Marx und seine Rezeption in der Arbeiterbewegung

Nicht durch die eigene soziale Herkunft, Existenz und Erfahrung wurde die Arbeiterklasse zu einem zentralen Begriff im Denken von Karl Marx, sondern durch die Logik seiner philosophisch-theoretischen Überlegungen. Denn er selbst wurde in gutbürgerlichen Verhältnissen am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines Rechtsanwaltes geboren. Nach dem Besuch eines Gymnasiums begann er 1835 an der Juristischen Fakultät der Universität in Bonn sein Studium, das er seit 1836 in Berlin fortsetzte. Sein Hauptinteresse galt allerdings der Geschichte und Philosophie. Entscheidend für die Entwicklung des politisch-philosophischen Denkens von Marx wurden seine intensiven Auseinandersetzungen, vor allem über die Philosophie Hegels, im „Doktorclub“ der Berliner Junghegelianer. 1841 promovierte er an der Philosophischen Fakultät

der Universität Jena über ein Thema aus der griechischen Philosophie.

In seinen universitären Lehrjahren in Berlin wurde Karl Marx zu einem kritischen bürgerlichen Linksintellektuellen, der sich politisch der liberalen und radikaldemokratischen Bewegung zuwandte. Da Pläne für eine wissenschaftliche Laufbahn als Privatdozent für Philosophie nicht zu realisieren waren, begann Marx 1842 an der liberalen „Rheinischen Zeitung“ in Köln seine journalistisch-publizistische Tätigkeit, die er neben seiner wissenschaftlich-theoretischen und politischen Arbeit sein ganzes Leben lang fortsetzte. Daneben begann er mit dem Studium sozialistischer und kommunistischer Literatur, die vor allem in Frankreich verbreitet war. Karl Marx ist also weder der Erfinder der sozialistischen

Idee noch der Begründer der organisierten Arbeiterbewegung. Als er in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts sein politisch-theoretisches Gedankengebäude entwarf, gab es bereits in den fortgeschrittenen westeuropäischen Staaten, vor allem in Frankreich, eine von linken Intellektuellen getragene Sozialismusdiskussion, die auch in die entstehende Arbeiterbewegung hineinwirkte<sup>1)</sup>.

Nach dem Verbot der „Rheinischen Zeitung“ und der Eheschließung mit seiner Jugendfreundin Jenny von Westphalen ging Marx 1843 nach Paris, um die Redaktion der von dem radikal-demokratischen Publizisten Arnold Ruge gegründeten „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ zu übernehmen. Dort setzte er sein Studium der sozialistischen Literatur fort und knüpfte zahlreiche Kontakte zu radikalen Demokraten und Sozialisten und zur entstehenden Arbeiterbewegung. In Paris begann schließlich auch die lebenslange Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Karl Marx und Friedrich Engels. (Engels, 1820 als Sohn eines Textilunternehmers in Barmen geboren, war während seiner kaufmännischen Ausbildung in England [1842—1844] dem Elend der Arbeiter im Frühkapitalismus begegnet. Aus dieser Erfahrung verfaßte Engels die anklagende Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, die 1845 in Leipzig erschien.)

Das praktisch-organisatorische Engagement von Karl Marx in der Arbeiterbewegung begann 1847, als er sich, nach seiner Ausweisung aus Paris inzwischen in Brüssel lebend, dem „Bund der Kommunisten“ anschloß, der bereits 1836 in Paris unter dem Namen „Bund der Gerechten“ als Geheimorganisation von Emigranten gegründet worden war. Von diesem „Bund der Kommunisten“ wurden Marx und Engels im Dezember 1847 beauftragt, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ zu verfassen, das am Vorabend der Revolution von 1848 in London erschien. Der Kern der politischen Zielvorstellungen von Marx war aber bereits in dem 1847 vom „Bund der Kommunisten“ angenommenen neuen Statut prägnant zusammengefaßt: „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.“<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Zur Entwicklung der Begriffe sozialistisch, kommunistisch, sozialdemokratisch etc. vergl.: Hans Müller, Ursprung und Geschichte des Wortes Sozialismus und seiner Verwandten, Hannover 1967.

<sup>2)</sup> Marx Engels Werke (künftig zitiert MEW), Ber-

Diese Forderung nach „Herrschaft des Proletariats“ hat Marx 1847 keineswegs nur aus dem konkreten politischen Anlaß ausgesprochen, daß er ein Statut für eine Organisation der Arbeiterbewegung formulieren mußte. Diese Forderung ist vielmehr das Kernstück seines philosophisch-politischen Gedankengebäudes, das im Jahre 1847 bereits fertiggestellt war und dessen Grundzüge von Marx nicht mehr revidiert wurden, nämlich das Konzept des Marxismus, das auch durch die Begriffe „Wissenschaftlicher Sozialismus“, „Historischer Materialismus“ oder „Materialistische Geschichtsauffassung“ gekennzeichnet wird. Franz Mehring, selbst ein undogmatischer Marxist, berichtet in seiner 1918 erschienenen Marx-Biographie, daß Marx bereits im Frühjahr 1845 in Brüssel seinem Freund und Mitarbeiter Friedrich Engels „den Grundgedanken des historischen Materialismus fertig ausgearbeitet vorgelegt“ hat<sup>3)</sup>.

Um die theoretische Leistung von Marx differenziert analysieren und beurteilen zu können, sind drei Ebenen zu unterscheiden, nämlich: 1. die Motive und Ziele seines Denkens, 2. die Resultate seines Denkens, also seine fertige Theorie: der Historische Materialismus, 3. die Rezeption und die Wirkungen seiner Theorie. Wichtigstes Motiv und Ziel seines Denkens ist es, einen Beitrag zur menschlichen Emanzipation zu leisten, also eine praxisbezogene Theorie zu entwickeln. Um diesem praktisch-emanzipatorischen Erkenntnisinteresse gerecht zu werden, ist sein Denken auf zwei Ebenen radikal-kritisch: Marx kritisiert und verwirft die bestehende gesellschaftliche Wirklichkeit, weil in ihr der Mensch seinem wahren Wesen entfremdet ist und sich nicht selbst verwirklichen kann. Und er kritisiert und verwirft das in dieser Gesellschaft vorherrschende Denken, weil es die bestehende Wirklichkeit nur interpretiert oder sogar rechtfertigt. Im Gegensatz zu diesem nur auf Interpretation oder reine Erkenntnis zielenden Denkansatz hat Marx die Intention seines Denkens, das auf gesellschaftsverändernde Praxis gerichtet ist, in der im Frühjahr 1845 niedergeschriebenen 11. Feuerbachthese zusammengefaßt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“<sup>4)</sup>

Ausgangs- und Bezugspunkt seines auf Gesellschaftsveränderung zielenden Denkens ist

lin (Ost), Bd. 4, S. 596. Dieses Statut ist interessanterweise auch abgedruckt als 1. Dokument in: Dokumente zur Geschichte der SED 1847—1945, Berlin (Ost) 1981, S. 7.

<sup>3)</sup> Franz Mehring, Karl Marx — Geschichte seines Lebens, Berlin (Ost) 1967<sup>2</sup>, S. 132 (erstmalig erschien diese Biographie von Marx 1918).

<sup>4)</sup> MEW, Bd. 3, S. 7.

aber zunächst nicht die Gesellschaft, sondern der Mensch. In einem 1844 in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ erschienenen Beitrag definiert Marx den Begriff „radikal sein“ als „die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst“. Ausgehend von der Voraussetzung, „daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“, gelangt er zu dem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“<sup>5)</sup>. In diesem emanzipatorisch-humanistischen Sinne definieren Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die angestrebte sozialistische Gesellschaft als „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“<sup>6)</sup>.

Karl Marx hat in den vierziger Jahren, noch vor der Revolution von 1848, aber nicht nur diese praktisch-emanzipatorischen Zielvorstellungen formuliert, womit er sich durchaus in Übereinstimmung mit anderen Sozialismusvorstellungen befand. Darüber hinaus glaubte er, wissenschaftlich erkannt zu haben, auf welchem Wege diese emanzipatorischen Zielvorstellungen Wirklichkeit werden müssen, nämlich auf dem Wege der proletarisch-sozialistischen Revolution, zu der der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat unausweichlich führen wird. Kerngedanke dieses von Marx entwickelten Historischen Materialismus ist eine objektivistisch-deterministische Geschichtsauffassung, daß die gesellschaftliche Entwicklung durch objektive Gesetzmäßigkeiten determiniert ist und unabhängig von den subjektiven Vorstellungen und Zielen der Menschen unaufhaltsam in Richtung auf den Sozialismus vorangetrieben wird, der das objektive Ziel der Geschichte ist. Als Wissenschaftlicher Sozialismus wird dieses Konzept deshalb bezeichnet, weil danach der Sozialismus nicht mehr mit moralischen Werturteilen oder subjektiven Wünschen der Menschen begründet wird, sondern wissenschaftlich, d. h. mit der wissenschaftlich bewiesenen Erkenntnis, daß der Sozialismus das unvermeidliche Ergebnis eines sich gesetzmäßig vollziehenden objektiven Entwicklungsprozesses ist.

In dem oft zitierten Vorwort, das Marx dem 1859 erschienenen Buch „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ vorangestellt hat, faßte er selbst die Grundgedanken des Historischen Materialismus — das Basis-Überbau-Schema — prägnant zusammen: „In der gesellschaftli-

chen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Im Laufe der Entwicklung entsteht ein Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, also den Eigentumsverhältnissen. „Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“<sup>7)</sup> Die in diesem Vorwort formulierten Grundgedanken des Historischen Materialismus sind aber nicht erst das Ergebnis seiner umfangreichen empirischen Untersuchungen der Ökonomie, sondern nach der ausdrücklichen Aussage von Marx das bereits bis 1847 gewonnene „allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente“<sup>8)</sup>.

Auf der Grundlage des Wissenschaftlichen Sozialismus begibt sich Marx — und jeder revolutionäre Marxist — in eine Doppelrolle: Als engagierter Politiker propagiert er die Revolution, ruft er zur Revolution auf, für die er selbst aktiv kämpfen will. Als Wissenschaftler aber stellt er nur wissenschaftlich fest, als objektive Tatsachenaussage, daß infolge objektiver Gesetzmäßigkeiten eine „Epoche sozialer Revolution eintritt“. Darüber hinaus meint er — unabhängig von seinem eigenen Kontakt mit Arbeitern und mit der Arbeiterbewegung — erkannt zu haben, daß das Proletariat zum kollektiven Subjekt, zum sozialen Träger der von ihm wissenschaftlich prognostizierten revolutionären Umwälzung werden wird. Bereits Ende 1843 leitete er die historische Mission des Proletariats, zum Träger der allgemeinen menschlichen Befreiung zu werden, nicht aus einer empirischen Analyse der Ar-

<sup>7)</sup> MEW, Bd. 13, S. 8 f. Nach Meinung der Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, die die Ausgabe der MEW besorgten, enthält dieses Vorwort „die geniale Charakteristik des Wesens der von Marx entdeckten, einzig wissenschaftlich materialistischen Geschichtsauffassung, die klassische Definition des historischen Materialismus“. Ebd. S. VII.

<sup>8)</sup> MEW, Bd. 13, S. 8.

<sup>5)</sup> MEW, Bd. 1, S. 385.

<sup>6)</sup> MEW, Bd. 4, S. 482.

beiterklasse ab, sondern deduktiv aus einer theoretischen Konstruktion. Danach hat nur die Arbeiterklasse „die Fähigkeit der allgemeinen Emanzipation“, weil sie durch „die materielle Notwendigkeit, durch ihre Ketten selbst dazu gezwungen wird“. Als eine „Klasse mit radikalen Ketten“, als „der völlige Verlust des Menschen“ kann sie „nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen“<sup>9)</sup>.

Die historische Mission des Proletariats ist notwendig, um den emanzipatorischen Anspruch der Theorie und Philosophie von Marx einzulösen: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, ... Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.“<sup>10)</sup>

Daß das Proletariat, unabhängig vom subjektiven Bewußtsein und Wollen der real existierenden Arbeiter, objektiv dazu determiniert ist, die allgemeine menschliche Befreiung durchzuführen, ist auch in der 1845/46 entstandenen „Heiligen Familie“ unmißverständlich formuliert: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderrufflich vorgezeichnet.“<sup>11)</sup>

Auch aus folgendem Grunde braucht die emanzipatorische Philosophie das revolutionäre Proletariat: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“<sup>12)</sup> Diesen historischen Augenblick für die Verwirklichung ihrer Theorie sahen Marx und Engels mit den revolutionären Bewegungen 1847/48 nahen. Im Kommunistischen Manifest erwarteten sie vom deutschen Proletariat, daß, „nach dem

Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt“. Geleitet von der wissenschaftlichen Einsicht in die unaufhaltsam nahende proletarische Revolution meinten sie, daß „die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann“<sup>13)</sup>.

Die Revolutionen in Paris, Wien und Berlin an denen auch zahlreiche Arbeiter teilnahmen, schienen zunächst die revolutionären Prognosen zu bestätigen. Marx und Engels kehrten im Frühjahr 1848 nach Deutschland zurück. Durch Betonung sozialistischer Zielvorstellungen in der von ihnen herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ hofften sie selbst dazu beitragen zu können, die bürgerlich-demokratische Revolution in Richtung auf die von ihrer Theorie vorausgesagte proletarische Revolution voranzutreiben. Doch obwohl die revolutionäre Sozialismuskonzeption von Marx 1848 bereits theoretisch formuliert war und obwohl sich Marx und Engels selbst mit dem „Bund der Kommunisten“ aktiv für ihre Ideen engagierten, konnten sie kaum einen nennenswerten Einfluß auf die tatsächliche Arbeiterbewegung gewinnen, so daß Arno Klönne folgendes Fazit zieht: „Entgegen der parteikommunistischen Geschichtslegende haben Marx und Engels weder mit dem ‚Kommunistischen Manifest‘ noch mit der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ auf den Verlauf der Revolutionsbewegung und die Arbeiterbewegung um 1848/49 größeren Einfluß nehmen können. Für die politische und theoretische Bildung einer kleinen Gruppe radikaldemokratischer Intelligenz, die später in die Gründungszeit der Sozialdemokratie hineinwirkte, war die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ zweifellos sehr wichtig; für die Arbeiterschaft aber gewann das Blatt selbst in seiner Schlußphase keine größere Bedeutung...“<sup>14)</sup>.

Zwischen der Ausarbeitung der revolutionären Theorie des Marxismus bis 1847 und ihrer Rezeption in der organisierten Arbeiterbewegung klafft ein weit längerer Zeitabschnitt als es die DDR-Geschichtsschreibung heute wahrhaben möchte. Nicht nur in der Frühphase von 1848/49, sondern auch in der ersten organisatorischen Konsolidierungsphase in den sechziger und siebziger Jahren ist weder das programmatische Selbstverständnis der organisierten Arbeiterbewegung noch die von Intellektuellen getragene sozialistische Theoriediskussion mit der marxistischen Theorie

<sup>9)</sup> MEW, Bd. 1, S. 390.

<sup>10)</sup> MEW, Bd. 1, S. 391.

<sup>11)</sup> MEW, Bd. 2, S. 38.

<sup>12)</sup> MEW, Bd. 1, S. 385.

<sup>13)</sup> MEW, Bd. 4, S. 493.

<sup>14)</sup> Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung Düsseldorf/Köln 1980, S. 26.

gleichzusetzen. Marx war nur ein angesehener Theoretiker unter anderen. Auch durch sein eigenes aktives Engagement, und zwar in der Revolution 1848/49 und als Organisator der I. Internationale von 1864 bis 1872, konnte Marx selbst kaum zur Durchsetzung seiner Theorie in der Arbeiterbewegung beitragen. Den Höhepunkt der Einheit zwischen Arbeiterbewegung und Marxismus, der im Erfurter Programm der SPD von 1891 zum Ausdruck kam, hat Marx selbst auch nicht mehr erlebt.

Ohne daß es zu theoretischen Auseinandersetzungen über die revolutionäre Theorie von Marx kam, setzten sich in der politischen Praxis der sich formierenden Arbeiterbewegung 1848/49 reformistische Positionen durch, und das trotz der aktiven Mitarbeit von Mitgliedern des „Bundes der Kommunisten“. Diese reformistische Praxis wurde nicht aus fundierten theoretischen Konzepten abgeleitet, sie entwickelte sich vielmehr aus den konkreten Erfahrungen der praktischen Bewegung der Handwerker, Gesellen und Arbeiter. Da die Märzrevolution 1848 die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit erkämpft hatte, konnte sich die Arbeiterbewegung jetzt legal betätigen, soziale Forderungen formulieren und auch durchsetzen, wie z. B. Lohnerhöhungen, Festsetzung eines Mindestlohnes, Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Kongreß der Arbeitervereine aus allen Teilen Deutschlands vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin führte zur ersten politisch eigenständigen Organisation der deutschen Arbeiterbewegung, der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verbrüderung“. Der Buchdrucker Stephan Born, der als Wandergeselle mit Marx und Engels Verbindung aufgenommen hatte und auch in den „Bund der Kommunisten“ eingetreten war, spielte in dieser „Arbeiter-Verbrüderung“ eine führende Rolle. Seine praktisch-politischen Erfahrungen veranlaßten ihn, sich von der revolutionären Konzeption von Marx zu lösen und ein reformistisches Konzept für die Emanzipation der Arbeiterklasse zu entwickeln: In einem demokratisch-parlamentarischen Staat mit allgemeinem Wahlrecht soll die kapitalistische Gesellschaft schrittweise durch soziale Reformen verändert werden, wie z. B. Selbsthilfeorganisationen, Bildung von Genossenschaften, die staatliche Unterstützung erhalten<sup>15)</sup>.

Es war nicht der Sieg der revolutionären Theorien von Marx, sondern der Sieg der konterrevolutionären Praxis des antidemo-

kratischen Obrigkeitsstaates nach 1849/50, der die Weiterentwicklung dieses reformistischen Sozialismuskonzeptes verhinderte. Mit der Niederlage der demokratischen Bewegung wurden auch die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder rückgängig gemacht, wie z. B. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Durch Verbot der Arbeitervereine und der Arbeiterzeitungen wurde eine legale Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung unmöglich gemacht.

Da die tatsächliche politische Entwicklung 1849 — im Widerspruch zu den Voraussagen des Wissenschaftlichen Sozialismus — nicht von der bürgerlich-demokratischen zur proletarisch-sozialistischen Revolution voraneilte, sondern zur feudal-antidemokratischen Reaktion zurückgedreht wurde, gingen Marx und Engels wieder in die Emigration, und zwar für ihr ganzes weiteres Leben nach England. Nach eigenem Bekunden nutzte Marx das Scheitern seines politischen Engagements, „um mich von der öffentlichen Bühne in die Studierstube zurückzuziehen“<sup>16)</sup>. Als er keine Möglichkeit mehr sah, die Welt revolutionär zu verändern, machte er sich wieder mit größter geistiger Kraftanstrengung daran, sie weiter zu interpretieren. Neben seiner publizistischen Arbeit und einigen politischen Analysen, wie z. B. „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850“, arbeitete Marx, oft unter Krankheit und Geldmangel leidend, in der Bibliothek des Britischen Museums in London an seiner ökonomischen Theorie.

Noch bevor er sein wissenschaftliches Hauptwerk, Das Kapital (Band I erschien 1867, Band II und III wurden erst nach seinem Tode von Friedrich Engels herausgegeben), vollenden konnte, wurde Marx im Zusammenhang mit der in den sechziger Jahren wieder erstarkenden Arbeiterbewegung noch einmal praktisch-politisch als Organisator der I. Internationale aktiv. Doch diese wichtige politische Arbeit von 1864 bis 1872 konnte er kaum nutzen, um seinem revolutionären Sozialismuskonzept zur Vorherrschaft über konkurrierende Konzepte zu verhelfen. Denn obwohl Marx in der am 28. September 1864 in London gegründeten „Internationalen Arbeiterassoziation“ (IAA) nicht nur eine wichtige organisatorische Funktion im Generalrat übernahm, sondern auch die Statuten und die programmatische „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“ verfaßte, spielte er doch in diesem Falle eher eine führende Rolle als Praktiker denn als Theoretiker. Da die I. Internationale, der individuelle und kollek-

<sup>15)</sup> Stephan Born schildert seine politische Entwicklung in den „Erinnerungen eines Achtundvierzigers“, die 1898 erstmals erschienen und 1978 im Dietz-Verlag, wieder aufgelegt wurden.

<sup>16)</sup> MEW, Bd. 13, S. 8.

tive Mitglieder aus den meisten entwickelten Ländern angehörten, ausgesprochen pluralistisch zusammengesetzt war und auf kein einheitliches theoretisches Konzept verpflichtet werden konnte, mußte sich Marx in seiner führenden organisatorischen Rolle „unparteiisch zwischen den verschiedenen organisierten Arbeitergruppen verhalten“<sup>17)</sup>, wie er an Engels schrieb. Das erklärt auch, daß die von Marx selbst verfaßte „Inauguraladresse“ keine revolutionären marxistischen Inhalte hat, sondern im Gegenteil sogar einige reformistische Positionen lobend erwähnt, wie z. B. die erfolgreiche Durchsetzung der „Zehnstundenbill“ in England und die Kooperativbewegung, die von Robert Owen ausgegangen war<sup>18)</sup>.

Trotz dieser theoretischen Zurückhaltung von Marx kam es aber zu erbitterten Richtungskämpfen, z. B. mit den Anhängern Proudhons und Bakunins, an denen die I. Internationale zerbrach. Nachdem bereits 1872 der Generalrat nach New York verlegt worden war, wurde die I. Internationale auch formell aufgelöst. Auch die noch fortbestehende abgespaltene antiautoritäre Internationale spaltete sich weiter. Obwohl sich die I. Internationale um die internationale Solidarität der Arbeiter große Verdienste erworben hat und auch den entstehenden nationalen Arbeiterbewegungen wichtige Impulse vermittelte, darf doch nicht übersehen werden: Trotz der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ spalteten sich die Arbeiterbewegungen in den meisten Ländern in konkurrierende Richtungen, vor allem in Frankreich, Italien und Spanien.

Dagegen entwickelte sich in den siebziger Jahren in Deutschland das bewunderte Vorbild für eine starke und organisatorisch einheitliche Arbeiterbewegung. Zunächst standen sich auch hier zwei konkurrierende Arbeiterparteien gegenüber, nämlich der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ (ADAV) und die 1869 in Eisenach von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Zwischen beiden Parteien vollzog sich eine Annäherung, die gegen den Rat von Marx 1875 auf dem Parteitag in Gotha zur Vereinigung in die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ führte<sup>19)</sup>.

<sup>17)</sup> MEW, Bd. 32, S. 128.

<sup>18)</sup> Text der Inauguraladresse in: Günsche/Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, Bonn 1977.

<sup>19)</sup> MEW, Bd. 19, S. 13 ff.; die von Marx 1875 verfaßte scharfe Kritik am Gothaer Programm wurde zunächst nicht veröffentlicht und erschien erstmals 1891 in der „Neuen Zeit“.

Als nach einem Jahrzehnt der politischen Reaktion und Unterdrückung zu Beginn der sechziger Jahre politische, soziale und kulturelle Aktivitäten in der Arbeiterschaft wieder auflebten, standen diese in enger Verbindung mit bürgerlich-liberalen Kräften und Organisationen. Vor allem durch die Gründung und Unterstützung von Arbeiterbildungsvereinen versuchten liberale Politiker die Arbeiterschaft in die liberal-demokratische Bewegung zu integrieren. Der erste Schritt zur Loslösung von der bürgerlich-demokratischen Bewegung und zur Bildung einer eigenen politischen Partei der Arbeiterbewegung mit einem eigenen politischen Programm folgte nicht aus einer praktischen Anwendung der marxistischen Theorie vom Klassenkampf, sondern war das „unsterbliche Verdienst“ von Ferdinand Lassalle, wie selbst sein Gegenspieler Marx anerkennen mußte. In seinem „Offenen Antwortschreiben“, das zur ersten programmatischen Grundlage des 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ wurde, hatte sich Lassalle gegen die Auffassung gewandt, daß sich die Arbeiter um die politische Bewegung und Entwicklung nicht zu kümmern brauchten. Im Gegensatz zu der Auffassung, daß der Kampf der Arbeiterbewegung auf rein gewerkschaftliche und ökonomische Ziele begrenzt werden soll, kann nach Lassalle „der Arbeiter die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten“. Daraus zog er die Schlußfolgerung: „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen.“ In diesem allgemeinen und gleichen Wahlrecht sah Lassalle nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales Grundprinzip, „das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern“<sup>20)</sup>.

Während die DDR-Geschichtsschreibung in Ferdinand Lassalle einen Vorläufer der späteren „rechten“ und „reformistischen“ SPD-Führer sieht, werden August Bebel und Karl Liebknecht als Vertreter der revolutionären marxistischen Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung angesehen, die 1869 in Eisenach auch eine marxistische Partei gründeten. Doch im Gegensatz zu diesem Urteil ist auch die 1869 gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ noch keine Partei, deren Mitglieder, oder wenigstens Funktionäre, die marxi-

<sup>20)</sup> Offenes Antwortschreiben Ferdinand Lassalles an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 28 ff.

stische Theorie übernommen haben, obwohl August Bebel und Wilhelm Liebknecht schon vor der Parteigründung Verbindungen zu Marx und zur I. Internationale angeknüpft hatten.

Karl Marx war in der organisatorischen Konsolidierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren nur ein anerkannter Theoretiker unter anderen, und noch nicht einmal der einflußreichste. Geistig einflußreicher waren damals sozialistische Autoren wie Dühring, Rodbertus, Friedrich Albert Lange. Vor allem aber prägten die Reden und Schriften Lassalles, der bereits 1864 nach einem Duell gestorben war, das Sozialismusverständnis der meisten Sozialdemokraten. Der marxistische Historiker Franz Mehring bestätigt den von Marx bekämpften Lassalleanern, daß sie 1872 „jeder anderen gleichzeitigen Arbeiterpartei in Europa an theoretischer Einsicht und organisatorischer Kraft überlegen“ waren, und zwar auch den angeblich marxistischen „Eisenachern“ der SDAP, „deren geistige Hauptnahrung immer noch die Agitationsschriften Lassalles bildeten“<sup>21)</sup>. 1873 schrieb Bebel an Engels, „daß die Lassalleschen Schriften tatsächlich ... durch ihre populäre Sprache die Grundlage der sozialistischen Anschauungen der Massen bilden“<sup>22)</sup>.

Kennzeichnend für das Sozialismusverständnis war damals nicht nur ein theoretischer Pluralismus, in dem unterschiedliche Richtungen selbstverständlich als legitim anerkannt waren. Darüber hinaus waren die meisten politischen Führer der Arbeiterbewegung nicht auf eine bestimmte theoretische Position festgelegt, sondern sie waren „so ziemlich allesamt sozialistische Eklektiker“<sup>23)</sup>, wie Bernstein später schrieb. Andererseits war das „Manifest der Kommunistischen Partei“, in dem Marx und Engels ihre revolutionäre Theorie 1848 in populärer Sprache zusammengefaßt hatten, in der Gründungsphase der Arbeiterparteien kaum noch bekannt und nicht mehr zugänglich. Nach der 1. Auflage von rund 1000 Exemplaren im Jahre 1848 erschien erst wieder 1872 eine zweite deutsche Ausgabe unter dem endgültigen Titel „Das Kommunistische Manifest“. Doch diese Neu-

auflage konnte nicht verhindern, daß sich die angeblich marxistischen „Eisenacher“ 1875 in Gotha mit den „Lassalleanern“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammenschlossen. Gegen den ausdrücklichen Rat von Marx und ohne Rücksicht auf theoretische Einheitlichkeit wurde so die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung hergestellt, die bis zur ersten Spaltung im Ersten Weltkrieg bewahrt wurde. Das Gothaer Programm von 1875, das zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geführt hatte, verurteilte Karl Marx sogleich als „ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm“<sup>24)</sup>.

Noch weniger als das leicht verständliche „Kommunistische Manifest“ vermochte das wissenschaftliche Hauptwerk von Marx, der 1867 erschienene 1. Band des Kapitals, zur Verbreitung des Marxismus in der Arbeiterbewegung beizutragen. Ähnlich langwierig und mühselig wie schon die Arbeit von Marx an seinem Hauptwerk wurde schließlich seine Rezeption. Schon vor der Revolution von 1848 hatte Marx den Entschluß gefaßt, ein großes nationalökonomisches Werk zu verfassen, für das er sogar von einem Verleger einen Vorschuß erhielt<sup>25)</sup>. Als er nach der Niederlage der Revolution die wissenschaftliche Arbeit wieder aufgenommen hatte, schrieb er am 2. April 1851 an Engels, „daß ich in fünf Wochen mit der ganzen ökonomischen Scheiße fertig bin“<sup>26)</sup>. Doch erst 1859 erschien eine Vorarbeit „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, die damals wenig Beachtung fand. Auch in den sechziger Jahren verzögerte sich die endgültige Fertigstellung des Kapitals, so daß ihm ein Verleger sogar einmal androhte, einen anderen Autor mit der Abfassung dieses wichtigen Werkes zu betrauen. Als 1867 endlich der 1. Band erschien, hatte er keineswegs die von Marx erhoffte Wirkung. Von 1867 bis 1871 wurden noch nicht einmal 1000 Exemplare abgesetzt. Auf dem Stuttgarter Parteitag der SDAP 1870 mußte eine geplante Diskussion über das Kapital ausfallen, weil der vorgesehene Referent erkrankt war und es offensichtlich in dieser angeblich marxistischen Partei kein zweites Mitglied gab, das „Das Kapital“ gelesen hatte<sup>27)</sup>. Karl Kautsky bestätigt rückblickend, daß nur wenige „Das Kapital“ gelesen hatten,

<sup>21)</sup> Franz Mehring, Karl Marx, a. a. O., S. 484.

<sup>22)</sup> Zit. in Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie — Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg, Bonn 1972<sup>3</sup>, S. 20. Dieses Buch enthält eine ausführliche und gut dokumentierte Darstellung der verschiedenen theoretischen Richtungen in der SPD, der Rezeption des Marxismus und der theoretischen Kontroversen.

<sup>23)</sup> Zit. ebd., S. 13.

<sup>24)</sup> WEW, Bd. 19, S. 13.

<sup>25)</sup> Richard Friedenthal, Karl-Marx — Sein Leben und seine Zeit, München 1981, S. 275.

<sup>26)</sup> Zit. in Franz Mehring, Karl Marx, a. a. O., S. 264.

<sup>27)</sup> Steinberg, Sozialismus ..., a. a. O., S. 16.

aber „noch weniger zahlreich waren diejenigen, die es verstanden hatten“<sup>28)</sup>.

Die damals geringe Resonanz auf „Das Kapital“ ist aber nicht so sehr auf das geringe theoretische Interesse zurückzuführen, sondern mehr auf die nicht leicht nachzuvollziehende abstrakte Gedankenführung in diesem wissenschaftlichen Werk. Der Verleger Meißner führte den zu schleppenden Absatz darauf zurück, daß „die Kost den Leuten wohl zu schwer“ ist<sup>29)</sup>. Auch wohlwollende Freunde von Marx erfaßten nicht sogleich die eigentliche Tendenz dieses Werkes, wie z. B. der Dichter Freiligrath, dem Marx ein Exemplar geschenkt hatte. In einem Dankbrief meinte er Marx mit dem Hinweis schmeicheln zu können, „daß am Rhein viele Kaufleute und Fabrikbesitzer sich für das Buch begeistern. In diesen Kreisen wird es seinen eigentlichen Zweck erfüllen — für den Gelehrten wird es nebenbei als Quellenwerk unentbehrlich sein.“<sup>30)</sup> Franz Mehring bestätigte Freiligrath „eine erstaunliche Leistung, wenn er im ersten Bande des ‚Kapitals‘ nur eine Art Leitfaden für junge Kaufleute und höchstens nebenbei ein wissenschaftliches Quellenwerk sah“<sup>31)</sup>. Als 1872 im reaktionärsten europäischen Staat eine russische Übersetzung erscheinen sollte, gab die strenge zaristische Zensur dazu ausdrücklich ihre Zustimmung „mit Rücksicht darauf, daß die Darstellung durchaus nicht für jeden zugänglich genannt werden kann“<sup>32)</sup>.

Die Wende vom theoretischen Pluralismus und Eklektizismus zur breiten Rezeption der marxistischen Theorie wurde Ende der siebziger Jahre nicht durch ein neues Werk von Marx eingeleitet, sondern durch die berühmt gewordene Schrift von Friedrich Engels „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, kurz „Anti-Dühring“ genannt. In dieser Arbeit, die 1877/78 zunächst in Fortsetzungen im „Vorwärts“ erschien und schon 1878 auch als Buch, unterzog Engels die Sozialismusvorstellungen des Berliner Privatdozenten Eugen Dühring einer vernichtenden Kritik. Noch wichtiger aber war es, daß er die Gesamtheorie des Historischen Materialismus in verständlicher Sprache zusammenfassend darstellte und sie dadurch für viele überhaupt erst zugänglich machte. 1880 bearbeitete Engels drei Kapitel des „Anti-Dühring“ für eine Broschüre in französischer Sprache. 1882 erschien auch eine deutsche Ausgabe

der Broschüre unter dem Titel „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, die für die Breitenwirkung des Wissenschaftlichen Sozialismus noch wichtiger wurde als die Buchausgabe.

Führende Sozialdemokraten, wie z. B. Bebel, Bernstein und Kautsky wurden erst durch die Lektüre des „Anti-Dühring“ zu Marxisten. Bernstein berichtet in seinen „Sozialdemokratischen Lehrjahren“ darüber. „Zur selben Zeit (1879, H. H.) las ich damals die in Buchform erschienene bedeutende Schrift von Friedrich Engels ‚Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft‘ in ihrem Zusammenhange und wurde durch sie zur marxistischen Theorie bekehrt“<sup>33)</sup>. Daß sich Bebel und Bernstein Ende 1880 in London mit Marx und Engels, „den beiden Altmeistern der theoretischen Begründung des Sozialismus“, leicht über alle Fragen verständigen konnten, führt Bernstein auf folgenden Sachverhalt zurück: „Bebel wie ich waren durch Engels' Streitschrift gegen Dühring durchaus von der Überlegenheit der Marx-Engelsschen Theorie über alle sonstigen Begründungen des Sozialismus überzeugt worden ...“<sup>34)</sup>. In einem Manuskript aus dem Nachlaß spricht Bernstein von dem „beschwingten Engelsbuch“, „das damals dem Verständnis der bisher erst wenig verstandenen großartigen Gedankenwelt des Marxismus in weiten Kreisen der Partei Bahn brach und für die weitere Entwicklung mitbestimmend wurde“<sup>35)</sup>. Kautsky beschreibt die Wirkungen der Lektüre des Anti-Dühring wie folgt: „Alle die Reste von Eklektizismus fielen von mir nun ab, ich wurde ein überzeugter und konsequenter Marxist und bin es geblieben bis heute.“<sup>36)</sup> Auch die Herausgeber der Marx-Engels-Werke in Berlin (Ost) bescheinigen dem Anti-Dühring, daß er „zum theoretischen Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung“ beitrug. Und sie würdigen „das geniale Werk von Engels“ überschwenglich „als unerschöpfliche Schatzkammer der marxistischen Theorie als auch als ideologische Waffe gegen die heutigen Feinde des Marxismus: die verschiedenen Arten von Revisionisten, Eklektikern und Pseudosozialisten, ...“<sup>37)</sup>.

Die breiteste Rezeption des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung vollzog sich in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878—1890), als durch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokra-

<sup>28)</sup> Ebd., S. 21.

<sup>29)</sup> Ebd., S. 21.

<sup>30)</sup> Franz Mehring, Karl Marx, a. a. O., S. 389.

<sup>31)</sup> Ebd., S. 389.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 390.

<sup>33)</sup> Eduard Bernstein, Sozialdemokratische Lehrjahre, Bonn 1978, S. 72.

<sup>34)</sup> Ebd., S. 114.

<sup>35)</sup> Steinberg, Sozialismus ..., a. a. O., S. 23.

<sup>36)</sup> Ebd., S. 23.

<sup>37)</sup> MEW, Bd. 20, S. XIII.

tie" die Partei, ihre zahlreichen Organisationen und Publikationsorgane verboten waren, zahlreiche Sozialdemokraten wegen illegaler politischer Betätigung ins Gefängnis geworfen wurden, ihren Arbeitsplatz verloren, ausgewiesen und in die Emigration gezwungen wurden. Der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat selbst schuf mit seiner Unterdrückungspolitik und Reformfeindlichkeit äußerst günstige psychologische Voraussetzungen für die Rezeption einer revolutionären Theorie in der Arbeiterschaft. Bei der aktiven Verbreitung der marxistischen Theorie kam neben dem Anti-Dühring von Engels der intensive

theoretisch-publizistische Arbeit von Bernstein und Kautsky eine Schlüsselrolle zu. Bernstein bestimmte seit 1881 als Chefredakteur weitgehend die politische Tendenz der Parteizeitung „Sozialdemokrat“, die in Zürich erschien und nur illegal in Deutschland verbreitet werden konnte. Kautsky gab seit 1883 die für die Theorieentwicklung wichtige Zeitschrift „Die Neue Zeit“ heraus. Als 1890 das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert wurde, gab sich die wieder legal arbeitende Partei auf dem Parteitag in Halle den endgültigen Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ mit der Abkürzung SPD.

## Das Erfurter Programm der SPD von 1891

Auf dem Parteitag 1891 in Erfurt verabschiedete die SPD das von Kautsky und Bernstein verfaßte Erfurter Programm, durch das der Marxismus zur allgemein anerkannten theoretischen Grundlage der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wurde.

Da die SPD heute keine marxistische Partei mehr ist und darüber hinaus in der organisatorischen Gründungs- und Konsolidierungsphase die deutsche Arbeiterbewegung auch nicht marxistisch war, könnte der Eindruck entstehen, daß es sich bei dem revolutionär-marxistischen Erfurter Programm um einen rein zeitbedingten und wenig bedeutsamen Fremdkörper in der ansonsten rein reformistischen Tradition der Sozialdemokratie handelt<sup>38)</sup>. Um diesem Vorurteil vorzubeugen, seien hier vor einer Analyse der revolutionär-marxistischen Besonderheiten kurz jene Elemente des Erfurter Programms untersucht, die in einem kontinuierlichen Traditionszusammenhang der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Denn das Erfurter Programm enthält nicht nur zeitbedingte ideologische Positionen, die inzwischen längst überwunden wurden, sondern auch die Ergebnisse eines längeren Prozesses geistig-politischer Selbstverständigung, durch den bestimmte Elemente der geistig-politischen Identität des Demokratischen Sozialismus für lange Zeit oder sogar endgültig festgelegt wurden.

Zu den auch im Erfurter Programm enthaltenen dauerhaften und kontinuierlichen Elementen der geistig-politischen Identität gehören folgende Merkmale:

1. Die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht nur Gewerkschaftsbewegung zur Vertretung

der materiell-ökonomischen Interessen der Arbeiter, sie ist vielmehr eine demokratische politische Bewegung mit allgemeinen politischen Zielvorstellungen.

2. Die deutsche Arbeiterbewegung ist eine sozialistische Arbeiterbewegung mit gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, also mit Forderungen, die über die Ziele bürgerlich-demokratischer Parteien hinausgehen.

Aus dem Protest der Arbeiter gegen materielle Not entstand in Deutschland schon sehr früh eine politische Arbeiterbewegung, die gesamtgesellschaftliche und politische Ziele formulierte, die nicht nur die direkten materiellen Interessen der Arbeiter zum Ausdruck brachten. Das gilt vor allem für die in allen Programmen enthaltene Forderung nach politischer Freiheit und Demokratie, die in der Vergangenheit nur von einer demokratischen und liberalen Minderheit des deutschen Bürgertums unterstützt wurde. Anders als in den USA, wo es bis heute nur eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gibt, organisierten sich deutsche Arbeiter schon 1863 im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als politische Partei, die politische Freiheit und das allgemeine und gleiche Wahlrecht forderte. Auch im Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 heißt es: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“<sup>39)</sup> Sowohl in den Programmen der Lassalleaner

<sup>38)</sup> Vgl. dazu Karl Anders, Die ersten hundert Jahre. Zur Geschichte einer demokratischen Partei, Hannover 1963.

<sup>39)</sup> Eisenacher Programm, in: Programme der ... a. a. O., S. 72.

und Eisenacher als auch im gemeinsamen Gothaer Programm von 1875 findet sich eine enge Verbindung zwischen den sozialen und den demokratisch-liberalen Grundforderungen. Diese demokratisch-liberalen Grundforderungen sind aber im Erfurter Programm ebenfalls uneingeschränkt enthalten: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. ... Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung. ... Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.“<sup>40)</sup> Dieser ausdrückliche Hinweis auf die demokratischen und liberalen Forderungen des Erfurter Programms war notwendig, um dem Irrtum vorzubeugen, daß die Problematik des Marxismus ein Problem der Freiheit und Demokratie sei. Tatsächlich ist aber durch den beherrschenden Einfluß des Marxismus auf das theoretische Selbstverständnis die freiheitlich-demokratische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung keineswegs unterbrochen worden. Auch das marxistische Erfurter Programm von 1891 gehört daher zur freiheitlich-demokratischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung.

Auch die gesellschaftsverändernde Forderung nach einer neuen sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört zu den kontinuierlichen Elementen der politischen Identität des Demokratischen Sozialismus, und zwar seit den ersten programmatischen Forderungen von 1863 bis zum Godesberger Programm von 1959 und zum Orientierungsrahmen von 1975. Im Unterschied zu den bürgerlich-demokratischen Parteien, die sich mit der Forderung nach Demokratie und Freiheit im Staat begnügten, formulierte die deutsche Arbeiterbewegung, und zwar unabhängig vom Marxismus, darüber hinausgehende sozialistische Zielvorstellungen. Die sozialen und sozialistischen Forderungen nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden aber keineswegs als Gegensätze oder Alternativen zu den demokratischen und liberalen Zielen gesehen, sondern vielmehr als notwendige Konsequenzen aus diesen Zielen. Warum aus den demokratischen und liberalen Zielen sozialistische Schlußfolgerungen abzuleiten sind, erläuterte August Bebel 1870 in seiner Schrift „Unsere Ziele“: Wie die bürgerlichen Demokraten erwarten auch die Sozialdemokraten von einem

demokratischen Staat, daß er die Freiheit garantiere, für ausreichende Bildung aller Staatsbürger Sorge und das Steuersystem gerecht gestalte. „Das sind drei Dinge, die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen. ... Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. ... Was (den Arbeiter) drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Aussicht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen. Was nützt ihm die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungert, wenn seine Lage sich nicht verbessert, er vor wie nach der von Kapitalisten ausgebeutete Mensch ist, der sein ganzes Leben sich plagen und abrackern muß, um schließlich elend zugrunde zu gehen? ... Als Zweck betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens.“<sup>41)</sup> Damit alle Staatsbürger, auch die ökonomisch abhängigen Lohnarbeiter, die demokratischen und liberalen Grund- und Freiheitsrechte voll nutzen können, sind nach den Vorstellungen der sozialistischen Arbeiterbewegung bestimmte soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, das heißt, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muß durch eine bessere Ordnung ersetzt werden. Wenn sich an dieser allgemeinen gesellschaftsverändernden Zielsetzung in der langen Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart nichts geändert hat, so haben sich doch die Vorstellungen darüber verändert, wie diese neue und bessere Gesellschaftsordnung konkret aussehen soll und auf welchem Wege diese Zielvorstellungen praktisch verwirklicht werden sollen.

Im Sozialismuskonzept des Erfurter Programms ist das Eigentum an Produktionsmitteln das wesentliche Merkmal zur Unterscheidung der kapitalistischen von der erstrebten sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nach dieser Auffassung liegt die alleinige Ursache für die Ungerechtigkeit und Ungleichheit, für die sich ständig verschärfenden Krisen und für die zunehmende Verelendung der Massen im Privateigentum an Produktionsmitteln und in der daraus folgenden Anarchie der Produktion. Ebenso liegt der Schlüssel zur Überwindung aller bestehenden Übel und zur Schaffung einer neuen sozialistischen Gesellschaft in der Abschaffung dieses Privateigentums an Produktionsmitteln durch

<sup>41)</sup> August Bebel, *Unsere Ziele*, Berlin 1919, S. 19 f. (erste Ausgabe 1870).

<sup>40)</sup> Erfurter Programm, ebd., S. 79 f.

seine Überführung in gesellschaftliches Eigentum. In diesem Sinne ist Sozialismus mit Sozialisierung gleichzusetzen.

Im Erfurter Programm ist der Zusammenhang zwischen Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und dem Entstehen einer neuen Gesellschaft wie folgt beschrieben: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln ... in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.“<sup>42)</sup>

Die Gleichsetzung von Sozialismus und Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist aber durchaus nicht das Neue und spezifisch Marxistische im Erfurter Programm. Denn mit diesem Sozialismuskonzept steht das marxistische Erfurter Programm ebenfalls in der Traditionslinie der früheren sozialdemokratischen Programme. Bereits Ferdinand Lassalle wollte mit Hilfe von staatlich geförderten Produktivgenossenschaften das eiserne Lohngesetz überwinden und „den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen“<sup>43)</sup>. Im Eisenacher Programm von 1869 wird „die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten“ als „Grundlage der Knechtschaft in jeder Form“ bezeichnet, weshalb die Sozialdemokratie die „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit“ erstrebt<sup>44)</sup>. Auch im Gothaer Programm von 1875 wird die „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit“ gefordert<sup>45)</sup>.

Mit dem Erfurter Programm wurde auch der sozialistische Charakter der deutschen Arbeiterbewegung dauerhaft festgeschrieben. Wenn auch in allen sich industrialisierenden Gesellschaften fast „natur-notwendig“ eine organisierte Arbeiterbewegung entsteht, so ist es doch keineswegs eine Selbstverständlichkeit, daß es sich dabei um eine sozialistische Arbeiterbewegung handelt, wie das Beispiel

der amerikanischen Arbeiterbewegung deutlich zeigt. Damit eine sozialistische Arbeiterbewegung entstehen kann, muß es zu einer Verbindung zwischen der sozialistischen Idee und der organisierten Arbeiterbewegung kommen, das bedeutet aber: zu einer Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Intellektuellen und Arbeitern. Denn sozialistische Ideen und Theorien wurden zunächst unabhängig von der Arbeiterbewegung von Intellektuellen formuliert und diskutiert. In Europa entwickelte sich das theoretische und programmatische Selbstverständnis der Arbeiterbewegung von Anfang an in Verbindung mit den Sozialismuskussionen der Intellektuellen, wobei bildungshungrige wandernde Handwerksgelesen oft eine Vermittlerrolle spielten.

Die Rezeption des Marxismus in der Arbeiterbewegung ist unter diesem Gesichtspunkt nur ein wichtiger Sonderfall jenes sozialen Bündnisses zwischen Intellektuellen und Arbeitern, das zur Konstituierung einer sozialistischen Arbeiterbewegung führte. Und das marxistische Erfurter Programm ist nur ein idealtypischer Höhepunkt für die Konvergenz der von Intellektuellen entwickelten sozialistischen Theorie und dem politisch-programmatischen Selbstverständnis der Arbeiterbewegung.

Rückblickend würdigt es Eduard Bernstein ausdrücklich als Verdienst des Marxismus, zwei große Stämme oder Wurzeln des Sozialismus, die sich für lange Zeit nebeneinander oder sogar gegeneinander entwickelten, zusammengeführt zu haben, nämlich „die realen Kämpfe jeweilig unterdrückter, zurückgesetzter Klassen oder Schichten der Gesellschaft“ einerseits und den anderen Stamm, „die Ideologie, die vorwiegend von Gelehrten, Denkern, Priestern usw. vertreten ist.“<sup>46)</sup> Bernstein verweist darauf, daß er mit Kautsky einen Stammbaum des Sozialismus entworfen habe, der zeigt, „wie die beiden Stämme sich verzweigten und schließlich im 19. Jahrhundert zusammenwuchsen und daß, wie wir glaubten, das Zusammenwachsen auf seine Höhe gebracht worden ist durch die marxistische Begründung des Sozialismus“<sup>46)</sup>.

Das neue und spezifisch marxistische Element des Erfurter Programms liegt in der Verbindung der sozialistischen Zielvorstellungen mit der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx, also dem Historischen Materialismus bzw. Wissenschaftlichen Sozialismus. Das bedeutet aber auch, daß aus einer

<sup>42)</sup> Erfurter Programm, in: Programme der ... a. a. O., S. 78.

<sup>43)</sup> Lassalle, Offenes Antwortschreiben ..., in: ebd., S. 49.

<sup>44)</sup> Eisenacher Programm, in: ebd., S. 71f.

<sup>45)</sup> Gothaer Programm, in: ebd., S. 74.

<sup>46)</sup> Eduard Bernstein, Der Sozialismus einst und jetzt, Bonn 1975, S. 14 (1. Auflage 1921).

Vielzahl von sozialistischen Theorien eine bestimmte ein Alleinvertretungsrecht zur Begründung des Sozialismus erhält.

Die Durchsetzung des Marxismus als verbindliche theoretische Grundlage hat vor allem Auswirkungen auf die Begründung des Sozialismus und auf die Vorstellungen über den praktischen Weg zu seiner Verwirklichung, also auf die politische Strategie der deutschen Arbeiterbewegung. Das Konzept des Historischen Materialismus, das Marx bereits bis 1847 voll konzipiert hatte und das er durch seine späteren wissenschaftlichen Arbeiten nur noch vertiefte, wurde in der deutschen Arbeiterbewegung vor allem anhand der vereinfachenden Zusammenfassungen von Friedrich Engels und Karl Kautsky rezipiert. In diesen vereinfachenden Darstellungen wird der objektivistisch-deterministische Aspekt des Marxismus besonders deutlich hervorgehoben, nämlich die als bewiesene wissenschaftliche Erkenntnis ausgegebene Annahme: Unabhängig von den subjektiven Vorstellungen und Zielsetzungen der Menschen wird der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß durch objektive Gesetzmäßigkeiten determiniert und unaufhaltsam auf das objektive Ziel der Geschichte hingelenkt, nämlich den Sozialismus.

Der Wissenschaftliche Sozialismus versteht sich nicht als eine Zusammenfassung der politischen Forderungen, die die Arbeiterklasse verwirklichen soll, sondern als wissenschaftliche Prognose der gesellschaftlichen Veränderungen, die unausweichlich eintreten werden. In der Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (ein Teil des umfangreicheren Anti-Dühring), die Marx selbst als „eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ bezeichnete<sup>47)</sup>, nennt Engels die materialistische Geschichtsauffassung und die Mehrwerttheorie von Marx die wissenschaftlichen Entdeckungen, mit denen „der Sozialismus eine Wissenschaft (wurde)“<sup>48)</sup>.

Zu den entscheidenden wissenschaftlichen Erkenntnissen des Historischen Materialismus über die künftige gesellschaftliche Entwicklung gehören die Zusammenbruchstheorie, die Verelendungstheorie und die Klassentheorie. Nach der Zusammenbruchstheorie werden sich die Wirtschaftskrisen so verschärfen und zuspitzen, daß schließlich der Kapitalismus infolge seiner inneren Widersprüche zusammenbrechen und zugrunde gehen wird. Vor diesem Zusammenbruch aber

wird sich die Lage der Arbeiter noch weiter verschlechtern, so daß eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse gleichzeitig ihr revolutionäres Bewußtsein schärfen wird. Nach den Prognosen der Klassentheorie werden sich die Klassenstrukturen zunehmend vereinfachen: Da durch die gesetzmäßig zunehmende Konzentration der Produktion die Zahl der Kapitalisten ständig zurückgeht und auch der Mittelstand verschwindet, werden sich bald nur noch zwei feindliche Hauptklassen gegenüberstehen, nämlich die zahlenmäßig immer kleiner werdende Bourgeoisie und die zur überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung anwachsende revolutionäre Arbeiterklasse. Der Sozialismus ist dann nach Engels nur „das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandener Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie“<sup>49)</sup>.

Im Sinne des Wissenschaftlichen Sozialismus sind auch die Fragen der politischen Strategie Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis und eindeutig zu beantworten. Denn auch die Mittel zur Veränderung der Gesellschaft „sind nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken“<sup>50)</sup>. Daher kann die Arbeiterbewegung auch nicht zwischen einem revolutionären oder einem reformistischen Weg zum Sozialismus wählen. Denn Marx hat ja ‚wissenschaftlich‘ bewiesen, daß der Sozialismus auf revolutionärem Wege erreicht wird. Nicht im Sinne einer Aufforderung zum politischen Handeln, sondern im Sinne einer wissenschaftlichen Tatsachenaussage formuliert Engels: „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum.“<sup>51)</sup> Auch der theoretische Teil des Erfurter Programms enthält keine Aufforderungen an die Arbeiter, den Klassenkampf zu verschärfen, sondern Tatsachenaussagen über die unausweichliche Verschärfung des Klassenkampfs.

In seinem umfangreichen Kommentar zum Erfurter Programm, von ihm selbst als „eine Art Katechismus der Sozialdemokratie“<sup>52)</sup> bezeichnet, betont Kautsky immer wieder, daß es eine zuverlässige Garantie dafür gibt, daß der Sozialismus bald auf revolutionärem Wege erreicht werden wird: „Die kapitalistische Gesellschaft hat abgewirtschaftet; ihre

<sup>49)</sup> MEW, Bd. 19, S. 208.

<sup>50)</sup> MEW, Bd. 19, S. 210.

<sup>51)</sup> MEW, Bd. 19, S. 228.

<sup>52)</sup> Karl Kautsky, Das Erfurter Programm, Bonn 1974, S. V (18. Auflage; 1. Auflage 1892).

<sup>47)</sup> MEW, Bd. 19, S. 185.

<sup>48)</sup> MEW, Bd. 19, S. 208.

Auflösung ist nur noch eine Frage der Zeit; die unaufhaltsame ökonomische Entwicklung führt den Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise mit Naturnotwendigkeit herbei. Die Bildung einer neuen Gesellschaftsform an Stelle der bestehenden ist nicht mehr bloß etwas Wünschenswertes, sie ist etwas Unvermeidliches geworden.<sup>53)</sup> Ausdrücklich wendet er sich gegen die nicht-deterministische Auffassung, daß der Sozialismus zwar eine reale Möglichkeit darstelle, aber auch andere Entwicklungen nicht ausgeschlossen seien: „Was dagegen als unvermeidlich erwiesen ist, ist nicht nur als möglich, es ist auch als das einzig Mögliche erwiesen.“<sup>54)</sup>

Während die deterministische Geschichtsauffassung einerseits die Garantie bietet, daß der Sozialismus bald kommen wird, gilt es andererseits als unmöglich, unnützlich und sogar schädlich, sich Gedanken über die Frage zu machen, durch welche politische Praxis die Sozialisten die Entwicklung zum Sozialismus beeinflussen können. Denn nach Kautskys Meinung wird „die historische Entwicklung ... durch unsere Wünsche ebensowenig bestimmt wie durch die unserer Gegner“<sup>55)</sup>. Daher hält er es auch für „unnützlich und schädlich“, „bestimmte positive Vorschläge für die Anbahnung und Organisation der sozialistischen Gesellschaft zu machen.“<sup>56)</sup> Denn die „politische Herrschaft“ ist der Arbeiterklasse naturnotwendig als Ziel gegeben, „und ebenso naturnotwendig führt die ökonomische Entwicklung die Erreichung desselben herbei“<sup>57)</sup>. Selbst wenn das Proletariat seine politische Herrschaft im Staat, die ihm unvermeidlich zufällt, gar nicht benutzen wollte, „sich vermittels der Staatsgewalt der Produktionsmittel zu bemächtigen und an Stelle der kapitalistischen Warenproduktion die sozialistische Produktion zu setzen, so würde die Logik der Tatsachen diese schließlich ins Leben rufen, ...“<sup>58)</sup>.

Alle Fragen nach einer konkreten politischen Praxis für die Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen sind für Kautsky „Fragen, auf die kein Mensch eine Antwort erteilen kann“<sup>59)</sup>. Denn: „Eine neue Gesellschaftsform kommt nicht in der Weise zustande, daß einzelne besonders schlaue Köpfe einen Plan entwerfen, wie sie am besten einzurichten wäre, daß sie dann nach und nach die anderen von der Nützlichkeit dieses Planes überzeu-

gen und, wenn sie die nötigen Machtmittel gewonnen haben, nun daran gehen, schön gemächlich das soziale Gebäude nach diesem Plane aufzubauen und einzurichten.“<sup>60)</sup> Auch für August Bebel handelt es sich „bei der Verwirklichung des Sozialismus nicht um willkürliches ‚Einreißen‘ und ‚Aufbauen‘, sondern um ein naturgeschichtliches Werden“<sup>61)</sup>.

Auf der Grundlage der deterministischen Geschichtsauffassung enthält die Revolutionstheorie Kautskys keine Aufforderung an die Arbeiter, die Revolution bewußt vorzubereiten und durchzuführen, sie enthält nur die wissenschaftliche Prognose, daß diese Revolution in absehbarer Zeit naturnotwendig eintreten wird. Diesen Gedanken faßt Kautsky in folgenden klassischen Formulierungen zusammen: „Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen. Und da die Revolution nicht von uns willkürlich gemacht werden kann, können wir auch nicht das Mindeste darüber sagen, wann, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen sie eintreten wird. Wir wissen, daß der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht enden wird, ehe nicht das letztere in den vollen Besitz der Macht gelangt ist, die es dazu benötigen wird, die sozialistische Gesellschaft einzuführen.“<sup>62)</sup>

Die Konsequenzen, die sich aus dem Geschichtsdeterminismus für das politische Bewußtsein ergaben, lassen sich wie folgt zusammenfassen: An das sozialistische Endziel waren sehr hochgesteckte Erwartungen geknüpft. Vom Übergang zum Sozialismus erwartete man einen radikalen Bruch mit der bestehenden Gesellschaft, die durch Elend, Ungerechtigkeit, Unterdrückung gekennzeichnet war, und den Sprung in eine ganz andere, gerechte, harmonische und vollkommene Gesellschaft ohne nennenswerte Probleme. Diese vollkommene Gesellschaft galt aber nicht als vages Fernziel für künftige Generationen, sondern als die konkrete Lebensperspektive für die damals lebenden und lei-

<sup>53)</sup> Ebd., S. 131 f.

<sup>54)</sup> Ebd., S. 132.

<sup>55)</sup> Ebd., S. 143.

<sup>56)</sup> Ebd., S. 138.

<sup>57)</sup> Ebd., S. 219.

<sup>58)</sup> Ebd., S. 220.

<sup>59)</sup> Ebd., S. 143.

<sup>60)</sup> Ebd., S. 134.

<sup>61)</sup> August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1891<sup>3</sup>, S. 373 (1. Auflage 1879).

<sup>62)</sup> Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, Frankfurt 1972, S. 52 (1. Auflage 1909; die zitierten Formulierungen stammen aus einem schon 1893 erschienenen Artikel).

denden Arbeiter. Da der Geschichtsdeterminismus einen außergewöhnlichen Geschichtsoptimismus nach sich zog, wurde kaum in Erwägung gezogen, daß eventuell Widerstände, Schwierigkeiten und Probleme auftreten könnten, die das Erreichen des hohen Zieles zumindest verzögern könnten. Auf dem Erfurter Parteitag brachte August Bebel den weit verbreiteten Optimismus mit der folgenden Einschätzung der politischen Lage zum Ausdruck: „Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben.“<sup>63)</sup> Da man überzeugt war, daß die Eroberung der politischen Macht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel automatisch zur Entstehung der ganz anderen, gerechten und harmonischen Gesellschaft führen werde, hielt man strategische Überlegungen darüber, was die Sozialdemokraten mit der politischen Macht anfangen sollen, für überflüssig, denn: „Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst.“<sup>64)</sup>

Nicht in einem rationalen Lern- und Erkenntnisprozeß, sondern in einem psychologisch zu erklärenden emotionalen Bewußtseinsprozeß wurden in den achtziger Jahren besonders jene Elemente des Historischen Materialismus rezipiert, die den außergewöhnlichen Geschichtsoptimismus der sozialistischen Arbeiterbewegung begründeten. In der Zeit des Sozialistengesetzes fiel die optimistische Botschaft des Wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur bei Intellektuellen, sondern auch bei Arbeitern auf einen aufnahmebereiten fruchtbaren Boden. Die als bewiesene wissenschaftliche Erkenntnis ausgegebene Verheißung, daß die heute noch so übermächtigen Kräfte der herrschenden Gesellschaft, die die Arbeiterbewegung rücksichtslos unterdrückten, von einem ehernen Geschichtsgesetz bereits zum Tode verurteilt sind und bald von der historischen Bühne abtreten werden, weil die heute noch ohnmächtige Arbeiterklasse die politische Macht erobern und den Sozialismus errichten wird, stärkte bei vielen Arbeitern das politische Selbstbewußtsein und die Siegeszuversicht. Daher erfüllte der Geschichtsoptimismus für die Arbeiterbewegung zunächst durchaus eine positive psychologische Funktion: Während damals eine

nüchterne und realistische Einschätzung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse eher Resignation und Verzweiflung zur Folge gehabt hätte, ermutigte dieser Optimismus zahlreiche Sozialdemokraten, sich trotz politischer Ohnmacht für die sozialistische Bewegung zu engagieren. Doch so sehr der Glaube an den naturnotwendigen Sieg der eigenen Sache zahlreiche Sozialdemokraten zunächst auch ermutigt und mobilisiert haben mag, so beeinträchtigte dieses Vertrauen in die Geschichte eher die politische Handlungsfähigkeit, als die SPD durch große Wahlerfolge im Reich und in den Ländern durchaus zu einem politischen Machtfaktor wurde.

Auf der Grundlage des Geschichtsdeterminismus boten sich für die politische Strategie drei Möglichkeiten an: Die SPD konnte im Vertrauen auf den Sieg des Sozialismus auf bewußte politische Praxis verzichten und in revolutionärer Haltung auf das Erreichen ihrer Ziele warten<sup>65)</sup>. Sie konnte zweitens im Widerspruch zur revolutionären Theorie versuchen, die zwar beschränkten, aber durchaus vorhandenen Handlungsspielräume zielstrebig zu nutzen, um wenigstens Teile ihres politischen Programms schrittweise zu verwirklichen. Die dritte Möglichkeit bestand darin, die geschichtsdeterministische revolutionäre Theorie bewußt zu revidieren, um die Theorie mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und mit den Ansätzen der eigenen Praxis in Übereinstimmung zu bringen, also eine reformistische Praxis auf der Grundlage einer reformistischen Theorie weiterzuentwickeln.

Über diese dritte Möglichkeit begann 1896 Eduard Bernstein in einer Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ in der von Kautsky herausgegebenen Theoriezeitschrift „Die Neue Zeit“ nachzudenken. Er ahnte damals noch nicht, daß er damit in der SPD die bisher bedeutendste theoretische Kontroverse über Ziel und Weg des Demokratischen Sozialismus auslöste, die für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutsam wurde. Unter dem Schlagwort „Revisionismusdebatte“ ist diese Kontroverse in die sozialistische Theoriegeschichte eingegangen.

<sup>65)</sup> Dieter Groh kennzeichnet diese Strategie mit dem treffenden Begriff „revolutionärer Attentismus“; vgl. ders., Negative Integration und revolutionärer Attentismus — Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Berlin/Wien 1973.

<sup>63)</sup> Protokoll des Parteitages 1891, S. 172.

<sup>64)</sup> Ebd., S. 159.

## Eduard Bernstein und die Entwicklung eines revisionistisch-reformistischen Sozialismuskonzeptes

Anders als Karl Marx kam Eduard Bernstein nicht auf dem Wege philosophischer Reflexion zur Arbeiterbewegung, sondern durch die eigene soziale Herkunft, Erfahrung und Existenz. Am 6. Januar 1850 in Berlin als siebentes Kind eines Lokomotivführers geboren, lernte er Armut und Sorge ums tägliche Brot persönlich kennen. Obwohl begabt und lernbegierig, mußte er aus finanziellen Gründen das Gymnasium verlassen und eine Banklehre beginnen, nach deren Abschluß er von 1869 bis 1878 in Berlin als Bankangestellter arbeitete. Die unmittelbare Erfahrung mit der Not der sozial benachteiligten Schichten führte den politisch und geistig interessierten Bernstein bereits 1872 in die von Bebel gegründete „Sozialdemokratische Partei“, in der er bald als Organisator und Vortragsredner aktiv mitarbeitete und dabei auch die wichtigsten Führer der deutschen Arbeiterbewegung persönlich kennenlernte. Schon 1874 wurde er als Delegierter zum Parteitag nach Coburg geschickt, auf dem er sich für die Vereinigung mit den Lassalleanern einsetzte, die dann 1875 auf dem Parteitag in Gotha vollzogen wurde.

Für Karl Marx waren die Lehrjahre Studienjahre an der Universität, in denen er sich im Kreise bürgerlicher Intellektueller mit den großen philosophischen Interpretationen der Welt, vor allem Hegels, auseinandersetzte. Und aus dieser geistigen Auseinandersetzung entwickelte er selbst eine neue und anspruchsvolle Interpretation der Weltgeschichte, den Historischen Materialismus. Bernsteins Lehrjahre dagegen waren bestimmt durch die persönlichen Erfahrungen im Milieu der benachteiligten Schichten, durch frühe Berufstätigkeit und frühes praktisches Engagement in der entstehenden Arbeiterbewegung, für die er fast seine gesamte Freizeit opferte. Die theoretischen Grundlagen für sein politisches Engagement entwickelte er nicht — wie Marx — in eigener philosophischer Anstrengung, sondern er rezipierte von anderen entworfene sozialistische Ideen, und zwar zunächst vor allem von Ferdinand Lassalle und Eugen Dühring.

Mehr Zeit für die Beschäftigung mit den historischen und geistigen Grundlagen der sozialistischen Bewegung erhielt Bernstein, als er im Oktober 1878, kurz vor Verabschiedung des Sozialistengesetzes, als Sekretär des wohlhabenden Sozialisten Höchberg nach Zürich ging. Bei der Abreise aus Berlin ahnte er allerdings noch nicht, daß er erst nach einem

23 Jahre währenden Exil im Jahre 1901 nach Berlin zurückkehren würde.

Im gleichen Alter von 29 Jahren, in dem Marx vor der Revolution von 1848 sein neues Weltbild bereits fertig entworfen hatte, rezipierte Bernstein 1879 in Zürich — nach der Lektüre des Anti-Dühring von Engels — die marxistische Theorie, um deren Verbreitung in der Arbeiterbewegung er sich bald große Verdienste erwarb. 1879 wurde er Mitarbeiter der im Exil in Zürich herausgegebenen Zeitung „Sozialdemokrat“, deren verantwortliche Leitung er 1881 übernahm, und zwar nach einer Reise mit Bebel zu Marx und Engels nach London. Durch die in Zürich beginnende Zusammenarbeit und Freundschaft mit Karl Kautsky wurde er auch Mitarbeiter der von diesem herausgegebenen Theoriezeitschrift „Die Neue Zeit“. Nachdem Bernstein 1888 mit den anderen Mitarbeitern des „Sozialdemokrat“ aus Zürich ausgewiesen worden war, setzte er seine Arbeit in London fort, wo er enge Verbindungen zu Engels anknüpfte. Als 1890 die SPD wieder legal wurde und in Deutschland selbst als Zentralorgan den „Vorwärts“ herausgeben konnte, blieb Bernstein als dessen Korrespondent in London. Da er wegen seiner illegalen Arbeit in Deutschland weiterhin steckbrieflich gesucht wurde, mußte er noch bis 1901 in London bleiben.

Während die meisten wichtigen sozialistischen Theoretiker eine wissenschaftliche Ausbildung an der Universität erhalten hatten, wie z. B. Marx selbst und Karl Kautsky, wurde Bernstein als Autodidakt zu einem bedeutenden sozialistischen Theoretiker und Historiker<sup>66)</sup>. Die eigenständige geistige Leistung beginnt bei Bernstein aber erst in einem weit fortgeschrittenen Lebensalter als bei Marx. Während letzterer bereits vor Vollendung des 30. Lebensjahres sein theoretisches Lebenswerk vollendet hatte, das er später nur noch zu vertiefen brauchte, begann Bernstein sein eigenes theoretisches Lebenswerk, das revisionistisch-reformistische Sozialismuskonzept, erst seit seinem 45. Lebensjahr, seit 1895 zu entwickeln. Und während Marx in diesem Lebensalter vor allem in der Bibliothek des Britischen Museums in London weitere Beweise für die Richtigkeit seines Historischen Materialismus suchte, kamen Bernstein in eben dieser Bibliothek in

<sup>66)</sup> 1895 erschien „Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution“; zu einem Standardwerk wurde seine „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“.

London Zweifel an der Richtigkeit dieser Theorie.

Die Ergebnisse seiner kritischen Überprüfung der marxistischen Theorie veröffentlichte Bernstein zwischen 1896 und 1898 in der Aufsatzserie „Probleme des Sozialismus“ in der Theoriezeitschrift „Die Neue Zeit“<sup>67)</sup> und in dem 1899 erschienenen Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Die kritische Überprüfung der Theorie bezieht sich auf drei Ebenen, nämlich

1. die Gesellschaftstheorie
2. die politische Strategie
3. den gesamten Theorieansatz des wissenschaftlichen Sozialismus.

Bernstein stellte keineswegs, wie ihm seine antirevisionistischen Gegner und seine konservativen „Freunde“ immer unterstellt haben, die gesellschaftsverändernde Zielsetzung des Sozialismus in Frage, sondern die Aussagen über die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft und die strategischen Vorstellungen über den Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Nicht durch philosophische Reflexionen und logische Deduktionen aus einer fertigen Theorie, sondern durch eine empirische Analyse gelangte Bernstein zu der Einsicht, daß die Voraussagen der Zusammenbruchstheorie, der Verelendungstheorie und der Klassentheorie nicht mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung übereinstimmen. Trotz schwerer Wirtschaftskrisen sei die kapitalistische Wirtschaftsordnung anpassungs- und lebensfähiger, als in der Theorie angenommen wurde, so daß mit einem baldigen Zusammenbruch nicht zu rechnen ist. Im Widerspruch zur Verelendungstheorie hat die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bereits im Kapitalismus reale Verbesserungen für die Arbeiter erkämpfen können. Anhand statistischen Materials stellte Bernstein auch fest, daß sich die Klassenstruktur — entgegen den Prognosen der Klassentheorie — nicht durch das Verschwinden des Mittelstandes so vereinfache, daß bald nur noch die überwältigende Mehrheit einer einheitlichen und revolutionären Arbeiterklasse der immer kleiner werdenden Zahl von Großkapitalisten gegenüberstehen werde.

<sup>67)</sup> Die Aufsätze, die die Revisionsmusdebatte auslösten, sind auch enthalten in den Sammelbänden: Eduard Bernstein, Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus, Teil I und Teil II, Berlin 1904<sup>4</sup>. Auszüge aus diesen Aufsätzen sind auch abgedruckt in: Eduard Bernstein, Texte zum Revisionismus, Bonn 1977.

Da die Zusammenbruchstheorie, die Verelendungs- und Klassentheorie die entscheidende Grundlage für die Annahme bildeten, daß das sozialistische Endziel bald und ohne große Schwierigkeiten auf dem Wege einer sozialistischen Revolution erreicht werden wird, stellte Bernstein mit jenen Gesellschaftstheorien auch die Revolutionstheorie in Frage. Da die SPD nicht mehr mit guten Gründen annehmen könne, ihre Ziele schnell und vollständig auf revolutionärem Wege zu erreichen, müsse sie sich auf eine langfristig angelegte Reformstrategie einstellen, um ihre Ziele schrittweise auf reformistischem Wege zu verwirklichen.

Über die Widerlegung einzelner Theorien hinaus hat Bernstein, vor allem in dem Vortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“<sup>68)</sup>, den er kurz nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1901 in Berlin hielt, die Grundannahme des wissenschaftlichen Sozialismus und des Geschichtsdeterminismus in Frage gestellt, nämlich die Annahme: Marx hat wissenschaftlich bewiesen, daß die gesellschaftliche Entwicklung gesetzmäßig und unausweichlich zum Sozialismus führt, der das objektive Ziel der Geschichte ist. Er hielt es nicht nur für unmöglich, die Notwendigkeit des Sozialismus wissenschaftlich zu beweisen, er hielt es für die sozialistische Bewegung auch für unnützlich, einen solchen „Beweis“ zu liefern. Denn da die Geschichte kein objektives Ziel hat und für unterschiedliche Entwicklungen offen ist, ist für Bernstein das sozialistische Ziel „nicht ein bloß von der Theorie vorherbezeichneter Akt, dessen Eintreten mehr oder minder fatalistisch erwartet wird, sondern es ist in hohem Grade ein gewolltes Ziel, für dessen Verwirklichung gekämpft wird“<sup>69)</sup>. Dagegen ist für Rosa Luxemburg, die ja auch die Notwendigkeit des aktiven politischen Kampfes betont, der Sozialismus nur dann als Ziel denkbar, wenn seine objektive Notwendigkeit wissenschaftlich bewiesen wird. Der Verzicht auf diesen wissenschaftlichen Beweis ist für sie daher identisch mit dem Verzicht auf das politische Ziel des Sozialismus<sup>70)</sup>.

Auch wohlwollende Kritiker erheben gegen Bernstein den Einwand, daß er eigentlich kein Theoretiker sei, da er nur die Theorie des Marxismus verworfen habe, ohne ihr eine ei-

<sup>68)</sup> Eduard Bernstein, Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? in: Ein revisionistisches Sozialismusbild — Drei Vorträge, hrsg. und engl. von Helmut Hirsch, Hannover 1966.

<sup>69)</sup> Ebd., S. 21 f.

<sup>70)</sup> Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? in: Politische Schriften I, Frankfurt 1966, hrsg. von Ossip K. Flechtheim.

gene konstruktive theoretische Alternative gegenüberzustellen. Doch dieses Urteil beruht vor allem auf der unzureichenden Rezeption der theoretischen Leistung Bernsteins. In der ersten umfassenden Gesamtdarstellung seines politischen Denkens hat Thomas Meyer materialreich und überzeugend das theoretische Paradigma des Revisionismus rekonstruiert<sup>71)</sup>.

Bernstein selbst betonte immer wieder, daß er kein Antimarxist sei und keineswegs das Gesamtwerk von Marx verwerfen wolle. Er gelangte vielmehr nur zu der Überzeugung, „daß der Sozialdemokratie ein Kant not tut, der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht, ... der mit überzeugender Schärfe bloßlegte, was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer wert und bestimmt ist fortzuleben und was fallen muß und fallen kann ...“<sup>72)</sup>.

Bernstein wollte nur jene Elemente des Marxismus überwinden, die die Entwicklung einer erfolgreichen emanzipatorischen Praxis hemmten, mit anderen Worten: die die praktische Einlösung des emanzipatorischen Anspruchs des Marxismus verhinderten. Dabei knüpfte Bernstein durchaus an den praxisorientierten Denkansatz von Marx an. Der Ansatz für die Entwicklung einer solchen praxisorientierten Denkweise war ja für Marx selbst die Revision einer fertigen Theorie gewesen, nämlich, wie er selbst schreibt, „eine kritische Revision der Hegelschen Rechtsphilosophie“<sup>73)</sup>. Bereits in der 1841/42 entstandenen „Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie“ hatte Marx den Denkansatz Hegels grundsätzlich kritisiert, indem er ihm ein logisch-deduktives Denken vorwarf, das nicht zu angemessenen Erkenntnissen der Wirklichkeit zu führen vermag, die die handelnden Menschen brauchen, wenn sie diese bewußt verändern wollen. „Er (Hegel, H. H.) entwickelt sein Denken nicht aus dem Gegenstand, sondern den Gegenstand nach einem mit sich fertig und in der abstrakten Sphäre der Logik mit sich fertig gewordenen Denken.“<sup>74)</sup> Mit anderen Worten: Marx wirft Hegel vor, seine Theorie über die Wirklichkeit nicht aus einer Analyse dieser Wirklichkeit zu gewinnen, sondern umgekehrt, aus einer schon vor der Analyse spekulativ gewonnenen Idee, aus

einer „Konstruktion à la Hegel“, logisch-deduktiv auf die Beschaffenheit der Wirklichkeit zu schließen bzw. diese Wirklichkeit anhand einer abstrakten Idee nur zu interpretieren. Doch diese logisch-deduktive Denkweise, die die Welt nur zu interpretieren vermag, ist unzureichend, weil es nach der 11. Feuerbachthese ja darauf ankommt, sie zu verändern.

Der kritische Marxist Karl Korsch verweist darauf, daß nach der Niederlage der Revolution und der Arbeiterbewegung nach 1849 „Karl Marx und Friedrich Engels ihre ursprünglich im unmittelbaren Zusammenhang mit der praktischen revolutionären Bewegung konzipierte revolutionäre Theorie nur noch als Theorie fortbilden (konnten).“<sup>75)</sup> Darin sieht er eine Ursache für die Entstehung einer Kluft zwischen Theorie und Praxis, da „diese so zu immer höherer theoretischer Vollendung fortgebildete Marx-Engelsche Theorie jetzt mit der Praxis der gleichzeitigen Arbeiterbewegung nicht mehr unmittelbar verbunden ist, sondern beide Prozesse, die Fortbildung ... der Theorie ... und die neue Praxis der Arbeiterbewegung, relativ selbstständig nebeneinander hergehen.“<sup>76)</sup> Daraus ergibt sich, daß Marx im Widerspruch zu seinem Praxisanspruch einen Theorieansatz entwickelte, der als reine Theorie nur noch die Erkenntnis objektiver Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungsprozessen zum Ziel hat. Aber gerade von diesem praxisfernen objektivistischen theoretischen Paradigma ging eine dauerhafte Faszination auf Intellektuelle aus. Denn aus dieser Weltinterpretation wird nicht mehr die zur Praxis aufrufende Forderung abgeleitet, daß der Mensch die Welt verändern soll, sondern die theoretische oder wissenschaftliche Erkenntnis, daß sich die Welt verändert, und zwar unaufhaltsam in Richtung Sozialismus.

Mit dem Konzept eines deterministischen Historischen Materialismus hat Marx den Denkfehler, den er Hegel vorgeworfen hat, nämlich die Wirklichkeit aus der Idee abzuleiten, wiederholt. Damit erhielt die Theorie den Vorrang über die Realität, die Analyse der Realität diente nur noch dazu, die Theorie zu bestätigen, nicht sie zu korrigieren. Richard Friedenthal fällt das folgende harte Urteil über die Haltung von Marx: „Kritik war sein Lebenswerk, doch Kritik an den eigenen Anschauungen oder Zweifel nur hat er nie aufkommen lassen. Verbesserungen wohl, unaufhörlich, soweit sie das einmal Konzipierte bestätigten und erweiterten. Revisionen je-

<sup>71)</sup> Thomas Meyer, *Bernsteins konstruktiver Sozialismus*, Bonn 1977.

<sup>72)</sup> Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Bonn 1973, S. 256 f. (1. Auflage 1899).

<sup>73)</sup> MEW, Bd. 13, S. 8.

<sup>74)</sup> Karl Marx, *Die Frühschriften*, Hrsg. von S. Landshut, Stuttgart 1953, S. 29.

<sup>75)</sup> Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie*, Frankfurt 1966, S. 47.

<sup>76)</sup> Ebd., S. 48.

doch nie. Es hat seinen Sinn, daß Revision und Revisionismus ... dann zu fluchwürdigen Verdammungswörtern für jeden Zweifel am ‚orthodoxen‘ Marx geworden sind.“<sup>77)</sup> Wenn dieses harte Urteil auch nicht auf Marx voll zutrifft, so doch auf die orthodoxen Anhänger von Marx. Denn von ihnen wurde der Begriff Revisionismus geprägt, und er war gemeint als „fluchwürdiges Verdammungswort“ gegen Bernsteins kritische Überprüfung der überlieferten Theorie. Doch da revidieren bedeutet: wieder hinsehen, noch einmal durchsehen, also kritisch überprüfen, und da Bernstein darin kein verdammenswertes Verhalten zu sehen vermochte, akzeptierte er den Begriff Revisionismus zur positiven Kennzeichnung seines Theorieansatzes.

Durch die Revision der orthodoxen Theorie gelangte Bernstein zu einer anderen Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Möglichkeiten zu ihrer Veränderung. Nicht etwa aus Abneigung gegen Revolutionen, sondern weil es auf Grund der gesellschaftlichen Wirklichkeit unmöglich ist, in einem revolutionären Akt in kurzer Zeit eine qualitativ ganz neue und bessere Gesellschaft zu schaffen, tritt er für die Reformstrategie ein. Wegen der gesellschaftlichen Wirklichkeit wird der Weg zum Sozialismus weit schwieriger, langwieriger und anstrengender sein als nach den Verheißungen der Revolutionstheorie. Und das Ziel wird keineswegs so erhaben und vollkommen sein wie erhofft; es wird nie einen paradisischen Endzustand ohne Probleme geben.

Zu einem wichtigen psychologischen Motiv für scharfe antirevisionistische Gegenreaktionen wurde Bernsteins ernüchternde Betrachtungsweise, sein Bemühen, das sozialistische Ziel auf irdisches Maß herabzustufen und dabei noch darauf hinzuweisen, daß sogar das Erreichen viel bescheidenerer Ziele noch viel langwieriger und anstrengender sein wird. In diesem Sinne klagt Kautsky an: „Man muß begeistert sein, um große Dinge zu vollbringen, sagt St. Simon. Aber nur große Ziele können begeistern. Ist das Ziel unserer Bewegung hinfällig geworden, dann lenke man den Enthusiasmus auf ein anderes, besser begründetes, jedoch eben so hohes Ziel, aber man töte nicht jeden Enthusiasmus durch unfruchtbaren Zweifel.“<sup>78)</sup>

Da für Bernstein das, „was man gemeinhin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht“, nichts ist, die Bewegung aber — also der Weg — alles, besteht für ihn keine strikte Tren-

nung mehr zwischen Weg und Ziel<sup>79)</sup>. Denn der Weg bedeutet bereits eine Verwirklichung von Teilen des sozialistischen Zieles; die praktische Reformpolitik muß also „stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus“ sein<sup>80)</sup>. Für Rosa Luxemburg dagegen kann es eine „stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus“ nicht geben, da für sie durch Reformen die Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft „nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester, starrer gemacht (wird). Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution“<sup>81)</sup>. Auch für Bebel schien es undenkbar, schrittweise Teilziele des Sozialismus zu verwirklichen. In einem Brief an Engels schrieb er 1891: „Wie ich unsere Zustände ansehe und ihre rasche Entwicklung zu schließen erlaube, kann leichter das ganze erreicht werden, ehe nur ein Teil verwirklicht ist“<sup>82)</sup>.

In Bernsteins reformistischer Strategie einer „stückweise vollzogenen Verwirklichung des Sozialismus“ spielt die Demokratie eine entscheidende Rolle. Wenn auch alle Programme, auch das marxistische Erfurter Programm, eindeutige Bekenntnisse zur Demokratie enthalten, so hat doch erst Bernstein das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus im Sinne des modernen Demokratischen Sozialismus theoretisch ausreichend geklärt. Im Gegensatz zu der auch nach 1918 verbreiteten Losung „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, betonte Bernstein: „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel zur Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>83)</sup> Wenn auch Bernstein an der Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel festgehalten hat, so ist für ihn jedoch Sozialismus nicht mehr einfach mit Sozialisierung identisch, sondern eher mit fortschreitender Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft. Und nur im Rahmen einer solchen Demokratisierung kann auch die Sozialisierung ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus sein.

Der Demokratische Sozialismus im Sinne Bernsteins schließt nicht nur alle demokratischen, sondern auch alle liberalen Ideen mit

<sup>79)</sup> Eduard Bernstein, Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus, Teil II, a. a. O., S. 95.

<sup>80)</sup> Ebd., S. 80 ff.

<sup>81)</sup> Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? a. a. O.

<sup>82)</sup> August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsg. von Werner Blumenberg, London 1965, S. 424.

<sup>83)</sup> Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen ... a. a. O., S. 178.

<sup>77)</sup> Friedenthal, Karl Marx, a. a. O., S. 618.

<sup>78)</sup> Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899, S. 4.

ein. Er ist also keine Gegenposition zum geistig-politischen Liberalismus, sondern „nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe, ...“<sup>84</sup>). Da die Freiheit für alle aber nur durch Organisation möglich ist, kann man „den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen“<sup>85</sup>). Wenn dennoch zwischen liberalen Parteien und Sozialdemokratie Gegnerschaft besteht, dann deshalb, weil „die Parteien, die sich den Namen liberal zulegte, ... im Verlauf reine Schutzgarden des Kapitalismus (waren oder wurden)“<sup>86</sup>).

Während auf der Grundlage der Revolutionstheorie die Alltagspraxis der revolutionären Sozialdemokratie nur dazu dienen kann, die Wartezeit bis zur Revolution zu überbrücken, erhält durch den Revisionismus „die sozialistische Gegenwartsarbeit ... einen erhöhten Wert“<sup>87</sup>). Denn auf dieser theoretischen Grundlage erhält die konkrete Reformpolitik die Aufgabe, die Gesellschaft schrittweise in Richtung Sozialismus zu verändern.

## Der lange Weg von der Revisionismusdebatte zum Godesberger Programm von 1959

Da die orthodoxen Marxisten vor allem den geschichtsdeterministischen Ansatz des Marxismus rezipiert hatten, erhob sich gegen Bernsteins Revisionismus ein ideologischer Entrüstungssturm<sup>89</sup>). Auf mehreren Parteitagungen um die Jahrhundertwende wurde der Revisionismus mit großen Mehrheiten verurteilt. Mit knapper Not entging Bernstein wenigstens dem Ausschluß aus der SPD.

Die politischen Rahmenbedingungen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates, die nur wenig Handlungsspielraum für Reformen enthielten, erleichterten natürlich ebenfalls das Festhalten an der revolutionären Theorie, die allerdings keineswegs zu einer entspre-

Wenn auch der orthodoxe Marxismus den Gedanken einer schrittweisen Veränderung der Gesellschaft ausschließt, so muß doch nicht das theoretische Gesamtwerk von Marx diese reformistische Perspektive völlig ausschließen. Thomas Meyer hat in seinem Buch „Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie“<sup>88</sup>) aufgezeigt, daß im Gesamtwerk von Marx neben dem objektivistisch-deterministischen Theorieansatz, der den Zugang zur Praxis versperrt, auch ein nicht-deterministischer Theorieansatz enthalten ist, mit dem durchaus eine reformistische Strategie im Sinne Bernsteins begründet werden könnte. Bernstein, der selbst auf einen Dualismus im Werk von Marx hingewiesen hatte, wollte daher nicht den „ganzen Marx“ verwerfen, sondern nur jenen praxisverhindernden deterministischen Ansatz. Durch die Freilegung und Weiterentwicklung des revisionistisch-reformistischen Ansatzes wollte er nur eine Voraussetzung dafür schaffen, daß der emanzipatorische Anspruch des Marxismus auch praktisch eingelöst werden kann.

chenden revolutionären Praxis anleitete, aber durchaus die Entwicklung einer zielstrebigem und systematischen reformistischen Praxis hemmte.

Obwohl die konkrete politische Praxis sowohl der SPD als auch der immer stärker werdenden Gewerkschaften immer mehr dem Konzept des Reformismus entsprach, stiegen dadurch keineswegs die Chancen für eine Rezeption des revisionistisch-reformistischen Theorieansatzes. Selbst reformistische Politiker verwarfen Bernsteins Revisionismus, obwohl er damit ihre Praxis theoretisch begründen wollte. Gegen die revisionistische Begründung der reformistischen Praxis wandte z. B. Ignaz Auer ein: „So etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man einfach.“ Das Desinteresse der praktischen Reformisten an Theorie hatte zur Folge, daß der revisionistisch-reformistische Theorieansatz Bernsteins einflußlos blieb und nicht als eigenständige theoretische Traditionslinie weiterentwickelt wurde. Obwohl sich schon bis 1914 in der Praxis der Reformismus durchgesetzt hatte, blieb im theoretischen Selbstverständnis die marxistische Traditionslinie vorherrschend. Die theoretische Sprachlosigkeit des praktischen Reformismus der deutschen Arbeiterbewegung war eine

<sup>84</sup>) Ebd., S. 184.

<sup>85</sup>) Ebd., S. 188.

<sup>86</sup>) Ebd., S. 184.

<sup>87</sup>) Eduard Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, in: Ein revisionistisches Sozialismusbild, a. a. O., S. 38.

<sup>88</sup>) Thomas Meyer, Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie, Kronberg 1973.

<sup>89</sup>) Zur Darstellung der Revisionismusdebatte vgl. u. a.: Detlef Lehnert, Reform und Revolution in den Strategiediskussionen der klassischen Sozialdemokratie, Bonn 1977; dokumentiert ist die Debatte in: Peter Friedemann (Hrsg.), Materialien zum politischen Richtungstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890—1917, Zwei Bände, Frankfurt/Berlin 1978.

Ursache dafür, daß selbst in der Weimarer Republik in den Theoriediskussionen das marxistische Paradigma vorherrschend blieb. Dagegen blieben zahlreiche Beiträge für eine reformistische Sozialismustheorie<sup>90)</sup> weitgehend isolierte Einzelleistungen, die kaum von der Partei rezipiert wurden und keine eigenständige Theorietradition begründeten. Die andauernde theoretische Sprachlosigkeit des Reformismus wird daran sichtbar, daß die SPD, die 1921 in Görlitz erstmals ein reformistisches Programm angenommen hatte, bereits 1925 in das Heidelberger Programm wieder die marxistischen Grundsatzpositionen aus dem Erfurter Programm aufnahm und damit den Widerspruch zwischen ihrer reformistischen Praxis und ihrer programmatisch theoretischen Selbstdarstellung wieder verstärkte.

Da hier die Übernahme des Marxismus-Leninismus durch die KPD nicht behandelt werden kann, sei aber wenigstens daran erinnert, daß nicht nur der Revisionist Bernstein, sondern auch zahlreiche Marxisten, wie z. B. Rosa Luxemburg und Karl Kautsky<sup>91)</sup>, von Anfang an das Leninsche Konzept der Diktatur des Proletariats unter der Herrschaft einer zentralistischen Partei schärfstens kritisiert haben und damit auch den Marxismus zu einem Faktor für die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus gemacht haben. Die Wahlerfolge der KPD, besonders in der Endphase der Weimarer Republik, sind daher gewiß nicht auf den andauernden Einfluß des Marxismus in der Arbeiterbewegung und in der Arbeiterschaft zurückzuführen. Denn obwohl der Marxismus in den Theoriediskussionen vorherrschend geblieben war, hatte er längst seine Massenbasis verloren, weil bei der großen Mehrheit der Mitglieder, Funktionäre und Wähler der SPD das Interesse an Theorie überhaupt stark zurückgegangen war. Anders als in der Zeit des Sozialistengesetzes und kurz danach wirkten schon vor dem Ersten Weltkrieg die bescheidenen Erfolge der reformistischen Praxis auf die Arbeiter überzeugender als die hochgesteckten Verheißungen der revolutionären Theorie, die vor allem noch für die die Theoriediskussionen tragenden Intellektuellen attraktiv blieben.

<sup>90)</sup> Vgl. dazu H. Heimann/Th. Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus und Sozialdemokratie, Bonn 1982.

<sup>91)</sup> Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; dies., Die russische Revolution, in: Politische Schriften III, a. a. O.; die Auseinandersetzungen Kautskys mit Lenin sind wieder leicht zugänglich in: Peter Lübke (Hrsg.), Kautsky gegen Lening, Bonn 1982.

Da die Ergebnisse der reformistischen Sozialismuskussionen der Weimarer Republik in der Sozialdemokratie kaum rezipiert und verarbeitet wurden, fand auch nach 1945 nicht sogleich die theoretische Neuorientierung statt, die Bernstein schon vor der Jahrhundertwende gefordert hatte. Kurt Schumacher hatte zwar bereits in seinem Aufruf im Sommer ein Bekenntnis zum geistig-theoretischen Pluralismus abgelegt. Obwohl es damit ausdrücklich als legitim anerkannt war, daß Sozialdemokraten ihr sozialistisches Engagement nicht nur mit dem Marxismus, sondern auch mit philosophischen, ethischen oder religiösen Argumenten begründen, erweckte die SPD weiterhin in vielen Selbstdarstellungen den Eindruck, noch zahlreiche Elemente einer marxistischen Klassen- und Weltanschauungspartei bewahrt zu haben, zumal Sozialisierung und Planung der Wirtschaft zentrale Kriterien ihres Sozialismusverständnisses geblieben waren.

Erst die Stagnation bei den Wahlen im „30-Prozent-Turm“ wurde zu einer starken Triebkraft für die Bemühungen um eine programmatisch-theoretische Neuorientierung. Dennoch ist das 1959 verabschiedete Godesberger Programm keineswegs, wie manche Kritiker meinen, nur eine opportunistische Anpassung an den Zeitgeist, motiviert allein durch das wahltaktische Ziel, mehr Wähler zu gewinnen. Denn der Verabschiedung des Programms ging eine jahrelange intensive theoretische Diskussion voraus, in der auch immer wieder der Geschichtsdeterminismus des Historischen Materialismus und der Ansatz des Wissenschaftlichen Sozialismus in Frage gestellt wurden, also jene Elemente des Marxismus, die bereits im Mittelpunkt der Revisionismusdebatte um die Jahrhundertwende gestanden hatten. Doch anders als damals setzten sich diesmal die Kritiker der orthodox-marxistischen Position durch<sup>92)</sup>.

Doch obwohl das Konzept des Demokratischen Sozialismus im Godesberger Programm grundsätzlich den Vorstellungen Bernsteins entspricht, und obwohl Carlo Schmid 1964 das Programm mit der Feststellung kommentierte: „Bernstein hat auf der ganzen Linie gesiegt“, hat keine bewußt vollzogene Rezeption seines revisionistisch-reformistischen Paradigmas stattgefunden. Obwohl auf dem Weg nach Godesberg eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Geschichtsdeterminismus

<sup>92)</sup> Zu den Theoriedebatten auf dem Weg nach Godesberg vgl.: Helmut Köser, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59, Diss. Freiburg 1971.

stattfind, die Beteiligten ähnliche Argumente wie Bernstein verwendeten und auch zu ähnlichen Ergebnissen wie er kamen, knüpften sie dennoch fast nie an dessen früheren theoretischen Bemühungen an. Das hatte aber zur Folge, daß auch durch die Annahme eines reformistischen Programms in Godesberg keine bewußte revisionistisch-reformistische Theoretiktradition begründet wurde. Da darüber hinaus die Ergebnisse der theoretischen Diskussionen auf dem Weg nach Godesberg nach Verabschiedung des Programms nicht weitervermittelt wurden, ihre Argumente dem Vergessen anheimfielen, entstand der Eindruck, daß Godesberg nicht nur Abschied von der orthodox-marxistischen Theorie bedeutet, sondern von sozialistischer Theorie überhaupt. Durch das Godesberger Programm wurde zwar die von Bernstein geforderte Übereinstimmung zwischen Praxis und Theorie hergestellt, doch die das reformistische Sozialismuskonzept begründende Theorie wurde bald vergessen und verdrängt. Der reformistische Charakter des Programms wurde als eine Selbstverständlichkeit angesehen, die keiner theoretischen Begründung bedarf. Mit anderen Worten: Durch das Godesberger Programm wurde die theoretische Sprachlosigkeit des Reformismus nicht überwunden. Diese fortbestehende Sprachlosigkeit schuf

auch keine Probleme, solange niemand über Reformismus sprach.

Das wurde aber anders, als Ende der sechziger Jahre mit der Studentenbewegung eine unerwartete Renaissance des Marxismus einsetzte und die Begriffe Revisionismus und Reformismus zu Inbegriffen für den Verrat der SPD — und auch der kleinen DKP — an den Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus wurden. Die Neue Linke, die zu einer geistig einflußreichen akademischen Linken wurde, begründete ihr marxistisches Selbstverständnis durch die Verwerfung von Revisionismus und Reformismus und das Bekenntnis zum Antirevisionismus und Antireformismus<sup>93</sup>).

Wenn in kurzer Zeit der antirevisionistisch-antireformistische Marxismus — in verschiedenen Varianten — einen unaufhaltsamen Siegeszug durch die Herzen des linken akademischen Nachwuchses antreten konnte, so war die theoretische Sprachlosigkeit des Reformismus dafür gewiß eine günstige geistige Rahmenbedingung. Denn in den intensiven Sozialismuskonversationen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, die das politische Bewußtsein mehrerer Studentengenerationen prägten, spielte das reformistische Sozialismuskonzept keine Rolle, da es keine intellektuellen Verteidiger fand.

## Von der Renaissance zur Krise des Marxismus

Anders als Ende des 19. Jahrhunderts übte der Marxismus durch seine Renaissance seit Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik auf das politische Bewußtsein der Arbeiter und auf die Politik der Arbeiterbewegung keinen Einfluß aus. Aber er spielte eine ähnliche motivierende sozialpsychologische Rolle wie vor der Jahrhundertwende. Er wurde zum theoretischen Ausdruck und zur wissenschaftlichen Begründung für die euphorische Aufbruchsstimmung der Studentengeneration von 1968. Die marxistische Krisentheorie, die wieder einmal den Glauben an das nahe Ende des Kapitalismus erweckte, wurde zum Garantieschein dafür, daß es der marxistischen Neuen Linken gelingen werde, in kürzester Zeit eine Welt zu bauen, wie die Menschheit sie noch nicht gesehen hatte. Doch da die Marxisten den Marxismus extrem verschieden interpretierten, vermochten sie die Welt nicht zu verändern. Unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ spaltete sich die Studentenbewegung eines halben Landes in eine nicht zu überblickende Anzahl von sich gegenseitig erbittert bekämpfenden

Mini-Parteien, Gruppen, Fraktionen und Strömungen. Obwohl wegen dieser Zersplitterung der politische Einfluß der Neuen Linken bald wieder zurückging, stieg zunächst noch der Einfluß des Marxismus auf das politische Bewußtsein der kritischen linken Intelligenz, da ihm kein alternatives Theorieangebot offensiv gegenüber gestellt wurde. Auch die nach ihrer Linkswendung 1969 einflußreicher gewordenen Jungsozialisten in der SPD, deren akademische Führungsgruppen mit einiger Verzögerung den Marxismus rezipiert hatten, verloren bald wieder ihren politischen Einfluß. In Nachahmung der Studentenbewegung zerfielen sie ebenfalls in sich gegenseitig bekämpfende marxistische Fraktionen<sup>94</sup>).

Wie gering die Einflußmöglichkeiten der organisatorisch so starken Sozialdemokratie auf die theoretischen Sozialismuskonversationen sind, zeigt der Versuch in der zweiten Hälfte

<sup>93</sup>) Vgl. dazu: H. Heimann, Theorie ohne Praxis, Köln 1977.

<sup>94</sup>) Vgl. dazu: ders., Theoriediskussion in der SPD, Köln 1975.

der siebziger Jahre, durch bewußtes Anknüpfen an das revisionistisch-reformistische Konzept Bernsteins den praxisblockierenden Dogmatismus in der marxistischen Linken aufzulockern<sup>95)</sup>. Denn von diesem aus der Sozialdemokratie selbst kommenden Versuch gingen kaum größere Wirkungen auf das Bewußtsein der marxistisch orientierten akademischen Linken aus, zu der auch die Führungsgruppen der marxistischen Jungsozialisten gehören.

Wenn der Renaissance bald, bereits seit Ende der siebziger Jahre, eine neue Krise des Marxismus folgte, in der für viele das optimistische Weltbild zusammenbrach, so ist das auf kritische theoretische Diskussionen außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung zurückzuführen, keineswegs aber auf eine geistige Offensive des Reformismus. Ausgelöst durch Rudolfs Bahros Buch „Die Alternative“ (1977), wurden in den folgenden Jahren in den marxistischen Zeitschriften, in Büchern, in Seminaren und auf Tagungen jene Elemente des Geschichtsdeterminismus in Frage gestellt, die Bernstein bereits Ende des vorigen Jahrhunderts verworfen hatte<sup>96)</sup>. Mit dem Geschichtsdeterminismus, schwand aber auch der Geschichtsoptimismus, der inzwischen oft durch die Parole „No future“ ersetzt wurde. Viele erlebten den Verlust der marxistischen Glaubensgewißheiten als eine Vertreibung aus dem Paradies. In den Berliner Heften heißt es zum Abschluß eines fiktiven Dialogs, in dem alle Beteiligten ihre Zweifel am Marxismus geäußert hatten: „Wenn ich unser Gespräch so überdenke, ist mir, als würde ich aus einem schönen theoretischen Garten vertrieben.“<sup>97)</sup> Nicht wenige Marxisten gelangten in den intensiven theoretischen Auseinandersetzungen zu der selbstkritischen Einsicht: „Der Marxismus ist in einer bestimmten Phase der Studentenbewegung von 1967/69 — zumindest in der BRD war das so — als eine in sich geschlossene, optimistische Welt-

anschauung aufgefaßt worden. Er galt als Heilswissen, trotz gegenteiliger Beteuerung.“<sup>98)</sup> Wenn trotz des optimistischen Lebensgefühls damals einmal Zweifel und Fragen auftauchten, konnte man sich getrost an den als Heilswissen wirkenden Marxismus wenden, wie ein Betroffener rückblickend feststellt: „Das Kapital lesen‘ war die stereotype Antwort auf alle Fragen, mochten sie nun theoretischer oder unmittelbar-praktischer Natur sein. Nun ist das ‚Kapital‘ mehr oder weniger gründlich gelesen — man hat auch versucht, es praktisch werden zu lassen —, aber jene Fragen bestehen nach wie vor. Marx erscheint vielen heute als falscher Prophet, der versprochen hat, was er nicht einlösen kann.“<sup>99)</sup>

Inzwischen ist auch der bescheidene Zielvorstellungen ausdrückende Begriff des Reformismus bei linken Intellektuellen weitgehend rehabilitiert worden; aber ebenfalls nicht durch eine geistige Offensive der reformistischen Arbeiterbewegung, sondern durch die Diskussionen in der Ökologiebewegung über einen „grünen Reformismus“.

Als Stifter einer Diesseitsreligion und Verkünder einer Heilsgewißheit ist Karl Marx inzwischen auch für die meisten Marxisten wieder tot. Als kritischer und anregender Fragesteller könnte er gerade deshalb auch nach seinem 100. Todestag die geistigen Auseinandersetzungen über die Probleme der Zukunft befruchten und beleben. Gerade wenn die heilsgeschichtlichen Aspekte des Marxismus, die nur verhängnisvoll gewirkt haben, konsequent über Bord geworfen werden, könnten gewiß mehr Sozialwissenschaftler das Lob eines Nicht-Marxisten als berechtigt anerkennen: „Wir alle stehen auf den Schultern von Marx.“ Denn wer nicht dogmatisch die Ergebnisse der marxistischen Theorie a priori und pauschal als falsch verwirft, sondern sie kritisch im Sinne des Revisionismus prüft und verarbeitet, kann tiefere Einsichten in die Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten unserer Gesellschaft gewinnen, weil er dadurch einen besseren Überblick und einen weiteren Horizont besitzt. Doch diesen weiten Horizont kann nur erwerben, wer gegenüber Marx respektlos genug ist, um sich auf seine Schultern zu stellen, aber nicht derjenige, der ehrfurchtsvoll vor ihm kniet und nur demütig zu ihm aufblickt.

<sup>95)</sup> Vgl. dazu: H. Heimann/Th. Meyer, Eduard Bernstein und der Demokratische Sozialismus, Bonn 1978; Die Kontroversen um die Bedeutung des Revisionismus für die aktuellen Probleme des Demokratischen Sozialismus sind dargestellt in: Michael Scholing/Franz Walter, Bernstein-Renaissance in der Sozialdemokratie — Interpretation und Analyse der gegenwärtigen Revisionismus-Diskussion, Göttingen 1979.

<sup>96)</sup> Vgl. dazu besonders Nr. 36/1979, der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampf“, die sich vorher um die Verbreitung eines antirevisionistischen Marxismus besondere Verdienste erworben hatte.

<sup>97)</sup> Berliner Hefte, Nr. 10, S. 16.

<sup>98)</sup> Berliner Hefte, Nr. 9, S. 3.

<sup>99)</sup> Ebd., S. 3.

## Marx heute

Marx heute — dieses aus Anlaß des 100. Todestages von Marx gewählte Thema zeigt sich bei genauerem Hinsehen doch erheblich problemgeladener, als dies auf den ersten Blick vielleicht den Anschein haben mag. Es sind nämlich zwei Unterstellungen darin enthalten, die möglicherweise nicht jeder teilen wird: Einerseits, durch die ausdrückliche Hinzufügung „heute“, daß Marx im Jahre 1983 nicht mehr so gelesen werden kann wie vor 50 oder gar vor 100 Jahren, daß er also einer vielleicht aktualisierenden, auf jeden Fall jedoch kritischen Betrachtung *bedarf*, wenn er uns heute noch etwas sagen soll. Andererseits, indem sich dieses aktualisierende „heute“ eben auf Marx und nicht etwa auf Platon, Descartes, Leibniz oder Lenin bezieht, daß er — wenn die Themenstellung mehr sein soll als die obligate Referenz in einem den „runden Zahlen“ verpflichteten Gedenkjahr — auch heute etwas zu sagen hat, also einer aktualisierend-kritischen Betrachtung *fähig* ist. Diese zwei Prämissen der Themenstellung sollten zunächst wenigstens kenntlich gemacht worden sein, damit man weiß, worauf man sich hier eingelassen hat.

Ein zweites Problem kommt hinzu: Es ist gar nicht so ohne weiteres klar, wer oder was gemeint ist, wenn von Marx die Rede ist. Denn derjenige, der 1845 in seiner 11. These über Feuerbach apodiktisch erklärte: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt darauf an, sie zu *verändern*“<sup>1)</sup>, ist wie vielleicht kein zweiter in die Hände seiner Interpreten gefallen. Noch bevor die Veränderung der Welt in Marxens

Namen in Gang kam, stritten sich seine Anhänger um die richtige Interpretation seines Werkes. Und nachdem diese Veränderung schließlich stattgefunden hatte, stritten sie erst recht, ob sie sich auf Marx berufen dürfe oder nicht. Wie die Marxisten diese Welt verändern, so ließe sich in Paraphrase zur 11. Feuerbachthese sagen, hängt entscheidend davon ab, wie sie Marx interpretieren.

Es ist also, will man sich mit der Frage „Marx heute“ beschäftigen, unumgänglich, sich zunächst — und das ist der *1. Teil* des Beitrags — auf die Frage „Marx gestern“ einzulassen; hierzu wähle ich den Marxismus der europäischen Arbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende, den sich davon abgrenzenden Bolschewismus und das, was bei dem Versuch der Verwirklichung seiner Ideen schließlich daraus geworden ist. Gleichsam in Antithese hierzu möchte ich den *2. Teil* des Aufsatzes „Marx selbst“ betiteln, also der Frage nachgehen, inwieweit die von Marx entworfene Theorie und die von ihm empfohlene Praxis mit dem übereinstimmen, was zuvor an Strömungen des Marxismus vorgestellt worden ist, bzw. inwiefern sie sich von diesen — doch wohl geschichtlich überlebten — Gestalten ideologischen Bewußtseins unterscheiden. Würden sie darin aufgehen, so wäre auch die Frage, ob Marx heute noch etwas zu sagen hat, abschlägig beschieden und der Beitrag könnte damit abbrechen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so käme ich dann, im *3. Teil*, zu meinem eigentlichen Thema: „Marx heute“.

## Marx gestern

Weniger über Marx selbst als vielmehr durch die Schriften seines Freundes und Mitarbeiters Friedrich Engels und, nach dessen Tod, die Karl Kautskys hat die Marxsche Theorie Eingang in die europäische Arbeiterbewe-

gung gefunden<sup>2)</sup>. Karl Kautsky avancierte schließlich zum führenden Marx-Exegeten der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale. Wenn je einer das Monopol ver-

<sup>1)</sup> Karl Marx, Thesen über Feuerbach; in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW) Bd. 3, S. 7.

*Überarbeitete und mit Literaturnachweisen sowie Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrags, der am 21. Januar 1983 auf Einladung der Volkshochschule Köln im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Karl Marx und der Marxismus“ gehalten wurde.*

<sup>2)</sup> Zur Kautskyschen Ausformung der marxistischen Theorie vgl. Iring Fetscher, Marxistische Porträts Bd. 1, Stuttgart 1975, S. 81 ff. Lucio Colletti, Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale, Frankfurt/M. 1981, S. 15 ff., enthält eine aus philosophischer Sicht kritische Auseinandersetzung mit Engels und Kautsky. Die politische Bedeutung des Kautskyschen Marxismus ist untersucht bei Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1974, S. 57 ff.

bindlicher Marx-Interpretation besessen hat, so ist dies Kautsky gewesen, dessen Autorität selbst von Lenin lange anerkannt worden ist. Was Engels und vor allem Kautsky vermittelt haben, waren nun aber gerade nicht die kritischen, reflektierenden Passagen der Marx'schen Theorie, die allesamt, wie die endlosen und mühseligen Diskussionen über Kapitallogik und Wertgesetz noch heute zeigen, auf einem sehr hohen theoretischen Niveau stehen, sondern überwiegend jene Stellen, in denen sich Marx, entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten, entweder *prophetisch* oder *apodiktisch* geäußert hat. Sie nun wurden mit dem Evolutionsglauben von Darwin und Häckel vermischt, wodurch zuletzt die proletarische Revolution als ein „naturgesetzlich notwendiger“ Vorgang begriffen wurde. Was bei Marx historisch-kritisch intendiert war, erhielt nun den Status eines Naturgesetzes, dessen Wirkungsweise verlangsamt oder beschleunigt, aber nicht grundsätzlich außer Kraft gesetzt werden konnte. Hatte Marx' Wahlspruch gelautet: *De omnibus dubitandum* — An allem ist zu zweifeln, so galt nun als unbezweifelbar, daß der Kapitalismus unaufhaltsam seinem Zusammenbruch zu steuere.

So war der Marxismus der II. Internationale von vornherein nicht eine um ihre schwer verständlichen Teile erleichterte *Kurzfassung* der Marx'schen Theorie, sondern eine *Weltanschauung*, in der revolutionäres Bewußtsein und tiefes Vertrauen in den Gang der Geschichte eine historisch wohl einmalige Verbindung eingegangen sind. Diese Weltanschauung beruhte letzten Endes auf drei Überzeugungen: 1. Der Kapitalismus bewirkt eine gewaltige Steigerung von Produktion und Produktivität bei gleichzeitig wachsender Proletarisierung der Produzenten, der Enteignung kleiner Produktionsmittelbesitzer (Handwerksmeister, Kaufleute) und ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter. 2. Ab einem bestimmten Punkt der kapitalistischen Entwicklung erlahmt deren Wachstumsdynamik infolge des tendenziellen Falls der Profitrate, der das zwangsläufige Ergebnis der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ist. 3. Durch die Proletarisierung nahezu aller Produzenten und die, bei erlahmendem Wachstum, nachlassende Integrationskraft des Kapitalismus kommt es — gleichsam naturgesetzlich — zur Polarisierung der Klassen und schließlich zur Revolution, aus der zunächst die sozialistische und dann die kommunistische Gesellschaftsordnung hervorgehen werden.

Man mußte also eigentlich nur abwarten, bis dieser Punkt erreicht war und die ökonomi-

sche samt der politischen Macht dem Proletariat gewissermaßen von selbst in den Schoß fiel. Der von Reichstagswahl zu Reichstagswahl anwachsende Stimmenanteil der deutschen Sozialdemokratie schien die Richtigkeit dieser Überzeugung nachhaltig zu bestätigen. Karl Kautsky hat dem in seiner berühmten Formulierung von der Sozialdemokratie als einer revolutionären, nicht aber Revolution machenden Partei beredten Ausdruck verliehen<sup>3)</sup>.

Nun hat freilich Marx selbst solchen Überzeugungen Vorschub geleistet, als er im 24. Kapitel des „Kapitals“ schrieb: „Diese Expropriation (Enteignung, HM) vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot ... Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs (die Enteigner, also diejenigen, die zuvor das Proletariat hervorgebracht haben, indem sie die Produzenten der Produktionsmittel beraubten und so in Proletariat verwandelten, HM) werden expropriert.“<sup>4)</sup>

Das war eine Verheißung, die in der Arbeiterbewegung begierig aufgegriffen worden ist, versprach sie doch den endgültigen Sieg des Proletariats infolge der Eigendynamik des Kapitalismus, an der kein Kapitalist, ob er wollte oder nicht, etwas würde ändern können. Und dies alles, ohne daß man sich selber einem Machtkampf auf Leben und Tod aussetzen mußte. Immerhin hätten die deutschen Arbeiter Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits in einem solchen Kampf mehr zu verlieren gehabt als nur ihre Ketten. Ich will hier auf die sozialpsychologischen Bedingungen,

<sup>3)</sup> Karl Kautsky, Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, Berlin 1920<sup>2</sup>, S. 44.

<sup>4)</sup> Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23, S. 790 f.

unter denen diese Weltanschauung Verbreitung gefunden hat, nicht weiter eingehen, weil man dies, denke ich, recht gut nachvollziehen kann<sup>5)</sup>. So viel aber doch: Auch das gegenwärtige Elend der Arbeiter wurde erträglich, weil ja, wie man bei Marx, Engels und Kautsky nachlesen konnte, die Antithese die zwingende Voraussetzung der Synthese war, so daß gerade das gegenwärtige Elend als Versicherung zukünftigen Glücks erfahren werden konnte. Da solche Überzeugungen nur äußerst ungern aufgegeben werden, wurden schließlich, als sich die Marxschen Prognosen nicht oder nur teilweise bestätigten, immer neue Hypothesen und Zusatzhypothesen eingefügt, die erklären sollten, warum diese Verzögerungen eingetreten waren<sup>6)</sup>.

Es wäre jedoch verfehlt, die Verwandlung der Marxschen Theorie in eine evolutionistische Weltanschauung allein als ein Ergebnis der Schriften insbesondere Kautskys anzusehen — gleichsam als ob, wenn Kautsky nur andere (richtige) Theorien vorgetragen hätte, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und damit wohl die gesamte europäische Geschichte anders verlaufen wäre. Dies anzumerken erscheint mir nicht zuletzt darum nötig, weil gerade bei jenen, die sich in den letzten Jahren als Marxisten striktester Observanz geriert haben, solche Vorstellungen unterschwellig immer wieder zum Tragen gekommen sind.

Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß die Marxsche Theorie gerade in ihrer Kautskyschen Ausprägung populär geworden ist und, mit Marx zu reden, „die Massen ergriffen hat“. Ohne ihre Popularisierung durch Engels und insbesondere Kautsky hätten die Marxschen Ideen wohl niemals so breit in die Arbeiterbe-

<sup>5)</sup> Die m. E. beste Untersuchung hierzu bietet Barington Moore, Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt/M. 1982, S. 171 ff.

<sup>6)</sup> Der wichtigste Ausbau am Marxschen Theoriegebäude und zugleich seine politisch folgenreichste Erweiterung waren die Imperialismustheorien von Rudolf Hilferding (Das Finanzkapital, 1910), Rosa Luxemburg (Die Akkumulation des Kapitals, 1913) und W. I. Lenin (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916). Sie erklärten — vereinfacht zusammengefaßt — das vorläufige Ausbleiben der Marxschen Erwartungen mit dem gewachsenen Einfluß des Finanz- gegenüber dem Industriekapital (Hilferding), mit den spezifischen Austauschbedingungen zwischen kapitalistischer Produktion und „nichtkapitalistischem Milieu“ (Luxemburg) bzw. sahen in der überwiegenden Mehrheit der kolonisierten Völker einen natürlichen Verbündeten des Proletariats (Lenin). Die Imperialismustheorie Luxemburgs und Lenins markierte zugleich den Bruch mit dem evolutionistischen Marxismus Kautskys.

wegung eindringen können, wie dies Ende des 19. Jahrhunderts tatsächlich geschehen ist. Der Preis, der für diese Popularität gezahlt wurde, war die Vulgarisierung der Marxschen Theorie zu einer evolutionistischen Weltanschauung. Wollte man aber die Marxschen Ideen verbreiten, so war es unvermeidlich, diesen Preis zu zahlen, denn das Proletariat am Ende des 19. Jahrhundert entsprach schon nicht mehr jedem Bild, das Marx und Engels im „kommunistischen Manifest“ von ihm gezeichnet hatten, als sie erklärten, es habe nichts zu verlieren als seine Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. Auf ein solches Programm wollten sich die deutschen Arbeiter nur dann einlassen, wenn es mit allen Weihen geschichtlicher Notwendigkeit und Unaufhaltsamkeit versehen war und eine gleichsam selbsttätige Verwirklichung versprach.

Der Kapitalismus erwies sich als lebensfähiger, als dies Marx, Engels und Kautsky erwartet hatten. Zugleich vollzog sich in Deutschland, zumal unter dem Einfluß der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, eine gewisse Integration der Arbeiterschaft in die bestehenden Verhältnisse. Für kritische Beobachter wurde hierbei immer deutlicher, daß die Marxsche Theorie ebenso wie das, was inzwischen daraus geworden war, den Nationalismus und seinen Einfluß auf das Bewußtsein der Arbeiter in verhängnisvoller Art und Weise unterschätzt hatte<sup>7)</sup>. Im August 1914 zerstoßen dann alle Blütenräume von einem naturgesetzlich-unaufhaltsamen, quasi automatischen Übergang zum Sozialismus, als die eben noch so mächtig erscheinende europäische Arbeiterbewegung allen Selbstverpflichtungen zum Trotz nicht in der Lage war, den Kriegsausbruch zu verhindern. Mit Ausnahme der serbischen und russischen haben alle europäischen Arbeiterparteien die Kriegspolitik ihrer Regierungen unterstützt. Erst als der Krieg sich immer länger hinzog, begann sich dies zu ändern.

Damit trat der Maxismus in eine neue Etappe seiner Geschichte: Der Stern Kautskys sank, der Lenins stieg. Die These von der histori-

<sup>7)</sup> So erklärten Marx und Engels: „Sie (die große Industrie, HM) erzeugte im allgemeinen überall dieselben Verhältnisse zwischen den Klassen der Gesellschaft und vernichtete dadurch die Besonderheit der einzelnen Nationalitäten. Und endlich, während die Bourgeoisie noch aparte nationale Interessen behält, schuf die große Industrie eine Klasse, die bei allen Nationen dasselbe Interesse hat und bei der die Nationalität schon vernichtet ist, eine Klasse, die wirklich die ganze alte Welt los ist und zugleich ihr gegenübersteht.“ (Marx/Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 60; vgl. hierzu Tom Nairn u. a., Nationalismus und Marxismus, Berlin 1978, S. 8 ff.

schen *Notwendigkeit* des Sozialismus wurde nun ersetzt durch die von einer historischen *Möglichkeit*; diese Möglichkeit aber gelte es entschlossen wahrzunehmen. Hatte der Marxismus Kautskys eine fast quietistisch zu nennende Einstellung nahegelegt, so forderte Lenins Konzept — bei aller Betonung der *objektiven* Voraussetzungen einer Revolution, die sich darin *auch* finden — eine aktivistisch-voluntaristische Haltung; in Paraphrase zu Kautsky: Nur eine immer wieder Revolution machende Partei sei eine wirklich revolutionäre Partei.

Lenins Grundthese war, daß die Arbeiterschaft von sich aus allenfalls zu einem trade-unionistischen, einem gewerkschaftlichen Bewußtsein gelangen könne, nicht aber zu jenem revolutionären Engagemnt, das erforderlich sei, um dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen<sup>8)</sup>. Dies vermöge allein eine kleine Gruppe entschlossener Berufsrevolutionäre, die als Avantgardepartei die objektiven, aber subjektiv noch nicht bewußten Interessen des Proletariats zu verfolgen und durchzusetzen habe. Sie müsse die heroische Aufgabe erfüllen, gleichermaßen die Menschen und die Verhältnisse zu verändern. Mit diesem Konzept hat Lenin zweifellos eine Lücke der Marxschen Theorie ausgefüllt und die bei Marx unbeantwortet gebliebene Frage beantwortet, wie denn *konkret* die proletarische Revolution zu bewerkstelligen sei. Doch Lenin hat damit die Marxsche Theorie nicht nur *ergänzt*, wie dies der offizielle Leninismus darstellt, sondern sie im Kern *verändert*: Marx hatte sich zwar in der Frage der konkreten Modalitäten des Übergangs zum Sozialismus nie abschließend festgelegt — ein *Vorzug* seines konkret-historischen Denkens übrigens, der ihm nur von antihistorischen Dogmatikern als *Versäumnis* ausgelegt werden kann —, aber immerhin doch in seiner 3. Feuerbachthese unmißverständlich festgestellt: „Die materialistische Lehre (erg. Feuerbachs, HM) von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß die Gesellschaft daher in zwei Teile — von denen der eine über ihr erhaben ist — sondieren. Das Zusammenfallen des Änders der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden wer-

den.“<sup>9)</sup> Von dieser Einheit zwischen der Veränderung der Umstände und der Selbstveränderung der Menschen hat sich die Leninsche Parteitheorie — etwas, was bei Marx übrigens gänzlich fehlt — unverkennbar abgesetzt, als sie die Partei als Avantgarde des Proletariats über die Gesellschaft hinaushob und zur Verwalterin der Wahrheit bestellte. In Verbindung mit der Leninschen Konzeption einer Diktatur des Proletariats, die ebenfalls grundlegend von den diesbezüglichen Vorstellungen bei Marx und Engels abweicht<sup>10)</sup>, hat nichts stärker zur Diskreditierung der Marxschen Theorie beigetragen als ihre von Lenin vorgenommene Umformung aus einer Vision der Freiheit in eine Strategie der Herrschaft.

Noch nachhaltigere Auswirkungen hatte jedoch, daß Lenin, zweifellos unter dem Eindruck der ökonomischen und politischen Rückständigkeit seines Landes und der katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, die zunächst der Erste Weltkrieg und dann — nach der Oktoberrevolution — der Bürgerkrieg für Rußland gehabt hat, das Marxsche Ziel der *Befreiung des Menschen* dem der *Entfesselung der Produktivkräfte* aufgeopfert hat. Seine berühmt-berüchtigte Definition des Sozialismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung, sein Lob des Taylorismus und seine Rede von den zu errichtenden Kraftwerken als „Stützpunkten der Aufklärung“<sup>11)</sup> sprechen in dieser Hinsicht für sich. Man wird Lenin freilich zugute halten dürfen, daß er diese Verkehrung der Marxschen Ziele auf die Zeitspanne des „sozialistischen Aufbaus“ begrenzt halten wollte, um anschließend dann die eigentliche Marxsche Perspektive Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu ist es nicht mehr gekommen, und es ist sehr die Frage, ob allein Lenins früher Tod hierfür verantwortlich zu machen ist. Die humanistischen Intentionen jedenfalls, die Marx verfolgt hat, wenn er von der Entfaltung der Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaft sprach, sind in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ bis auf den heutigen Tag unter der Perspektive ökonomischer Effizienz verschüttet — mit dem tragikomischen Ergebnis freilich, daß gerade diese Länder von ökonomischer Effizienz weiter entfernt sind als ihre kapitalistischen Konkurrenten, bei denen — nach offiziell-marxistischer Auffassung — die Entfaltung der Produktivkräfte doch nach wie vor durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse behindert sein soll.

<sup>8)</sup> Vgl. Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, Frankfurt/M. 1981<sup>21</sup>, S. 68 ff., sowie Jan Jaroslawski, Theorie der sozialistischen Revolution. Von Marx bis Lenin, Hamburg 1973, S. 96 ff.

<sup>9)</sup> Marx, Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, S. 5 f.

<sup>10)</sup> Vgl. Münkler, Demokratie und Diktatur, in: Merkur 10/1982, S. 1028 ff.

<sup>11)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Zürich 1935, Bd. 8, S. 289 ff.

Inzwischen, das kann hier nur kurz angedeutet werden, ist der Marxismus in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ zu einer Rechtfertigungsideologie und „Legitimationswissenschaft“ geworden<sup>12)</sup>, zu einem von vielen Mitteln, die herrschenden Eliten an der Macht zu halten. Vor allem muß er dazu herhalten, deren Anspruch zu begründen, sie allein seien im Besitz der Wahrheit. Wo sie tatsächlich den Menschen Erleichterungen gewähren, mehr Bewegungsfreiheit, größere Konsummöglichkeiten, da gehorchen sie eher den Geboten politisch-pragmatischer Vernunft als den humanistischen Antrieben der

Marx'schen Theorie. Der Marxismus — als eine philosophische, ökonomische und politische Theorie — ist darüber erstarrt. Indem er sich in eine Orthodoxie ver wandelte, die gemäß den jeweiligen Herrschaftsinteressen eingesetzt und modifiziert wurde, ist ihm alle Kreativität entschwunden. Solche Kreativität aber wäre erforderlich, wenn aus seiner Richtung eine tragfähige Antwort auf die Frage zu erwarten sein sollte, was Marx heute zu sagen hat. Schärfer: Wäre Marxens Theorie deckungsgleich mit dem Sowjetmarxismus, so hätte sie nichts zu sagen.

## Marx selbst

Sensiblere und kreativere Marxisten wie, um mich hier auf die deutsche Tradition zu beschränken, Karl Korsch, Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Ernst Bloch<sup>13)</sup> (zu nennen wären weiterhin Lukács, Gramsci und Sartre) haben angesichts dieser Entwicklung schon sehr früh die Auffassung vertreten, eine Revitalisierung der Marx'schen Theorie sei allein durch den entschiedenen Rekurs auf Marx selbst zu erreichen. Indem dabei Marx (mit Hegel und Freud) gegen den offiziellen Marxismus ausgespielt wurde, wurde erstmals in dieser Deutlichkeit sichtbar, daß die Marx'sche Theorie sowohl an Breite als auch an Tiefe das weit übertraf, was allgemein als Marxismus vorgetragen wurde. Diese „Zurück-zu-Marx“-Bewegung in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts ist zweifellos auch dadurch möglich geworden, daß zu dieser Zeit die bisher unbekanntesten Schriften des frühen Marx veröffentlicht wurden, durch die sich in vieler Hinsicht das Marxbild tiefgreifend gewandelt hat. Damals ist neben den „ökonomischen“ Marx der „philosophisch-humanistische“ Marx getreten.

Dergleichen ist jetzt nicht mehr zu erwarten. Die jüngst veröffentlichten Marx'schen Ex-

zerpte zur Technologie und Arbeitsteilung<sup>14)</sup> mögen zwar in Detailfragen neue Aspekte eröffnen, insbesondere hinsichtlich dessen, was in Marx' Gesamtwerk an Vorstudien eingeflossen ist, aber sie können sicherlich keine Umwälzung des Marxbildes bewirken, wie sie durch die Veröffentlichung der Marx'schen Frühschriften ausgelöst worden ist. Wir werden uns also, wenn wir uns jetzt dem Abschnitt „Marx selbst“ zuwenden, mit dem Marx bescheiden müssen, wie er im Prinzip seit etwa fünfzig Jahren ediert ist.

Marx, das ist zunächst festzuhalten, hat sein Werk im Zeitalter einer *Wissenschaftsgläubigkeit* verfaßt, die uns heute, jedenfalls was die Geistes- und Sozialwissenschaften anbetrifft, fremd geworden ist. Zusammen mit Darwin bildet er den Schlußpunkt jener heroischen Phase der neuzeitlichen Wissenschaft, an deren Anfang Kopernikus und Galilei, Machiavelli und Hobbes stehen. Ihre gemeinsame Überzeugung war, daß es eine innere Gesetzmäßigkeit der Natur und der Geschichte gebe, die vermittels theoriegeleiteter Beobachtung entdeckt werden könne. Als Friedrich Engels in seiner Traueransprache an Marxens Grab diesen als den Entdecker der geschichtlichen Bewegungsgesetze neben Darwin, den Entdecker der Gesetzmäßigkeit organischer Naturentwicklung, stellte<sup>15)</sup>, hat

<sup>12)</sup> Vgl. Oskar Negt, *Marxismus als Legitimationswissenschaft*. Einleitung zu Abram Deborin/Nikolai Bucharin, *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt/M. 1969, S. 15 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. insbes. Perry Anderson, *Über den westlichen Marxismus*, Frankfurt/M. 1978, sowie Walter Euchner, *Positionen des modernen Marxismus*. Neomarxismus, Stuttgart 1972. Zur Marx-Rezeption bei Adorno und Bloch vgl. die beiden Aufsätze von Alfred Schmidt, Adorno — ein Philosoph des realen Humanismus, sowie: Anthropologie und Anologie bei Ernst Bloch, beide in: Schmidt, *Kritische Theorie*. Humanismus. Aufklärung, Stuttgart 1981.

<sup>14)</sup> Marx, Die technologisch-historischen Exzerpte, historisch-kritische Ausgabe, transkribiert und hrsg. von Hans-Peter Müller, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1981; Marx, Exzerpte über Arbeitsteilung, Maschinerie und Industrie, historisch-kritische Ausgabe, transkribiert und hrsg. von Rainer Winkelmann, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1982.

<sup>15)</sup> „Darwin entdeckte die Entwicklungsgesetze der organischen Natur auf unserem Planeten. Marx ist der Entdecker des Grundgesetzes, nach welchem die menschliche Geschichte sich bewegt und ent-

er noch einmal diese gemeinsame Überzeugung der neuzeitlichen Wissenschaft zum Ausdruck gebracht.

Doch auch den Marxschen Entdeckungen ist das Schicksal fast aller großen Entdeckungen der neuzeitlichen Wissenschaft nicht erspart geblieben: So umfassend ihre Erklärungskraft zunächst zu sein schien, bei der — durch diese Theorien sicherlich mitbewirkten — genaueren Beobachtung wurden neue Probleme *sichtbar*, ebenso wie nach Marx' Tod auch neue Probleme *entstanden* sind. Ich habe im ersten Teil bereits auf das Scheitern der Marxschen Prognosen hinsichtlich des bevorstehenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft hingewiesen. Immer neue Anbauten an das Marxsche Werk, aber auch größere Modifizierungen wurden erforderlich, um seinen Anspruch, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen erklären und prognostizieren zu können, aufrechtzuerhalten. Man kann dies, wenn man sich die Widerlegung von Marx zur Lebensaufgabe gemacht hat, so wie andere sich die Bewahrheitung von Marx zur Lebensaufgabe gemacht haben, mit einer gewissen Befriedigung und vielleicht auch Häme quittieren. In der Erfordernis zu Zusatzhypothesen ist freilich Marx nur dasselbe Schicksal widerfahren wie allen großen Theorien der neuzeitlichen Wissenschaft, die, wie Thomas Kuhn es in seiner „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ eindrucksvoll beschrieben hat<sup>16)</sup>, sehr bald mit Zusatzhypothesen umkleidet werden mußten, um weiterhin das zu erklären, was zu erklären sie beanspruchten. Wo diese Entwicklung mit Gefühlsbewegungen wie Befriedigung oder gar Häme (und die Literatur der Marx-Widerleger ist voll davon) begleitet wird, verweist dies eher auf das Gegenteil dessen, was zu quittieren beansprucht wird: Offensichtlich ist Marx doch nicht der „tote Hund“, als den man ihn, wie zuvor Hegel, apostrophiert hat. Denn der Anblick eines toten Hundes, selbst wenn dieser zuvor gebissen hat, vermag schwerlich solche Gefühlsaufwallungen zu erzeugen.

Diese Relativierung und Modifizierung seiner Analysen hätte Marx selbst freilich am we-

wickelt. Marx entdeckte auch das spezielle Gesetz, nach dem die bestehende Gesellschaft entstand und untergehen wird wie alle früheren Phasen der Gesellschaft.“ Dann jedoch fuhr Engels fort: „Aber so wert ihm die Wissenschaft war, sie absorbierte ihn nicht ganz ... Sie war ihm vor allem ein großer historischer Hebel, eine revolutionäre Kraft im gewaltigsten, wahrsten Sinne des Wortes.“ Zit. nach Gustav Mayer, Engels. Eine Biographie, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1975, Bd. 2, S. 352.

<sup>16)</sup> Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. 1973, S. 79 ff.

nigsten gewundert, denn er ist sich eigentlich durchweg darüber im klaren gewesen, daß die Gesetzmäßigkeiten, die entdeckt zu haben er beanspruchte, *historische Gesetze* und nicht *Naturgesetze* waren und sich darum mit den ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen ebenfalls veränderten. Dies festzuhalten, heißt Marx gegen seine selbsternannten Verteidiger in Schutz zu nehmen, die von der ungebrochenen Applizierbarkeit der Marxschen Thesen auf die heutigen Verhältnisse reden und damit, wenn auch ungewollt, die Marxsche Theorie schwächer machen, als sie tatsächlich ist. Diese „Schwächung“ der Marxschen Theorie hat offensichtlich bereits an seinem Grab begonnen, als ihn Engels mit Darwin in einem Atemzug genannt und damit den von Marx skizzierten Gesetzmäßigkeiten implizit den Status einer Naturnotwendigkeit zuerkannt hat, wie ihn Marx selbst im Prinzip gar nicht beanspruchte. Wäre dem so, so wäre Marx in der Tat ein „toter Hund“, weil er allein durch den Nachweis prognostischer Fehler widerlegbar wäre. Da jedoch die Gesamtanlage des Marxschen Werkes selbstreflexiv ist, also ihre kritische Anwendung auf sich selbst einschließt, ist es auch möglich, *mit Marx gegen* einzelne seiner Thesen und Prognosen zu argumentieren. Dies läßt sich als ein erster Befund zum Thema „Marx heute“ festhalten.

Marx hat nicht nur in einem Zeitalter der Wissenschaftsgläubigkeit, sondern auch in einem der *Produktionsverherrlichung* und des *Fortschrittsglaubens* gelebt und gearbeitet. Produktion und Produktivität sind damals zu Werten an sich avanciert. Wenn man bedenkt, daß erst das 19. Jahrhundert damit begonnen hat, sich seine Denkmäler in Stahl und Eisen zu errichten, von der Eisenbahn, der Schifffahrt über die Waffentechnik bis zum Eiffelturm und den kapitalistischen Großstädten mit ihren Fabrikgürteln<sup>17)</sup>, wenn man also bedenkt, daß — von ersten bescheidenen Anfängen am Ende des 18. Jahrhunderts in England einmal abgesehen — erst das 19. Jahrhundert jene industrielle Revolution vollzogen hat, deren Kinder wir sind und deren Folgen wir ebenso genießen wie wir an ihnen leiden, dann wird etwas von der Euphorie verständlich, mit der sich Marx über die Entfesselung der Produktivkräfte hat äußern können. Sie war für ihn über weite Strecken gleichbedeutend mit einem entscheidenden Fortschritt in der Befreiung des Menschen. Und ebenso verständlich wird seine schroffe

<sup>17)</sup> Vgl. Eric J. Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848—1875, Frankfurt /M. 1980, insbes. S. 258 ff.

Zurückweisung aller romantisch eingefärbten Zivilisationskritik, für die wir heute sicherlich erheblich sensibler sind. In dieser Frage ist Marx ein Kind seiner Zeit gewesen, deren Erwartungen er ebenso geteilt hat wie ihre „Blickschränken“ (Bloch).

Aber bei aller — berechtigten — Kritik, die in dieser Hinsicht an Marx geübt werden kann, ist doch auch festzuhalten, daß er die Anhäufung des Reichtums durch stete Entfaltung der Produktivkräfte nicht um der *Anhäufung des Reichtums*, sondern um der umfassenden *Entfaltung des Menschen* und seiner Möglichkeiten willen als gerechtfertigt ansah. Erst auf einem bestimmten Produktionsniveau, so seine Überzeugung, sei Freiheit für alle möglich, weil nunmehr Maschinen jene Arbeit ausführten, die in der antiken Sklavenhaltergesellschaft die Sklaven, in der mittelalterlichen Feudalgesellschaft die Leibeigenen und im neuzeitlichen Kapitalismus die Lohnarbeiter auszuführen hatten. Bei aller Skepsis, die gerade in dieser Hinsicht gegenüber Marx angebracht ist, scheint dies doch ein nach wie vor zutreffender Gedanke zu sein, und die gegenwärtigen Probleme der Industrieländer im Bereich der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, also jener Arbeitslosigkeit, die nicht aus Wertungskrisen des Kapitals, sondern aus technischen Innovationen erwachsen ist, resultieren ja nicht unbedingt daraus, daß „zu wenig“ Arbeit da wäre, als vielmehr daraus, daß man sich nicht in der Lage sieht oder sich zutraut, die Produktionsziele so zu definieren und die vorhandene Arbeit so einzurichten und zu verteilen, daß die Erleichterungen, die die technischen Innovationen *auch* bedeuten, tatsächlich den Menschen zugute kommen.

Wenn ich nach den kritischen Anmerkungen zu den Marxschen Prognosen auch das sagen darf: Gerade im Bereich der Automation von Produktionsprozessen, der Übernahme komplexer Steuerungen durch Mikroprozessoren und dergleichen haben sich Marxens Prognosen überaus genau bestätigt. So schrieb er in den „Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie“: „In dem Maße ... wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder — deren powerful effectiveness — selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser

Wissenschaft auf die Produktion ... Die Arbeit scheint nicht mehr so sehr in den Produktionsprozeß eingeschlossen als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält ... Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschleibt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“

Aus diesen für alle Dogmatiker der Marxschen Arbeitswertlehre überaus beunruhigenden Überlegungen hat Marx dann gefolgert: „Damit bricht die auf dem Tauschwert beruhende Produktion zusammen, und der unmittlere materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffnen Mittel entspricht.“<sup>18)</sup>

Zugleich hat Marx, darauf hat Iring Fetscher in jüngster Zeit mehrfach hingewiesen<sup>19)</sup>, aber auch gesehen, daß die Entfesselung der Produktivkräfte nicht wiedergutzumachende Folgen an der Natur und am Menschen bewirken kann. So schrieb er — 1867 — im „Kapital“: Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, *indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter.*<sup>20)</sup> Und an anderer Stelle: „Jeder Fortschritt in der *kapitalistischen* Agrikultur ist nicht nur ein *Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben*, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein *Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Frucht-*

<sup>18)</sup> Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592 f.

<sup>19)</sup> Iring Fetscher, Karl Marx und das Umweltproblem; in: ders., Überlebensbedingungen der Menschheit. Die Dialektik des Fortschritts, München 1980, S. 110 ff.; ders., Fortschrittsglauben und Ökologie im Denken von Marx und Engels; in: ders., Vom Wohlfahrtsstaat zur neuen Lebensqualität. Die Herausforderung des demokratischen Sozialismus, Köln 1982, S. 167 ff.

<sup>20)</sup> Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23, S. 530.

barkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß.<sup>21)</sup> Auch Friedrich Engels erklärte in der „Dialektik der Natur“: „Schmeicheln wir uns jedoch nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet haben, aber in zweiter und dritter hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, Behälter der Feuchtigkeit entzogen.“<sup>22)</sup>

Man wird also sicherlich nicht sagen können, Marx und Engels hätten die Naturzerstörung im Gefolge der Produktivkraftentwicklung nicht gesehen. Als Marx, bei aller Produktionsverherrlichung, doch die Folgen einer sich stetig steigernden Produktion für die äußere Natur ebenso wie für die innere Natur des Menschen ins Auge faßte, ist er seiner Zeit weit voraus gewesen. So weit, daß erst wir heute beginnen, diese Seite der Marxschen Theorie voll zu entdecken. Bemerkenswert ist eigentlich weniger, daß selbst ein

Denker wie Marx den „Blickschränken“ seiner Zeit unterlag, sondern vielmehr, in welch beachtlichem Maß er diese „Blickschränken“ transzendiert hat. Als Ernst Bloch sich über eine „Technik ohne Vergewaltigung“<sup>23)</sup> äußerte, konnte er sich auf einen zwar *unterbelichteten*, aber durchaus *vorhandenen* Zug im Denken von Karl Marx berufen.

Damit bin ich bei dem mir gestellten Thema angelangt: „Marx heute“. Doch erst jetzt, nachdem wir gesehen haben, daß die Marxsche Theorie nicht in den unter seinem Namen verbreiteten Gestalten ideologischen Bewußtseins aufgeht, sondern kritisch gegen sich selbst gekehrt werden *kann*, ja ihren eigenen Prämissen zufolge sogar gegen sich gekehrt werden *muß*, können wir uns diesem Thema zuwenden. Man hat gesagt, die Geschichte müsse alle 20 bis 30 Jahre neu geschrieben werden, nicht weil zwischenzeitlich neue, bislang unbekannte Quellen aufgetaucht wären — was mitunter sicherlich auch der Fall, aber hier nicht das Entscheidende ist —, sondern weil die von den tatsächlichen Ereignissen her gesehen gleiche Geschichte aus dem jeweiligen Blickwinkel späterer Zeiten jeweils eine andere ist, andere Fragen aufwirft, andere Antworten gibt. Das wird man auch auf das Werk von Marx übertragen können, das sich heute bei anderen Problemkonstellationen unter veränderten Fragestellungen neu erschließen läßt.

## Marx heute

Ein Proletariat im Sinne der Marxschen Theorie ist in unserer Gesellschaft jedenfalls nicht mehr dingfest zu machen, was die objektiven Lebensbedingungen anbetrifft ebenso wenig wie hinsichtlich der subjektiven Einstellungen. Sowohl die Zusammensetzung des „produktiven Arbeiters“ als auch seine soziale, kulturelle und politische Mentalität haben sich in den fortgeschrittenen Industrieländern anders entwickelt, als Marx dies erwartet hat. Und das Elend der Dritten Welt ist unter dem Marxschen Begriff des Proletariats eigentlich nicht zu subsumieren, da bei Marx die große Industrie und das Proletariat immer aufeinander bezogen blieben. Dementsprechend ist auch die maoistische These, die unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Dritten Welt bildeten heute das *Weltproletariat*, eher eine in marxistischen Begriffen ge-

faßte Revolutionstheorie für politisch und/oder wirtschaftlich abhängige Gebiete als eine schlüssige Fortentwicklung der Marxschen Theorie<sup>24)</sup>.

Es gilt also, um eine Formulierung von André Gorz aufzugreifen, „Abschied vom Proletariat“

<sup>23)</sup> Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1973, Bd. 2, S. 807 ff.

<sup>24)</sup> Die im Ansatz bereits bei Lenin zu findende und von Mao Tse-tung dann vollendete Umdefinition der Bauern und (nur bei Mao) dessen, was bei Marx „Lumpenproletariat“ heißt, zum Proletariat im Marxschen Sinn ist mehr als ein bloßer Austausch von Etiketten gewesen, da die Eigenschaften, die Marx — zu Recht oder zu Unrecht — dem Industrieproletariat zugesprochen hatte, auf keinen Fall bei diesen neuen „Subjekten der Revolution“ ausgemacht werden konnten. Zwangsläufige Folge war die entscheidende Erziehungsaufgabe, die nun der kommunistischen Partei zugewiesen wurde (vgl. Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, S. 231 f.). Dies jedoch widersprach dem Programm „revolutionärer Praxis“, wie es Marx in der 3. Feuerbachthese umrissen hatte.

<sup>21)</sup> Ebd., S. 529.

<sup>22)</sup> Engels, Dialektik der Natur, MEW Bd. 20, S. 452 f.

zu nehmen<sup>25)</sup>, was, das möchte ich ausdrücklich betonen, nicht heißen soll, daß es in den entwickelten Industrieländern kein Elend, keine Armut und keine Ausbeutung mehr gäbe. Wer einmal jene Anzeigen gelesen hat, in denen um Patenschaften für Kinder in armen Ländern geworben wird, und dann entdeckt hat, daß dort, neben Indien, Bangladesch, Bolivien und der Zentralafrikanischen Republik, auch die USA aufgeführt sind, und wer die langen Schlangen von Hungernden in Detroit oder New York gesehen hat, der weiß dies wohl ein für alle Mal besser. „Abschied vom Proletariat“ soll vielmehr heißen, Abschied zu nehmen von jenem welthistorischen Mythos eines Proletariats, das, indem es sich selbst befreit, die gesamte Menschheit befreit, und dies auf immer. Diese, hierin folge ich Karl Löwith<sup>26)</sup>, säkularisierte Variante der christlichen Erlösungshoffnung hat zweifellos etwas im Hinblick auf die Zukunft Beruhigendes, etwas mit der geschichtlichen Entwicklung Versöhnendes, weswegen auch in den siebziger Jahren, in der Zeit der K-Gruppen, viele zuvor *kritische* Intellektuelle diesem Mythos des Proletariats neues Leben einhauchen wollten. Immerhin: Wer an ein solches Proletariat (bzw. dessen revolutionäre Substitute) glaubt, braucht vor der Zukunft keine Angst zu haben. Anders formuliert: Wo am Mythos des Proletariats festgehalten wird, handelt es sich um das Paradoxon eines in die Zukunft gerichteten Romantizismus, einer Nostalgie, die sich nicht an Vergangenen, sondern an Zukünftigem labt.

Soweit ich sehe, gibt es innerhalb der marxistischen Schulrichtungen zwei Möglichkeiten, auf die Nichtidentität von *programmatischem Begriff* und *vorfindlicher Realität* zu reagieren: Die eine hält der Realität vor, dem Begriff nicht zu genügen, macht also in diesem Fall der Arbeiterschaft den Vorwurf, infolge von ideologischer Rückständigkeit, Verblendung oder gar imperialistischer Bestechung dem Marxschen Begriff des Proletariats nicht zu entsprechen und seiner — noch? — nicht würdig zu sein; die andere hingegen läßt sich, zunächst durchaus geleitet von dem in Frage stehenden Begriff, auf eine neuerliche

Untersuchung der Realität ein, um den Begriff anschließend zu modifizieren oder gänzlich zu verwerfen, in diesem Fall also zumindest Korrekturen am Begriff des Proletariats vorzunehmen. Geht man davon aus, daß Marx seinen Wahlspruch, an allem sei zu zweifeln, ernst genommen hat, und billigt man ihm zu, tatsächlich ein der dialektisch-materialistischen Theorie und nicht einem Mystizismus der Begriffe verpflichteter Denker gewesen zu sein, so steht außer Frage, daß für ihn selbst nur die zweite Möglichkeit akzeptabel gewesen wäre.

Marx heute — das heißt also, den entmythisierenden Marx, den Marx der Hegelkritik und der „Kritik der politischen Ökonomie“, gegen den durch seine Anhänger mythisierten Marx zu stellen und Abschied zu nehmen von intellektuellen und mentalen Ruhestätten, deren eine der Mythos des Proletariats ist. Dies ist, nimmt man einmal das Marxsche Gesamtwerk und begnügt sich nicht mit einzelnen „ad usum delphini“ ausgewählten Stellen, durchaus im Sinne von Marx. Dazu nun einige Überlegungen:

Die Wachstumsdynamik des Kapitalismus, das zeigen die weltwirtschaftlichen Daten, ist erlahmt. Ob nur für einige Zeit oder auf Dauer, wird sich erweisen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, im Sinne eines vulgarisierten Marx die Forderung aufzustellen, gerade jetzt seien die Produktionsverhältnisse zu sprengen, um durch eine neuerliche Entfesselung der Produktivkräfte die ökonomischen Probleme der Weltwirtschaft zu lösen. Es fällt auf, daß in dieser Hinsicht Vulgärmarxismus und Wirtschaftsliberalismus fast einer Meinung sind — mit dem einzigen Unterschied, daß nach vulgär-marxistischer Auffassung Wirtschaftswachstum nur durch die *Sprengung* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, nach wirtschaftsliberalistischer Auffassung hingegen Wirtschaftswachstum nur durch deren *Befestigung* zu erreichen ist. Auf unterschiedlichen Wegen streben beide demselben Ziel zu. Die Gegenposition hierzu kann allein heißen: Sicherlich wird es ohne tiefgreifende Veränderungen der Produktionsverhältnisse nicht abgehen, doch deren politisch-ökonomisches Ziel kann — bei Strafe des Untergangs der Menschheit — nicht in einer weiteren Steigerung, sondern allein in der bewußten, verantwortlichen Limitierung der Produktivkräfte bestehen. Anders formuliert: Das Bedrohliche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse resultiert heute gerade nicht aus ihrer vorgeblichen *Fesselung*, sondern aus ihrer unkontrollierten, allein am Interesse der Kapitalverwer-

<sup>25)</sup> André Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M. 1980; den wohl interessantesten Versuch, ein Proletariat im Marxschen Sinn in den modernen Industriegesellschaften ausfindig zu machen, bildet die Studie von Serge Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied und Berlin 1972 (frz. 1963).

<sup>26)</sup> Karl Löwith, Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Gesellschaftsphilosophie, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1973<sup>o</sup>, S. 41 ff.; ebenso Leszek Kolakowski, Der revolutionäre Geist, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1972, S. 11 ff.

tung orientierten *Steigerung* der Produktivkräfte<sup>27)</sup>.

Als Marx auf die Steigerung der Produktivkräfte setzte, war er der Auffassung, dadurch werde sich ein Zustand erreichen lassen, in dem die Bedürfnisse der Menschen und die Ressourcen zu ihrer Befriedigung in ein Gleichgewicht, einen harmonischen Ausgleich gelangen werden<sup>28)</sup>. Wir haben jedoch seither die Erfahrung machen müssen, daß die Bedürfnisse der Menschen immer wieder den Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung davongeeilt sind, daß jede Steigerung der Ressourcen zu einer Steigerung der Bedürfnisse geführt hat und ein harmonischer Ausgleich zwischen beiden nach wie vor nicht in Sicht ist<sup>29)</sup>. Die Geschichte dieses Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel. Und es ist angesichts der begrenzten Ressourcen der Natur und auch eingedenk dessen, was bei Marx über die Zerstörung der Natur und des Menschen zu finden ist, sehr die Frage, ob sich die Menschen des industrialisierten Nordens dieses Nachlaufspiel auf Dauer werden *leisten können*. Und gleichfalls ist die Frage, ob es überhaupt *sinnvoll* ist, sich dieses Nachholspiel länger zu leisten, denn neben der Zerstörung der Natur ist darin doch auch der *Genuß* zerstört worden, den die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse zuvor dargestellt hat. Was *immer* zu haben ist, hat den Reiz des *Besonderen* verloren, und der Genuß, so scheint mir, hängt ganz wesentlich am Besonderen. Damit will ich nicht die glücklich nennen, die das, was wir täglich haben, nur selten haben können, sondern möchte darauf aufmerksam machen, daß es nicht nur auf der

<sup>27)</sup> Einen zusammenfassenden Überblick über die Krise der Wachstumsgesellschaften und die Perspektiven des Ökosozialismus geben Johano Strasser und Klaus Traube, *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus*, Bonn 1981<sup>2</sup>.

<sup>28)</sup> In gewisser Hinsicht ist Engels, als er die Auffassung vertrat, der Militarismus werde durch seine eigene Dialektik ein Zeitalter ewigen Friedens heraufführen, einer vergleichbaren Perspektive gefolgt (vgl. Münkler, *Krieg und Frieden bei Clausewitz, Engels und Carl Schmitt*; in: Leviathan 1/82, insbes. S. 24 ff.). Sowohl im Falle der Dialektik von Produktivkraftentfaltung und Bedürfnisbefriedigung als auch in dem der Dialektik des Militarismus ist — im Lichte der Themenstellung „Marx heute“ — zu fragen, ob hier nicht ein, wenn man so will, „idealistisches Residuum“ vorherrscht: die Überzeugung nämlich, daß zuletzt doch der dialektische Prozeß in einer Synthese zum Abschluß gelange. Dagegen wäre Adornos Idee einer „Negativen Dialektik“ zu stellen, der die Gewißheit eines solchen Abschlusses fehlt.

<sup>29)</sup> Vgl. Fred Hirsch, *Social Limits to Growth*, Cambridge/Mass. 1976.

Objekt-, sondern auch auf der Subjektseite eine Paralyse des Genusses durch die Steigerung der Ressourcen gibt, also eine Dialektik zwischen Produktivkraftentfaltung und Bedürfnisbefriedigung, die ganz gegensätzlich zu den Marxschen Erwartungen abläuft.

Mit der Steigerung der Ressourcen erfolgt die „Hegung“ unserer Bedürfnisse — und Hegung heißt bekanntlich zweierlei: Begrenzung, aber auch Schutz — nicht mehr *naturwüchsig*, sondern ist *aus Freiheit* zu leisten. Dieser Übertritt aus der Naturnotwendigkeit in die Freiheit ist ja ein Gedanke, der das gesamte Marxsche Werk wie ein roter Faden durchzieht, und deswegen auch getraue ich mich, diese Überlegungen unter dem Stichwort „Marx heute“ darzulegen. Zweifellos hat Marx die Folgen dieses Übertritts von der *Heteronomie* zur *Autonomie* zu wenig bedacht und allzusehr auf die „strenge Disziplin“ vertraut, die sich die Menschen in der kapitalistischen Produktion gleichsam *einverleibt* haben, als daß er diesem Problem ausführlich nachgegangen wäre<sup>30)</sup>. Wo aber der Glaube an die Automatismen der Geschichte, wie er sicherlich noch bei Marx zu finden ist, geschwunden ist, wo das Vertrauen zerfallen ist, daß die dialektischen Prozesse von Synthesen abgeschlossen werden, da wird deutlich, daß der Möglichkeit von Autonomie, wenn diese nicht wahrgenommen wird, eine um so schärfere Heteronomie folgt. Konkret heißt das: Wo die Menschen die Steigerung der Produktivkräfte und die Veränderung der Bedürfnisse nicht beherrschen, da beherrschen diese die Menschen. Gleichzeitig heißt dies aber auch, daß das Konzept einer sozialistischen Ökodiktatur<sup>31)</sup>, das ohnehin eher in der stalinistischen als in der Marxschen Tradition anzusiedeln ist, nur eine andere Form des gescheiterten Übergangs zur Autonomie wäre.

Der Asketismus, der hier unter dem Stichwort einer „Hegung der Bedürfnisse aus Freiheit“ anvisiert worden ist, ist also kein antihedonistischer Asketismus, sondern zielt vielmehr auf Askese in hedonistischer Perspektive<sup>32)</sup>; er begründet keine *aristokratische*

<sup>30)</sup> Das in der sozialistischen Theorie Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts vieldiskutierte Problem, wie Marx und Kant miteinander in Beziehung zu setzen sind, ist damit neu gestellt.

<sup>31)</sup> Vgl. Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“*, Reinbek 1975.

<sup>32)</sup> In dieser Hinsicht ist vielleicht mehr als von Marx von Friedrich Nietzsche zu lernen, jenem anderen Denker, an dem sich zeigt, daß jede Zeit ihn mit eigenen Augen zu lesen hat. Aufschlußreich hierfür sind die — aus verschiedenen philosophischen Traditionen entstammenden — Nietzsche-Interpretationen von Gilles Deleuze (Nietzsche

*Ethik* wie etwa bei Nietzsche, sondern eine *Ethik des Gattungswesens Mensch*, das um seine Voraussetzungen und Grenzen weiß. Die vor allem in den Marxschen Frühschriften zu findende Idee einer bewußten Kontrolle des „Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ um der Selbstverwirklichung des Menschen als eines auf Autonomie hin angelegten Lebewesens willen kann also dafür fruchtbar gemacht werden, angesichts der Krise des Industrialismus (sowohl in seiner kapitalistischen wie in seiner staatssozialistischen Variante) weder in eine apathische Resignation noch in einen neuen Naturromantizismus zu verfallen, der die geheime Vernunft, die der Geschichte abhanden gekommen ist, nun in die Natur projiziert.

---

und die Philosophie, München 1976) und Walter Kaufmann (Nietzsche. Philosoph — Psychologe — Antichrist, Darmstadt 1982). Zum Verhältnis von Marx und Nietzsche vgl. Reinhold Grimm/Jost Hermand (Hrsg.), Karl Marx und Friedrich Nietzsche, Königstein/Ts. 1978.

Vielleicht heißt dies, Marx in vieler Hinsicht gegen den Strich zu lesen, doch kommt, so scheint mir, diese Interpretation den Marxschen Intentionen erheblich näher als der evolutionistische Marxismus eines Kautsky, der um Machterwerb und Arbeitseffizienz zentrierte Marxismus eines Lenins oder die verzweifelte Suche nach revolutionären Substituten des Proletariats bei vielen marxistischen Intellektuellen in den westlichen Ländern. „Marx heute“ — das heißt, Marx in vieler Hinsicht gegen den Strich zu lesen; aber die Größe und Bedeutung eines Denkers besteht wohl nicht darin, daß er alles gewußt und vorausgesehen hat, sondern vielmehr darin, daß er auch dort Antworten und Anregungen geben kann, wo für ihn selbst Unvorhergesehenes eingetreten ist. Marx, und damit kehre ich zu meiner anfänglichen Frage zurück, *bedarf* der aktualisierend-kritischen Betrachtung, aber er ist ihrer auch *fähig*. Wo nicht Götzendienst, sondern Reflexion gefragt ist, kann mehr von einem Denker zu Ehren seines 100. Todestages nicht gesagt werden.

## Zur Kulturpolitik der DKP

„Kultur ist, wie der ganze Mensch lebt“: Dieser materialistische Kulturbegriff ist die Grundlage aller Kulturpolitik der DKP<sup>1)</sup>. Die Unbegrenztheit des Begriffs macht ihn politisch beliebig nutzbar. Jeder Gegenstand politischer Forderungen kann der Kultur zugeordnet und die „Kulturschaffenden“ können dafür eingesetzt werden; er kann aus der Banalität der ökonomischen Interessen herausgehoben und mit der Weihe des höheren menschlichen Zwecken Dienenden versehen werden. („Der Kampf gegen das Monopolkapital... ist... selbst die entscheidende Kulturleistung unserer Zeit.“) Andererseits kann jede kulturelle Tätigkeit, kann die Kultur insgesamt zum Gegenstand der Klassenauseinandersetzung gemacht werden. („Die DKP ist bestrebt, die Kulturpolitik zu einem organischen Bestandteil ihrer Gesamtpolitik zu machen.“) Und nicht nur zum Gegenstand, sondern auch zum Mittel solcher Auseinandersetzung; Kultur, Kunst als Waffe im Klassenkampf.

Das ist denn auch der Grundtenor jeder Äußerung der Kommunisten über Kultur und Kunst: ihre Einsatzbarkeit im Klassenkampf, ihre Funktion für die Entwicklung des Sozialismus. Die Arbeiterklasse — und in ihrem Namen die Partei — wird „immer wieder fragen, ob eine Idee, eine Meinung, ein Kunstwerk oder eine Einrichtung ihren Interessen dient“. Diese Funktion bestimmt die Sprache der kommunistischen Kulturfunktionäre, die — ohne Scheu und anscheinend ohne historisches Empfinden gegenüber Virchows Wortprägung — von ihrem „Kulturkampf“ reden und sich grämen über „Einbrüche und Rückschläge an der demokratischen Kulturfront“.

<sup>1)</sup> Kultur und Kulturpolitik im antiimperialistischen Kampf — Grundsatzfragen — Vorschläge — Anregungen zur Diskussion, 4. Auflage, hrsg. vom Parteivorstand der DKP (1. Auflage 1970). Soweit im nachfolgenden Text Zitate nicht besonders gekennzeichnet sind, entstammen sie dieser Broschüre.

Die philosophische und gesellschaftswissenschaftliche Grundlegung dieses Begriffs bleibt in dieser Darstellung, die sich auf die operativen Bereiche kommunistischer Kulturpolitik beschränkt, ausgeklammert. Dazu wird — anstelle der umfangreichen Literatur — verwiesen auf: Wilfriede Werner/Manfred Jäger, Marxistische Ästhetik — Aspekte und Probleme, in: Deutschland Archiv, Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 8/1982, S. 817 ff.

Sie versetzt die Parteizeitung der DKP sogar in die Lage, von einem Besuch des DDR-Schriftstellerpräsidenten Hermann Kant bei der Parteiführung in Düsseldorf zu berichten, ohne von der gemeinsamen Verurteilung der NATO-Hochrüstung auch nur mit einer Silbe auf Fragen nach Literatur und Literaten, nach Kultur und Kunst abzuschweifen<sup>2)</sup>.

Das Ziel ihrer Kulturpolitik formuliert die DKP am Beispiel der DDR: eine neue Kultur als untrennbarer Bestandteil des Sozialismus. Ihr hauptsächlicher Träger ist die Arbeiterklasse. Der Gegensatz von Kultur und Volk, von Geist und Macht gehört einer vergangenen Zeit an.

Damit der Weg zu solch idealischem Ziel frei wird, bedarf es zunächst der Macht der Arbeiterklasse und der Planung der Volkswirtschaft. Dann kann und muß eine sozialistische Kulturrevolution stattfinden, „die von der marxistisch-leninistischen Partei mit Hilfe des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen bewußt gelenkt und durchgesetzt wird“.

Mit Staat und Gewerkschaften als ihren Funktionären wird also die kommunistische Partei die Einheit von Geist und Macht herstellen. Sie wird der Kunst ihre Funktion zuweisen: einen „unersetzbaren und unentbehrlichen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und einer dem Sozialismus gemäßen Lebensweise“ zu leisten<sup>3)</sup>.

Doch bis die DKP solche Aufgaben übernehmen kann, ist es ja noch lange hin. Sie muß sich vielmehr fragen lassen, was sie denn leisten zur Entwicklung der Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, und muß selbstkritisch eingestehen: „Wir verstehen es augenblicklich ungenügend, das sozialistische kulturelle Potential optimal zu entwickeln und zur Wirkung zu bringen.“<sup>4)</sup>

Aber die DKP weiß, von wo sie Unterstützung bei der Überwindung dieser Probleme erwar-

<sup>2)</sup> Hermann Kant bei der DKP, in: UZ v. 10. 2. 1982, S. 4.

<sup>3)</sup> Kurt Hager (Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED), Probleme der kulturellen Entwicklung in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Marx. Blätter 2/1981, S. 24 ff. (27).

<sup>4)</sup> Hannes Stütz, Für wie dumm darf man die Leute halten? Bemerkungen zur kulturpolitischen Situation, in: UZ v. 12. 3. 1981, S. 7.

ten darf: Für die Entwicklung der antiimperialistischen Kultur der Bundesrepublik ist die Existenz und die Entfaltung der sozialistischen deutschen Nationalkultur der DDR „eine unschätzbare Hilfe“.

Die DKP erweist sich solcher Hilfe würdig, indem sie nicht nur ganz selbstverständlich und ohne irgendeinen sichtbaren Ansatz von kritischer Diskussion Lenins Kulturtheorie in der Auslegung durch die SED zur Grundlage ihrer Arbeit, sondern die Kulturpolitik der DDR<sup>5)</sup> zu ihrem Vorbild und deren Gegner zu den ihren macht.

„In jeder nationalen Kultur“, schrieb Lenin 1913 in seinen kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage, „gibt es — seien es auch unentwickelte — Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche ... Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen‘, sondern als herrschende Kultur.“<sup>6)</sup>

Erläuterung und Variation dieser Kernsätze der Zwei-Kulturen-Theorie Lenins machen den größten Teil des kulturpolitischen Programms der DKP aus. Die Perspektive der „anderen Kultur“, der demokratischen und sozialistischen, „ist davon bestimmt, daß sie der herrschenden imperialistischen Kultur nicht pluralistisch zugehört, sondern ihr ... antagonistisch entgegentritt“<sup>7)</sup>. Mit der erstrebten Macht der Arbeiterklasse ist auch die kulturpolitische „Macht“ verbunden; die „andere Kultur“ soll die „beherrschende Kulturströmung“ werden<sup>8)</sup>.

Diese Zwei-Kulturen-Theorie — logische Konsequenz der Idee der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes — schließt die Vorstellung von einer einheitlichen nationalen Kultur aus. Sie weist den Weg zur Schaffung einer sozialistischen Nationalkultur, die die „gesetzmäßige Weiterentwicklung der Summe aller kulturellen Leistungen der Vergangenheit“ ist. Den Aufbau einer solchen sozialistischen deutschen Nationalkultur in der

DDR, 1976 im Parteiprogramm der SED ausdrücklich festgeschrieben, rühmt die DKP schon 1971 in ihrem kulturpolitischen Konzept<sup>9)</sup>. Diese Kultur ist nach dem Verständnis der SED „Kultur der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes, geführt von der marxistisch-leninistischen Partei ... Sozialistischer Patriotismus in organischer Beziehung mit proletarischem Internationalismus ... gehören zu den geschichtlich ausgewiesenen, grundlegenden Wesenszügen sozialistischer Nationalkultur“<sup>10)</sup>.

Stephan Hermlin, nicht nur in ganz Deutschland ernst genommener Schriftsteller, sondern auch Funktionär des Schriftstellerverbandes der DDR, bringt das Kunststück fertig, diese Kulturtheorie uninteressant zu finden und unsinnig zu nennen und zugleich zu behaupten, er stimme mit der Kulturpolitik seiner Partei, der SED, überein. Als Teilnehmer des Schriftsteller-Kongresses/„Interlit“ im Sommer 1982 in Köln nennt er in einem Rundfunkinterview die Kultur unabhängig von Klassenherrschaft. Ein großer Schriftsteller „in einem anderen Land“, der Kommunist sei, so glaubt Hermlin, würde sich streng dagegen verwahren, wenn man ihn nicht als Teil seiner nationalen Kultur betrachte, „und zwar nicht seiner nationalen kapitalistischen oder sozialistischen Kultur, sondern schlechweg der nationalen Kultur“<sup>11)</sup>.

Ein größeres Kunststück noch als Hermlin vollbringt die DKP: In ihrer engagierten Berichterstattung über die „Interlit“ kommen Hermlins Erklärungen nicht vor. Die ängstliche, auf jeden Versuch geistiger und politischer Selbständigkeit verzichtende Anklammerung an die offizielle Linie der SED verbietet die Erwähnung solcher Gedanken, gar nicht zu sprechen von ihrer Diskussion.

Kultur unabhängig von Klassenherrschaften — das steht ganz quer zu allem, was die DKP zur Kulturpolitik zu sagen hat und was sie kulturpolitisch tut. „Auch auf kulturellem Gebiet kann es keine Neutralität geben“, heißt es in ihrem Konzept. „Klassengegensatz und Klassenkampf bestimmen auch die Kultur.“

Um die Kultur der Arbeiterklasse, geführt von der marxistisch-leninistischen Partei, zu

<sup>5)</sup> A.a.O., S. 21 f.

<sup>6)</sup> Prof. Dr. Hans Koch, Lehrer an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Radio DDR II, „Studio 80“ am 18. 1. 1982.

<sup>7)</sup> Oskar Neumann, Zur Rolle und zu den Aufgaben der Literaturkritik (Thesen), in: „Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur“, hrsg. von den Redaktionen Kürbiskern und Tendenzen, München 1974, S. 35.

<sup>8)</sup> Neumann, a.a.O.

<sup>9)</sup> A.a.O., S. 21 f.

<sup>10)</sup> Prof. Dr. Hans Koch, Lehrer an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Radio DDR II, „Studio 80“ am 18. 1. 1982.

<sup>11)</sup> Deutschlandfunk, „Interview der Woche“ am 20. 6. 1982 (mit Harald Kleinschmid). — Schon beim VIII. Schriftstellerkongreß 1978 hatte Hermlin formuliert: „... so bin ich denn ein deutscher Schriftsteller, ich sei nur immer, wer ich sei“, zit. nach Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR, Köln 1982, S. 181.

entwickeln, arbeitet die DKP seit Beginn ihrer Tätigkeit an einer eigenen kulturellen Infrastruktur, einem kulturpolitischen Netzwerk. Sie richtet die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler ein. Sie baut ihre Medien und ihren Buchvertrieb aus. Sie mißt den collectiv-Buchhandlungen eine entscheidende Rolle für ihre Arbeit zu und baut sie als Stützpunkte aus<sup>12)</sup>. Sie betreibt gezielt Literaturpolitik durch die Herausgabe von Buchreihen. Singegruppen ruft sie ins Leben und steuert deren Tätigkeit vom Parteivorstand her.

Über die eigenen Unternehmen und Einrichtungen hinaus erweitert die DKP ihren kulturpolitischen Wirkungskreis durch ihren breitgestreuten Einfluß auf die Gründung und die Arbeit von kulturellen Vereinigungen, auf den Demokratischen Kulturbund, auf Kulturkooperativen und Theater, auf Musiker, Fotografen und Arbeiterliteraten.

Um sich nicht ganz in ihrer Leninschen Zweikulturen-Theorie einzumauern und Bündnismöglichkeiten nach Bedarf wahrnehmen zu können, hat die DKP eine höchst elastische Grenzziehung zwischen „imperialistischer“ und „demokratischer und sozialistischer“ Kultur entwickelt: Die Grenze kann „mitten durch die Kulturinstitutionen“, oft auch „mitten durch einzelne Personen“ gehen. Sie wird gezogen „gegenüber allem, was mit Kriegsvorbereitung, Völkerhaß, Rassismus und Menschenverachtung zu tun hat“<sup>13)</sup>.

Die dialektische Behandlung dieser höchst dehnbaren Begriffe erlaubt leicht die Anpassung an die jeweiligen politischen Ziele der Partei und das Herangehen an Bündnispartner nach Nützlichkeit.

Für den Bündnispartner genügt es, einzelne Ziele der Partei — den Kampf gegen die „Berufsverbote“, gegen US-Raketen — zu unterstützen. Vom sozialistischen „Kulturschaffenden“, vom „Kulturschaffenden“ im Sozialismus, wird entschieden mehr verlangt. Für ihn gilt der Satz ganz umfassend, daß es auf kulturellem Gebiet keine Klassenneutralität gebe: Auf die Dauer gibt es für Künstler kein Niemandsland<sup>14)</sup>. In den Nachrufen auf den Anfang 1982 verstorbenen Konrad Wolf, ZK-Mitglied der SED und Präsident der DDR-Akade-

mie der Künste, skizziert die DKP das Idealbild eines solchen Künstlers: Ihn zeichnet die Parteilichkeit aus. Er kennt genau die Seite der Barrikade, auf der er seinen Platz hat. Nie läßt er die geringste Verwischung der unveröhnlichen Gegensätze zu, die zwischen dem Sozialismus und der Welt des Kapitals stehen. Er macht aus seiner Kunst die schlagkräftige Waffe, die im Kampf um die Veränderung der Welt gebraucht wird. Und als Krönung: die Sowjetunion ist seine zweite Heimat<sup>15)</sup>.

Der Klassenstandpunkt, die Parteilichkeit ist das erste, dann erst kommt die Kunst — die Sprache, das Bild, die Musik<sup>16)</sup>. Immer wird das Bild von der Barrikade wiederholt. SED-Chef Erich Honecker sagt es den „Kulturschaffenden“ der DDR: „Noch immer wurde im Klassenkampf auf zwei Seiten der Barrikade gestritten — hier die Arbeiterklasse, dort die Bourgeoisie ... Etwas Drittes gibt es nicht. Mit einem Bein diesseits, mit dem anderen jenseits bleibt keiner im Gleichgewicht.“<sup>17)</sup> Fast mit den gleichen Worten spricht Hannes Stütz für die DKP vom „Verlauf der Barrikaden“, zwischen denen es „kein Niemandsland gibt“<sup>18)</sup>. „Zumindest nicht auf die Dauer“, macht Stütz um der Bündnispartner willen eine kleine Einschränkung. Honecker macht sie für die DDR nicht mehr. „Im Kunstleben unserer sozialistischen Gesellschaft“, sagt er, „hat jeder Schriftsteller und Künstler Platz und Raum, der mit seinem Werk ... dem realen Sozialismus verpflichtet ist.“<sup>19)</sup>

Keinen Platz gibt es für solche, die dieses „Angebot“ nicht annehmen. Das haben viele erfahren. Das Beispiel des ausgebürgerten Wolf Biermann zeigt, wie vorbehaltlos die DKP sich einem Verdikt verpflichtet fühlt, das die SED über einen Künstler verhängt, der den Platz hinter der Barrikade verläßt. Sie rechtfertigte nicht nur den Bann bereits am Tage nach seiner Verkündigung im *Neuen Deutschland*<sup>20)</sup>. Sie macht sich noch fünf Jahre später, so berichtet Biermann wiederholt, dafür stark, daß er aus der von ihr beeinflussten Friedensbewegung herausgehalten wird<sup>21)</sup>.

<sup>15)</sup> Günter Labudda, Er wußte genau, auf welcher Seite der Barrikade er kämpfte. Zum Tode von Konrad Wolf, in: UZ v. 11. 3. 1982, S. 7.

<sup>16)</sup> Fritz Noll, in: UZ v. 13. 7. 1978.

<sup>17)</sup> Referat vor den Mitgliedern des Präsidiums des Kulturbundes der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland v. 23./24. 6. 1979, S. 3f.

<sup>18)</sup> In dem in Anm. 13 genannten Interview.

<sup>19)</sup> A.a.O.

<sup>20)</sup> Gerd Deumlich, Präsidiumsmitglied der DKP, in der UZ v. 18. 11. 1976.

<sup>21)</sup> In: die tageszeitung v. 25. 11. 1981, S. 3, und in der ARD-Sendung „Panorama“ am 28. 9. 1982.

<sup>12)</sup> Kaspar Maase, Literaturbedürfnisse der Arbeiterklasse und Organisation der Literaturarbeit, in: „Arbeitsstagung der DKP zu Fragen der Literatur“, S. 30ff. (33, 34).

<sup>13)</sup> Hannes Stütz, Zur Kulturpolitik der DKP nach dem Mannheimer Parteitag, in: UZ v. 24. 6. 1979, und ders., Bemerkungen zur kulturpolitischen Situation, in: UZ v. 12. 3. 1981.

<sup>14)</sup> Überschrift zu einem Interview mit Hannes Stütz, in: UZ v. 21. 7. 1977.

Die DKP macht auch keinen Hehl daraus, daß sie es genauso halten möchte wie die SED, wenn sie erst die Macht dazu hat. Parteinehmend für den Sozialismus und mit dem Hinweis auf die für die Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus beispielhafte Entwicklung der UdSSR und der DDR läßt sie jedem Künstler reiche Wirkungsmöglichkeiten im Sozialismus zusichern, dessen Werke dem Frieden, dem Humanismus, der Demokratie, der antiimperialistischen Solidarität verpflichtet sind. Sie hält es für selbstverständlich, daß die sozialistische Gesellschaft Verstöße gegen dieses Anliegen künstlerischen Schaffens nicht duldet. Kritik an solchem „Nicht-Dulden“ widerspreche der Menschlichkeit, dem Recht auf Freiheit und den Menschenrechten<sup>22)</sup>.

Es bedarf schon einer reichlichen Portion dialektischer Schulung, um dies zu fassen: Nicht die Ausbürgerung von Biermann, Solschenizyn und den vielen anderen richtet sich gegen Menschlichkeit, Freiheit und Menschenrechte. Die Kritik daran tut es. Verstehen kann man dies nur, wenn man sich immer wieder vergegenwärtigt, was die vom Künstler im Sozialismus verlangte Parteilichkeit bedeutet: „die ständige Entscheidungsbereitschaft für die Interessen der Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse auf der weltanschaulichen Grundlage des Marxismus-Leninismus“<sup>23)</sup>. Diese Parteilichkeit ist nicht nur eine Forderung an den Künstler. Sie macht ihn überhaupt erst aus. Denn „künstlerisches Talent schließt die Fähigkeit ein, auf der Seite des Sozialismus mit der Kunst verantwortungsbewußt in die Klassenkämpfe unserer Zeit einzugreifen“<sup>24)</sup>.

Für den Künstler, der diese Fähigkeit besitzt, bietet die DKP allerdings auch eine Verheißung. Er wird blühen und gedeihen, verspricht ihm Guido Zingerl, Graphiker und Parteivorstandsmitglied, unter Berufung auf die sozialistischen Länder, „eingebettet (sic!) in neue Käuferschichten und staatliche Verantwortung“<sup>25)</sup>.

Ein führender Funktionär aus dem Bündnisumfeld der DKP, der Vorsitzende des rechts-

kräftig verbotenen „Demokratischen Kulturbundes“, Thomas Metscher, liefert vorsorglich auch schon für die Bundesrepublik Deutschland die Grundlage für die Disqualifizierung und Verdammung jedes „Kulturschaffenden“, der sich den Ansprüchen der Hüter des Sozialismus nicht fügt. Aus der nationalen und weltpolitischen Situation sieht er moralische Verantwortung und politische Forderungen an alle im Kulturbereich Tätigen sich ergeben, „die diese nicht zurückweisen können, ohne ihre moralische Integrität zu verlieren und jeden Anspruch, Positionen der Humanität zu formulieren, zurückzunehmen“<sup>26)</sup>. Er spricht es nicht aus, wer die moralischen Kriterien und die Forderungen formuliert, wer das Urteil über die Erfüllung oder Nichterfüllung spricht. Aber ein Blick in die Staaten des „realen Sozialismus“ zeigt, wer das besorgt. Von Graham Greene, dem großen Romancier, der vorübergehend Neigungen zum Kommunismus verspürte, stammt ein höchst treffendes Urteil über die parteiliche Kunst: „Wer Partei ergreift, hört eigentlich auf, Schriftsteller zu sein, er äußert sich als Mensch. Das kann geboten sein, hat aber mit Literatur nichts zu tun.“<sup>27)</sup>

Klassenorientierte, parteiliche Kunst darf durchaus nicht verwechselt werden mit engagierter Kunst. Wie entschieden auch immer etwa ein „linkes“ politisches Engagement eines Künstlers sein mag: solange seine Haltung und seine Kunst nur auf existenzieller Erfahrung, nicht auf einer vorweg eingegangenen bewußten Bindung an den Marxismus-Leninismus in der authentischen Interpretation durch die Kommunistische Partei beruht, solange er sich nicht organisiert, fehlt ihm die Qualität der Parteilichkeit. Er mag als Bündnispartner taugen, wo die Partei noch nicht herrscht. Die vom Künstler im Sozialismus verlangte Qualität hat er nicht.

Vor allem sind „Kulturschaffende“, denen die Parteilichkeit mangelt, in der ständigen Gefahr, dem Individualismus zu verfallen. Die Partei weiß aus Erfahrung: bei spontanen und gefühlsmäßigen Äußerungen schleicht sich viel bürgerliche Ideologie mit ein<sup>28)</sup>. Individualisten erliegen in der Sicht der DKP zu oft dem Mißverständnis, Freiheit der Kultur müsse „die Schaffung von Reservaten für die Schöpferlaunen einer Phantasie ausübenden

<sup>22)</sup> Sozialismus — Kleines Handbuch zu Politik, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sozialistischer Länder, Stichwort: „Kulturpolitik“, S. 217, hrsg. von H. Burg, D. Nix, K. H. Schwank, Verlag Marxistische Blätter 1980.

<sup>23)</sup> Klaus/Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1974<sup>10</sup>, Stichwort: Kunsttheorie, S. 697.

<sup>24)</sup> XI. FDJ-Parlament, in: Neues Deutschland v. 10. 7. 1981, S. 4.

<sup>25)</sup> Nicht länger Gnadenempfänger. Der bildende Künstler im Kampf um soziale Sicherheit, in: Marxistische Blätter 1/82, S. 54.

<sup>26)</sup> Kultur und Demokratie, II. Teil, in: Kultur & Gesellschaft, Nr. 2/1981, S. 5ff. (8).

<sup>27)</sup> Zit. nach: Joachim Fest, Kein Ende der Affäre mit Gott. Ein Porträt des Schriftstellers G. G., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Bilder und Zeiten, Nr. 84 v. 10. 4. 1982.

<sup>28)</sup> Rolf Nic Dührßen, Gewerkschaftsjugend und Kulturarbeit, in: Marx. Blätter 2/81, S. 51.

Spezialtruppe" bedeuten. Aber kaum etwas ist den bürokratischen Revolutionären aus der Schule des Marxismus-Leninismus so verächtlich wie Spontaneismus.

Geistige Reservate gefährden die Herrschaft der totalitären Ideologie. Darum bekämpfen kommunistische Künstler elitäre Strömungen. Und deshalb hat Gisela Elsner als frischgebackenes DKP-Mitglied in aller groben Deutlichkeit erklärt, was Kommunisten von individualistischen Künstlern halten: „Im Grunde kotzen mich Schriftsteller an, die nicht von der Idee wegkommen, ein Außenseiter oder ein Prophet zu sein, und das, was sie als ihre individuelle Freiheit bezeichnen, gegen die kollektive Freiheit auszuspielen versuchen. Ich halte die Kollegen für exzentrische Saboteure, die sich an der Gemeinschaft vergehen.“<sup>29)</sup> Die „kollektive Freiheit“, von der sie spricht, kann ja wohl nur die sein, nach den jeweiligen Richtlinien der marxistisch-leninistischen Partei schreiben, malen, komponieren zu dürfen.

Die Saboteure an der Gemeinschaft erinnern unvermeidlich an die „Volksschädlinge“, die eine andere totalitäre Ideologie auf deutschem Boden nach Bedarf ausmachte und nicht viel anders behandelte als der „reale Sozialismus“ diejenigen, die er auf der falschen Seite einordnete.

Was bei der DKP angesichts ihres „kapitalistischen“ Umfeldes nur in Andeutungen über Kultur am Arbeitsplatz und Freizeitkultur zum Ausdruck kommt, da ihr die Pflege der Produktivitätsrate in der Bundesrepublik Deutschland keinen Nutzen verheißt, wird in der DDR — auch in der Kulturpolitik vielfach gelobtes Vorbild der DKP — direkt angesprochen. Dort hilft der Kulturbund, „die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, indem er alles fördert, was das Wohlbefinden der Bürger und ein reiches Kulturleben ausmacht“<sup>30)</sup>.

FDJ-Vorsitzender Krenz regt die bildenden Künstler an, „die Größe und Schönheit der revolutionären Umwälzungen zu erschließen“ und die wichtigen Aufgaben für die „Stärkung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft“ wahrzunehmen<sup>31)</sup>. Literatur und Kunst sind dazu berufen, „die Entschlossenheit zu stär-

ken, alles, was wir uns für die Zukunft vorgenommen haben, zu verwirklichen“<sup>32)</sup>.

Ihre hochentwickelten dialektischen Fähigkeiten bewahren die Kommunisten vor allen Verlegenheiten bei solcher Funktionalisierung der Kunst zugunsten der sozialistischen Produktion. Versuchten „Kapitalisten“ ihre Arbeiter mit kulturellen Angeboten bei Laune zu halten, würden Kommunisten das ohne Schwierigkeiten als eine besonders schamlose und heuchlerische Methode der Ausbeutung einordnen.

## Schule und Ausbildung

Die Schule ist in der täglichen Politik für die DKP vor allem ein Exerzierfeld ihrer „Berufsverbote“-Kampagne.

Durch sie soll gesellschaftliche Akzeptanz für Kommunisten im öffentlichen Dienst im allgemeinen und im Schuldienst im besonderen gewonnen werden. Die im Schuldienst tätigen DKP-Mitglieder bilden ein Beeinflussungspotential<sup>33)</sup>, das sich aktivieren läßt, wenn die Zeit dazu passend scheint. Außerhalb des Unterrichts ist es schon heute für die Partei nutzbar.

Da kommunistische Lehrer sich im Dienst angepaßt verhalten und der allergrößte Teil ihrer Kollegen, der Eltern und Schüler weder mit den Zielsetzungen der DKP im allgemeinen noch erst recht mit ihren schulpolitischen Vorstellungen vertraut ist, laufen diese Lehrer kaum Gefahr, in eine ernsthafte Diskussion über ihr parteipolitisches Engagement gezogen zu werden.

Dabei böten die bildungspolitischen Forderungen der DKP allen Anlaß zu solcher Diskussion<sup>34)</sup>. Deren Probleme liegen nicht so sehr in der verlangten Schulform, einer für alle verpflichtenden zehnklassigen „demokratischen Gesamtschule“. Die Inhalte machen es vor allem: Sie sollen vom Geist des gesellschaftlichen Fortschritts bestimmt sein.

Was gesellschaftlicher Fortschritt ist, wohin er zielt, läßt sich leicht aus der Überschrift zum ersten Kapitel des DKP-Programms entnehmen: Von der Epoche des Übergangs vom

<sup>29)</sup> Pischner bei einer Präsidialratstagung des Kulturbundes, in: Neues Deutschland v. 27./28. 2. 1982, S. 4.

<sup>30)</sup> Der Verfassungsschutzbericht 1981 nennt 985 linksextremistische Lehrer, davon gehört der größte Teil zur DKP und von ihr beeinflussten Organisationen. Allein in Hamburg gab es schon 1978 etwa 130 Lehrer, die zur DKP oder ihrem Umfeld gehörten (Antwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft).

<sup>31)</sup> Mannheimer Programm der DKP, S. 47—50.

<sup>29)</sup> Im Gespräch mit F. X. Kroetz, in: UZ v. 23. 2. 1978.

<sup>30)</sup> Kulturbundvorsitzender Prof. Pischner in seinem Grundsatzreferat „Die sozialistische Nationalkultur der DDR und die Aufgaben des Kulturbundes in den achtziger Jahren“, ADN-Meldung Nr. 42 v. 17. 6. 1982.

<sup>31)</sup> Neues Deutschland v. 9./10. 1. 1982, S. 4.

Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab ist dort die Rede.

Damit ist also das Verdikt über alle Lehrinhalte gesprochen, die nicht solchem Fortschritt dienen. Das wird — um jeden Zweifel auszuschließen — bekräftigt: Für Antikommunismus darf es in Schulbüchern und im Unterricht keinen Platz geben. Und was Antikommunismus ist — wer anders als die Kommunisten soll das festlegen!

Für alle Einrichtungen des Bildungswesens fordert die DKP eine wirksame Mitbestimmung und demokratische Kontrolle durch die Schüler, Studenten und Auszubildenden, durch die Eltern und Lehrer, durch das werktätige Volk und seine Organisationen. Damit gibt die DKP die Antwort auf die Frage, die das SED-Politbüromitglied Kurt Hager 1982 bei der Zentralen Direktorenkonferenz in Karl-Marx-Stadt stellt: „Wäre denn die Leitungstätigkeit der Schuldirektoren denkbar ohne die aktive Mitwirkung des Pädagogenkollektivs, der Elternaktivs, der Partei- und Gewerkschaftsorganisation, der FDJ- und Pionierorganisation, des Patenbetriebs?“<sup>35)</sup>

## Medienpolitik

Die Medienpolitik der DKP ist von schlichter Klarheit: Heute werden die Massenmedien von einigen Monopolherren und den „Bonner Parteien“ beherrscht. Diese Herrschaft muß abgelöst werden durch die der Partei der Arbeiterklasse.

Die leninistischen Listen und Kniffe bleiben auf diesem Felde der Tagesarbeit und dem Umgang mit den Bündnispartnern vorbehalten. Mit aller Deutlichkeit weisen die Vorstellungen der DKP „Für eine demokratische Medienpolitik“<sup>36)</sup> und die Aussagen im Mannheimer Programm<sup>37)</sup> die DDR und andere Staaten des „realen Sozialismus“ als Vorbild aus: Nur unter den Bedingungen der politischen Macht der Arbeiterklasse<sup>38)</sup>, also im Sozialismus, können die Grundrechte auf Information, Bildung und Unterhaltung endgültig und vollständig gesichert werden. Deshalb ist der Kampf um demokratische Massenmedien fester Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus.

Dieser Kampf, den die Arbeiterklasse im Bündnis mit demokratischen und fortschrittlichen Redakteuren und Journalisten, Künst-

lern, Autoren und Filmschaffenden führt, geht um wenige entscheidende Forderungen: Der Tendenzschutzparagraph muß fallen. Statt dessen bestimmen neben Gewerkschaften und gewählten Arbeitervertretern „die politischen Organisationen der Arbeiterklasse ... über die inhaltlichen, finanziellen und persönlichen Belange mit“. Alle großen Medienunternehmen werden „in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle“ überführt. „Die antikommunistischen Hetzsender des CIA — Radio Free Europe und Radio Liberty — müssen verschwinden“. Das Monopol der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten bleibt unangestastet. Sie werden demokratischer Kontrolle unter maßgeblichem Einfluß der Arbeiterparteien und anderer demokratischer Kräfte unterstellt.

Auch die dialektischen Fähigkeiten der Kommunisten bewähren sich einmal mehr: Das Kabelfernsehen wird in einer „kapitalistischen Umwelt“ entschieden abgelehnt; unter sozialistischen Vorzeichen werden darin jedoch große Möglichkeiten entdeckt<sup>39)</sup>.

## Exkurs über die Auseinandersetzung der DKP mit Martin Walser, Franz Xaver Kroetz und E.A. Rauter

„Ich werde von vielen Leuten für ein DKP-Mitglied gehalten und bin es ja nicht; das heißt, diesen Eindruck habe ich auf die Leute gemacht, vielleicht doch mehr durch Reden und Aufsätze, aber ich möchte gern, daß meine Bücher diesen Eindruck machen. Ob ich Mitglied dieser Partei bin, ist scheinbar in diesem Zusammenhang.“<sup>40)</sup> Mit Martin Walser, der sich im Frühjahr 1974 mit diesen Worten der DKP zugesellte, beginnen ost- und westdeutsche Kommunisten ein gutes Jahr später eine der grundsätzlichen Auseinandersetzungen, die sie bisher mit einem Schriftsteller aus der Bundesrepublik Deutschland hatten.

Das Forum ist zunächst die DDR-Literaturzeitschrift „Weimarer Beiträge“; die DDR-Literaturwissenschaftlerin Ursula Reinhold liefert die kritische Analyse eines Gesprächs, das der DKP-Funktionär und Jung-Literat Klaus Konjetzky mit Walser führt<sup>41)</sup>.

<sup>35)</sup> UZ v. 5. 5. 1982, S. 1, Gespräch mit Gerd Deulich, Präsidiumsmitglied der DKP.

<sup>36)</sup> Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur, hrsg. von den Redaktionen Kürbiskern und Tendenzen, München 1974, S. 81.

<sup>41)</sup> Klaus Konjetzky, Gespräch mit Martin Walser und Ursula Reinhold, Erfahrung und Realismus — Über Martin Walser, in: Weimarer Beiträge 21 (1975), Nr. 7, S. 70 ff.

<sup>35)</sup> Neues Deutschland v. 12. 5. 1982, S. 3.

<sup>36)</sup> Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP, Dezember 1979<sup>1</sup>.

<sup>37)</sup> S. 50.

<sup>38)</sup> Identisch mit „Diktatur des Proletariats“; vgl. Verfassungsschutzbericht 1980, S. 64.

Der strikt linientreue Konjetzky: "... wer nicht will, daß seine Literatur Folgen hat, der sollte nicht schreiben. Und ich verlange, daß Literatur Geschichten, Helden entwickeln muß, ... die die Wirklichkeit als etwas Machbares, und das heißt Veränderbares begreifen ... Die Parteilichkeit ist für mich der Maßstab, mit dem ich überhaupt nur messen kann, was die erfahrbare Wirklichkeit für die Menschen bedeutet."

Walser will durchaus zu den Veränderern gehören. Aber seine Fragen, seine Schwierigkeiten betreffen die Selbstgewißheit des Standpunkts, das „wissenschaftliche“ Vorwissen, das mindestens in seinem Kern durch Hinweis auf Erfahrungen nicht angetastet werden darf, ohne sogleich an die Grundfesten der Kommunistischen Partei zu rühren. „Habe ich jetzt“, fragt Walser, „ein privilegiertes Wissen, vielleicht ein marxistisches oder materialistisches Vorwissen, das ein anderer nicht hat? Fällt es jetzt leichter, die nächste literarische Aufgabe zu lösen? Und von dem Punkt ab, wo es das heißen würde, stelle ich immer fest, hört meine Parteilichkeit auf, weil ich immer glaube, daß sich Parteilichkeit ergibt aus dem, was mein Arbeitsprozeß erbringt ... Und ich glaube, es würde den literarischen Arbeitsprozeß, überhaupt die intellektuelle Arbeit beschränken, wenn man Parteilichkeit als etwas, was man vorher positiv haben kann, beurteilt ... Es gibt doch keinen festen Punkt, es gibt doch kein Ziel, das für immer erreichbar sein kann."

Gegen solche agnostische Skepsis stellt Ursula Reinhold den reinen Leninschen Parteilichkeitsbegriff, „welcher von der Rolle der Literatur innerhalb der Organisation des Proletariats ausgeht“. Danach ist „das politisch-weltanschauliche Bekenntnis Voraussetzung für die Neuorganisation der gesamten Schriftstellerpersönlichkeit, die sich nur in der gesellschaftlichen Praxis vollziehen kann“. Der sozialistische Standpunkt, die Verbindung zur Partei der Arbeiterklasse ermögliche dem Schriftsteller erst die volle Herausbildung seiner schöpferischen Potenzen<sup>42)</sup>.

Walser dagegen muß sich — es sollte ihn stolz gemacht haben — vorhalten lassen, Selbstbetroffenheit bilde für ihn den existentiellen Antrieb des Schreibens, unfreiwillig gemachte, unwillkürliche Erfahrungen. Solche Erfahrungen verabsolutiere er in einem Maße, daß allein sie ihm als verlässlicher

Schreibenlaß gälten. Die Bedeutung bewußt gesuchter und organisierter Erfahrungen dagegen veranschlage er gering.

Der Vorwurf des Subjektivismus gegen Walser bleibt im Ton ruhig. Aber es bleibt kein Zweifel: Der Mann steht nicht mit beiden Füßen auf der richtigen Seite.

Als vier Jahre später die Kommunisten es noch einmal mit Walser wenigstens als Bündnispartner versuchen, wird die Auseinandersetzung auch in der Form grober.

Der Röderberg-Verlag läßt sich von Walser ein Geleitwort schreiben für die „Sammlung“. Dieses „Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst“ soll „einen Beitrag leisten zu einer kontinuierlichen wirksamen Faschismusanalyse und -bekämpfung“. Antifaschismus soll der gemeinsame Grundkonsens aller Mitarbeiter von „Sammlung“ sein, zu deren Programm der produktive Meinungsstreit von Wissenschaftlern und Publizisten verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen gehören soll<sup>43)</sup>.

Walser nimmt diese Ankündigung wohl wörtlich und bedenkt weder, daß „Antifaschismus“ für Kommunisten jeden „Antisowjetismus“ ausschließt, noch, daß die DKP und ihre Freunde seit langem Antikommunisten unter Faschismusverdacht stellen. Statt dessen schreibt er in seinem „Geleitwort“, wie der Stalinismus gelehrt habe, seien auch kommunistische Parteien nicht gefeit gegen die Erzeugung faschistischer Potentiale. Er steigert diese Anleihe bei der verpönten Totalitarismustheorie durch die Behauptung, wir, die gegenwärtig lebende Menschheit — in Ost und West —, lebten noch unter Bedingungen, die Faschismus produzieren können. Dagegen glaubt er „auch den konservativsten Demokraten, daß sie DEN Faschismus verabscheuen“. Und mit der Aussage: „die Filbingers sind keine Nationalsozialisten“ zerschlägt er einen kommunistischen Popanz.

Das ist nun entschieden zu viel. „Der vom Leser eines Geleitwortes unterstellte Konsens ist hier in wesentlichen Punkten nicht gegeben“, reagiert die überraschte Redaktion, und rafft sich gerade noch auf, Walsers Geleitwort „zur Diskussion“ weiter hinten im Heft abzdrukken<sup>44)</sup>.

Von Walser ist ein Jahr nach diesem Affront zu erfahren, er freue sich zu hören, daß Kroetz

<sup>43)</sup> Vorwort des Herausgebers und Redakteurs Uwe Naumann zur Sammlung / Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst, Frankfurt 1978.

<sup>44)</sup> In „Sammlung“ 2, 1979, wird Walser von vier linientreuen Antifaschisten, darunter Wolfgang Abendroth und Emil Carlebach, zerrissen. Eine Stellungnahme von Walser enthält das Heft nicht.

<sup>42)</sup> So entdeckt denn auch der Kulturfunktionär im DKP-Vorstand, Peter Schütt, Schaffenskrisen, die gegen Ende der siebziger Jahre im Werk von Walser und Kroetz auszumachen seien, in: Marxistische Blätter 2/81, S. 30ff. (31).

mit seinem Austritt aus der DKP die schon lange nahegelegene Konsequenz aus deren Entwicklungslosigkeit gezogen habe<sup>45)</sup>.

Dieser Austritt eines Parteifunktionärs und von der DKP mit besonderem Stolz vorgezeigten bekannten „Kunstschaffenden“, des vielfach aufgeführten, erfolgreichen Dramatikers Franz Xaver Kroetz, Anfang Mai 1980 findet, anders als die in der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt gebliebene Auseinandersetzung mit Walser, ein breites Echo. Kroetz' öffentlich mitgeteilte Austrittsgründe sind zwar höchst ärgerlich für die DKP, aber doch weniger grundsätzlicher Art als der Gegenstand des Disputs mit Walser.

Seine prinzipiell positivere Einschätzung der SPD, seine „freundschaftliche Distanz“ an Stelle der „allzu tiefen Verbundenheit“ mit den Bruderparteien, wie sie ihm abverlangt wird, seine „nicht mehr innerhalb der Partei ausdrückbare“ differenzierte Einschätzung des realen Sozialismus, seine Fortschrittsskepsis, die „sich schwer mit dem Bild des herkömmlichen marxistischen Fortschrittsglaubens vereinbaren läßt“, und schließlich seine „Einflußlosigkeit in der Partei“ führt Kroetz als Gründe dafür an, daß er die DKP verläßt. Seine wiedergewonnene Freiheit will er „auf längere Zeit nicht mehr aufs Spiel setzen“; so verabschiedet er sich vom Parteiapparat<sup>46)</sup>.

Die Partei begnügt sich mit dem Abdruck einer einzigen Beschimpfung durch einen drittrangigen parteitreuen Schriftsteller<sup>47)</sup>. Aus der Feder des Chefredakteurs der Parteizeitung schickt sie ihm neben einer umfangreichen Rechtfertigung gegenüber den Vorwürfen in seiner Austrittserklärung nur eine Bosheit nach: den leicht verkleideten und mit einem Fragezeichen gemilderten Vorwurf des Opportunismus. Ihm folgt auf dem Fuß ein unverblümtes Bündnisangebot an Kroetz, den die Partei als Mitstreiter im Bündnis aller demokratischen Kräfte wiederzufinden hofft<sup>48)</sup>.

Viel Nachsicht also mit dem bekannten Theaterschriftsteller, die auch in späteren Besprechungen seiner neuen Veröffentlichungen in

der UZ sichtbar wird. Keiner der Gründe für seinen Austritt geht an die Grundsubstanz des Marxismus-Leninismus. Da bleibt der Partei noch Hoffnung.

Geradezu ruppig springt die Partei demgegenüber mit dem weniger bekannten Autor E. A. Rauter um, als der 1978 in seinem Büchlein „Vom Umgang mit Wörtern“<sup>49)</sup> Schwulst und Hohlheit der Parteipresse kritisiert und karikiert. Rauters Stilkunde ist weit von jeder grundsätzlichen Kritik an der Partei und ihrer Politik entfernt. Er will helfen, mit ehrlicherer, klarerer Sprache bessere Politik zu machen. Die Partei weiß solche kritische Hilfe sowenig zu schätzen, daß sie Rauter vom Präsidiumsmitglied Noll gleich eine ganze Serie verbaler Ohrfeigen verpassen läßt. Noll läßt es nicht bei Grobheiten, er wird grundsätzlich: Der Klassenstandpunkt sei das erste, dann das Bemühen, den richtigen Standpunkt in der wirksamsten und überzeugendsten Sprache auszudrücken. Diesen Klassenstandpunkt möge Rauter gefälligst erst einmal lernen und sich aneignen<sup>50)</sup>.

Rauter ist nicht wichtig genug für einen schonenden Umgang wie Kroetz. Auch wenn er sich sehr viel weniger herausnimmt: öffentliche Kritik von Parteigenossen mag die DKP nicht, nicht einmal an ihrer Sprache.

### Bündnisarbeit in der Kulturpolitik

Die DKP ist eine kleine Partei mit gut 40 000 Mitgliedern und einem halben Prozent Wählerstimmen. Das wirkliche politische Gewicht dieser Partei allerdings, das behauptet sie zu Recht von sich selbst, läßt sich an solchen Daten nicht ablesen. Dieses Gewicht wird dadurch bestimmt, „daß sie in der Bundesrepublik den marxistischen, den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung repräsentiert und daß sie damit zugleich auch Teil der kommunistischen Weltbewegung ist“<sup>51)</sup>. Das ist die Basis der Arbeit der DKP, die Basis der Pyramide. Der Erfolg für die kleine Spitze hängt — auf allen Feldern der Politik — davon ab, daß sie Partner findet. Das ist das Ziel ihrer Bündnispolitik.

„Die Bündnispolitik der Deutschen Kommunistischen Partei ist so doppelbödig wie erfolgreich. Sie dient der geschickten Verschleierung des absoluten Herrschaftsanspruchs die-

<sup>45)</sup> Wiedergabe einer Erklärung gegenüber dpa in Frankfurter Rundschau v. 7. 5. 1980, S. 1.

<sup>46)</sup> Nach Frankfurter Rundschau v. 7. 5. 1980, S. 4, die, anders als die UZ, Kroetz' Austrittserklärung im Wortlaut abdruckte.

<sup>47)</sup> Günter Herburger: „Ich habe Theatralikern schon immer mißtraut. Ihre sehr öffentliche und ebenso beklatschte oder geschmähte Kunst führt gern zu artnahem Opportunismus...“, in: UZ v. 8. 5. 1980, S. 2.

<sup>48)</sup> Georg Polikeit, Vom „kleineren Übel“ und vom Klassenkampf. Zum Austritt von Franz Xaver Kroetz aus der DKP, in: UZ v. 9. 5. 1980, S. 5.

<sup>49)</sup> Weismann Verlag — Frauenbuchverlag GmbH, München.

<sup>50)</sup> Fritz Noll, Über Sprachkritik und Parteilichkeit. Zu E. A. Rauters neuem Buch „Über den Umgang mit Wörtern“, in: UZ v. 13. 7. 1978.

<sup>51)</sup> Herbert Mies, Gedanken zum 10. Jahrestag der Gründung der DKP, in: Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt 1978<sup>2</sup>, S. 18f.

ser verfassungswidrigen Partei, sucht ihre — nicht vorhandene — ‚Massen‘-Basis zu erweitern und ist im übrigen aus der richtigen Erkenntnis erwachsen, daß der Schwache am schwächigsten allein ist. ‚Blutspender‘ werden gesucht und gefunden.“ So leitet Peter Meier-Bergfeld seine vorzügliche, hervorragend belegte Darstellung über die Bündnispolitik der DKP ein<sup>52)</sup>.

In zwei Richtungen vor allem zielen — in der Tradition der KPD — die Bündnisbemühungen der DKP: auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und parteipolitisch nicht gebundenen Arbeitern einerseits; andererseits auf das Zusammenwirken mit Intellektuellen und bürgerlichen Kreisen in einem „breiten demokratischen Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte“. Weil die DKP aus taktischen Gründen auf Vorstellungen gesuchter Bündnispartner eingehen muß, propagiert sie für ihre gegenwärtige, beim Mannheimer Parteitag 1978 beschlossene Kampfphase, die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“, Forderungen und Ziele, denen sich anzuschließen die gesuchten Bündnispartner keine Schwierigkeiten haben. Ganz bewußt vermeidet sie es, von Aufgaben zu reden, „die erst unter den Bedingungen einer antimonopolistischen Demokratie oder gar erst im Sozialismus verwirklicht werden können“. Natürlich ist den Kommunisten bewußt, daß solche Offenheit „eine Einschränkung der Bündnismöglichkeiten für diesen nächsten Kampfabschnitt zur Folge“ hätte<sup>53)</sup>. Denn viele von den Musikern, die lukrative Plattenverträge mit dem pläne-Verlag machen, den Künstlern, denen die Partei beim UZ-Pressefest ein zahlreiches Publikum verschafft, den Autoren, denen sie in den Zeitschriften des Pahl-Rugenstein- oder des Damnitz-Verlages ein Forum bietet, haben mit dem „realen Sozialismus“, auf den die DKP steuert, herzlich wenig im Sinn.

Immer wieder versucht die DKP, ihren Bündnispartnern — auf dem kulturellen Felde wie auf anderen — weiszumachen, sie erhebe in Bündnissen keinen Führungsanspruch, sondern strebe die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Beteiligten an. In Wirklichkeit verleiht ihr nicht nur ihre überlegene Organi-

sations- und Finanzkraft solche Führung. Sie nimmt sie auch nach ihrer Theorie in Anspruch. Denn „die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Bündnis und damit auch der wichtigste Träger der sich entfaltenden antiimperialistischen Kultur“<sup>54)</sup>. Die Avantgarde, die Partei der Arbeiterklasse aber ist die Kommunistische.

An allen Ecken guckt dieser Führungsanspruch vor: „Die antimonopolistischen Kräfte, darunter die Intelligenz, können ihre demokratischen Interessen im Zusammengehen mit der Arbeiterklasse sichern, der Klasse, die für alle Probleme, auch die kulturellen, die umfassendsten Lösungen bietet“, heißt es im kulturpolitischen Programm der Partei. Die Begründung ist klar: Die Arbeiterklasse „verfügt als einzige Klasse über eine wissenschaftliche Weltanschauung und eine marxistische Partei“. Daraus folgt zwingend: Das Bündnis der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte auch im Kulturbereich ist objektiv notwendig<sup>55)</sup>.

Was solche objektive Notwendigkeit bedeutet und was dem widerfährt, der sich ihr widersetzt, belegen zahlreiche Beispiele aus den Ländern des „realen Sozialismus“ — die Namen, die Schicksale sind Legion geworden.

Kunst gilt in der westlichen Welt als vorzüglicher Ausdruck der Individualität. Kunst und Künstler gehören zu denen, die sich oft am entschiedensten überkommenen Bindungen und Ordnungen entziehen, sie überspielen und dafür schwerer oder leichter gesellschaftliches Verständnis finden.

Solche Denk- und Lebensweise müssen die Kommunisten ihren Bündnispartnern aus der Kulturszene abzugewöhnen versuchen. Sie tun es geschickt, indem sie ihren Drang nach Veränderungen, nach Neuem, aufzufangen und zu kanalisieren suchen. Oppositionelle Ansätze haben gegen den Druck der imperialistischen Massenkultur nur dann eine Chance, so lehren sie, wenn sich Arbeiterbewegung und humanistische Wissenschaftler, Pädagogen, Publizisten und Künstler zusammenfinden; von der demokratischen und sozialistischen Bewegung isoliert, laufen oppositionelle Ansätze Gefahr, auf elitäre Spielwiesen abseits jeder Massenwirksamkeit verwiesen zu werden.

Nicht die spontane Aktion führt weiter, erklärt die Partei den Umworbenen, sondern es komme darauf an, die antiimperialistische

<sup>52)</sup> P.M.-B., Die Bündnispolitik der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Verfassungsschutz und Rechtsstaat — Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Köln/Berlin/Bonn/München 1981, S. 255 ff.

<sup>53)</sup> Willi Gerns, Mitglied des Präsidiums der DKP, Protokoll des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Oktober 1978, S. 182 ff.

<sup>54)</sup> Kultur und Kulturpolitik im antiimperialistischen Kampf, S. 24.

<sup>55)</sup> A.a.O., S. 25 f.

Kultur und Kulturpolitik bewußt zu entwickeln, organisiert zu verbreiten und theoretisch zu begründen<sup>56)</sup>.

Und immer da, wo sich Kultur organisiert, hat die Kommunistische Partei Erfolge, weit überproportional zu ihrer sonstigen politischen und personellen Stärke. Dort zählen sich ihre organisatorischen Fähigkeiten und Erfahrungen und die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder aus. Im Verband deutscher Schriftsteller ist 1982 im Zusammenhang mit dem Austritt einer Reihe von Mitgliedern — vor allem solcher, die aus der DDR gekommen sind —, selbst einigen Schriftstellern, die sonst keine Bedenken haben, mit Parteikommunisten zusammenzuarbeiten, der bemerkenswerte Einfluß der DKP-Autoren klargeworden. „In einigen Landesverbänden haben Gruppen das Sagen, die bei Parlamentswahlen verschwindend kleine Stimmenanteile bekommen“, ärgert sich Klaus Staack. Allerdings ist nichts weniger in Sicht als eine entschiedene Änderung dieser Entwicklung. Nicht-kommunistische Literaten appellieren an die Genossen von der DKP, sich um die „Menschenrechte“ im Lager des „realen Sozialismus“ zu kümmern. Deren Antwort entspricht dem üblichen Verhalten: Sie kritisieren die Öffentlichkeit der Erörterung und wollen nur hinter verschlossenen Türen verhandeln<sup>57)</sup>.

Keiner redet über die Ursachen der Probleme im Verband der Schriftsteller: seine Politisierung, die Politisierung weiter Bereiche der Kunst, vor allem der Schriftstellerei. Sie kommt allemal denen zugute, die sie vorweg zum Prinzip ihrer Arbeit gemacht haben und mit einem festen ideologischen Ziel verbinden, gestützt auf die organisatorische Einbindung bei den Hütern dieser Ideologie. Die Spontaneisten und Individualisten ziehen da stets den kürzeren. Ihre Appelle an die Vertreter der Parteilichkeit wirken so hilflos wie naiv.

Die Partei hat Erfolg mit ihrer Werbung. Bei ihrem Parteitag 1980 in Hannover teilte sie stolz mit, die Zahl der Kulturschaffenden, die zur Zusammenarbeit mit der DKP bereit sind, sei gestiegen<sup>58)</sup>. Die Liste vor allem der Musiker und Musikgruppen, die bei den UZ-Pressfesten oder bei den von MSB-Spartakus und

SDAJ organisierten Festivals der Jugend mitwirken, die Autorenverzeichnisse etlicher Zeitschriften des Pahl-Rugenstein- und des Damnitz-Verlages liefern eine Bestätigung für diese Behauptung.

Den stolzesten Erfolg konnten die Kommunisten bei der Veranstaltung „Künstler für den Frieden“ im Herbst 1982 in Bochum feiern, als zahllose bekannte Showstars, Sänger, Musiker und andere Künstler den von ihnen ins Leben gerufenen „Krefelder Appell“ unterstützten, der den sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluß politisch undurchführbar machen soll<sup>59)</sup>.

Das Spektrum der Motive für „Kulturschaffende“, sich auf das Bündnis mit der DKP einzulassen, ist offenkundig weit. Es reicht mindestens von der opportunistischen Nutzung von Auftritts- und Publikationschancen über die Anpassung an modische Linkstrends bis zur utopischen Hoffnung auf eine Welt des Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Kaum mehr als eine winzige Minderheit dürfte die marxistisch-leninistische Lehre der DKP ernst nehmen, daß vor aller Kunst das rechte politisch-weltanschauliche Bekenntnis zu stehen hat; das rechte heißt: das jeweils von der Partei bestimmte.

Unter den Kulturschaffenden in Bündnissen mit der DKP sind etliche, die mit Erfolg und Gewinn ihre Vorgängergeneration dafür geißeln, daß sie eine totalitäre Bewegung vom anderen Ende des politischen Spektrums nicht rechtzeitig ernst genommen habe.

Aber Warnungen, „daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze fördert, die eigene politische Position jedoch schwächt“<sup>60)</sup>, werden immer wieder leicht abgetan. Oft mit dem Hinweis auf die zahlenmäßige und die daraus gefolgte politische Schwäche der Kommunisten. Warum — wenn das Argument ehrlich ist — läßt sich denn so mancher auf ein Bündnis mit einem so schwachen Partner ein, gar, wenn der nicht irgendein Teilnehmer, sondern Initiator und Organisator des Bündnisses ist?

<sup>56)</sup> Bericht der Landesregierung über den Rechts- und Linksextremismus im Lande Nordrhein-Westfalen, I. Halbjahr 1981, S. 13f.; Antwort der Bundesregierung auf Anfragen der Abg. Spranger, Dr. Miltner und Dr. Jentsch, BT-Drs. 9/1972, S. 10f.

<sup>60)</sup> Verfassungsschutzbericht 1974. S. 108.

<sup>56)</sup> A. a. O., S. 12, S. 27.

<sup>57)</sup> Engelmann und die Apparatschiks. VS-Treffen in Frankfurt, in: FAZ v. 9. 10. 1982, S. 25.

<sup>58)</sup> Protokoll des 6. Parteitags der DKP, S. 545.

## Horst Heimann: Marxismus, Revisionismus und Reformismus in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/83, S. 3—24

Bereits vor der Revolution von 1848/49 hatte Karl Marx nicht nur die emanzipatorische Zielsetzung seines Denkens formuliert; mit dem Konzept des Historischen Materialismus glaubte er auch die Frage gelöst zu haben, auf welchem Wege diese emanzipatorische Zielsetzung erreicht werden wird: Danach gibt es eine gesetzmäßige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die dazu führt, daß die Arbeiterklasse in der unausweichlich eintretenden sozialistischen Revolution die allgemeine menschliche Emanzipation durchsetzen wird. Die Rezeption der Lehre von der historischen Mission des Proletariats durch die Arbeiterbewegung erfolgte jedoch noch nicht im Zusammenhang mit dem persönlichen Engagement von Marx in der Arbeiterbewegung während der Revolution von 1848/49 und in der I. Internationale von 1864 bis 1872, sondern erst in den achtziger Jahren, vor allem dank der popularisierenden Darstellungen des Marxismus durch Engels, Kautsky und Bernstein.

Im Parteimarxismus der SPD (Erfurter Programm von 1891) wurde vor allem der Geschichtsdeterminismus rezipiert, der den wissenschaftlichen Beweis für den baldigen Sieg des Sozialismus durch die sozialistische Revolution zu liefern schien. Seit 1896 begann der international anerkannte Marxist Eduard Bernstein diesen Zukunftsoptimismus zu erschüttern, indem er durch eine kritische Überprüfung bzw. Revision zentrale Theorien des Parteimarxismus, z. B. die Zusammenbruchstheorie, in Frage stellte. Bernstein wollte damit keineswegs die emanzipatorische und gesellschaftsverändernde Zielsetzung von Marx verwerfen, sondern die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Arbeiterbewegung, statt auf die Revolution zu hoffen, durch eine zielstrebige Reformpraxis zur schrittweisen Verwirklichung der emanzipatorischen Ziele beizutragen vermochte. Die SPD verurteilte jedoch mit großer Mehrheit das revisionistisch-reformistische Konzept Bernsteins und hielt an der revolutionären marxistischen Theorie fest, obwohl sich in der Praxis der Arbeiterbewegung das Konzept des Reformismus durchsetzte. Erst mit dem reformistischen Godesberger Programm von 1959 überwand die SPD verspätet den Widerspruch zwischen ihrer revolutionären Theorie und ihrer reformistischen Praxis. Da aber trotz des reformistischen Godesberger Programms keine revisionistisch-reformistische Theorie tradition entstand und der Reformismus der Arbeiterbewegung theoretisch „sprachlos“ blieb, konnte sich seit Ende der sechziger Jahre in der akademischen Linken widerstandslos ein orthodoxer Marxismus durchsetzen, der sich als antirevisionistisch und antireformistisch verstand. Nicht durch eine geistige Gegenoffensive der reformistischen Arbeiterbewegung, sondern durch selbstkritische Diskussionen innerhalb der marxistischen Linken um die „Krise des Marxismus“ hat sich in der akademischen Linken zunehmend die ernüchternde Einsicht ausgebreitet, daß gerade ein antirevisionistisch-antireformistischer Marxismus die emanzipatorischen Ansprüche von Marx nicht einzulösen vermag.

## Herfried Münkler: Marx heute

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/83, S. 25—35

Marx ist auch heute noch aktuell — das ist die Grundthese dieses Aufsatzes. Um diese Aktualität zu ermitteln, muß jedoch die Marxsche Theorie von einer Fülle von Deformationen, die sich in der Zeit ihrer Ausformung an den Marxismus angelagert haben, befreit werden. Ebenso sind dabei die zeitgenössischen Bedingungen, unter denen die Marxsche Theorie entstanden ist, kritisch ins Auge zu fassen.

Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte des Marxismus von Kautsky über Lenin bis zu jüngsten Formen marxistisch drapierter Revolutionsromantik wird in Umrissen die Marxsche Theorie skizziert, wobei einerseits Marx' Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit sowie seine Produktionsverherrlichung dargestellt, andererseits aber auch hervorgehoben wird, daß er — an lange eher unbeachtet gebliebenen Stellen seiner Theorie — aber auch die negativen und zerstörerischen Konsequenzen des Fortschritts und der Produktivkraftentfesselung gesehen hat.

Daran anschließend wird die Marxsche Forderung nach Planung und Kontrolle des „Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ nicht im Hinblick auf die Entfesselung der Produktivkräfte, sondern hinsichtlich ihrer bewußten und verantwortungsvollen Limitierung gewendet. Dabei wird jedoch gegen die Vorstellungen einer sozialistischen Ökodiktatur kritisch eingewandt, daß diese dem Marxschen Gedanken menschlicher Autonomie nicht zu genügen vermag, sondern nur eine neue Form der Fremdbestimmung darstellt.

## Wilhelm Mensing: Zur Kulturpolitik der DKP

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/83, S. 37—46

Die Deutsche Kommunistische Partei weist der Kultur ihre Funktion auf dem Weg zur sozialistischen Revolution zu: Sie wird als Waffe im Klassenkampf gebraucht. Wenn dann die „Macht der Arbeiterklasse“ erreicht ist, soll eine von der marxistisch-leninistischen Partei mit Hilfe des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen bewußt gelenkte und durchgesetzte Kulturrevolution stattfinden. Sie soll die — nach der Zwei-Kulturen-Theorie Lenins zunächst nur in Elementen vorhandene — „demokratische und sozialistische“ Kultur zur beherrschenden Kulturströmung machen.

Nach dem Vorbild der DDR strebt die DKP eine sozialistische Nationalkultur an, die die Kultur der Arbeiterklasse, geführt von der marxistisch-leninistischen Partei, sein soll.

Im Hinblick auf dieses Ziel arbeitet die DKP seit Beginn ihrer Tätigkeit an einem kulturpolitischen Netzwerk. Sie lenkt ein System von Verlagen und Buchhandlungen und baut ihre Medien und deren Vertrieb aus. Über eigene Unternehmen und Einrichtungen hinaus erweitert die DKP ihre kulturpolitische Wirkung durch Einflußnahme auf die Gründung und Arbeit von vielfältigen Vereinigungen und Initiativen.

Von sozialistischen „Kulturschaffenden“ verlangt die DKP strikte „Parteilichkeit“: Nur wer zunächst einen klaren Klassenstandpunkt hat, wer das politisch weltanschauliche Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als Voraussetzung für seine Tätigkeit akzeptiert, hat seinen Platz im Kulturleben einer sozialistischen Gesellschaft.

Am Beispiel der Schriftsteller Martin Walser, F. X. Kroetz und E. A. Rauter werden Verständnis und Auswirkung dieser „Parteilichkeits“-Forderung dargestellt.

Angesichts ihrer schwachen eigenen Kräfte versucht die DKP so wie in anderen politischen Bereichen auch in der Kulturpolitik, ihre Position durch die Gewinnung von Bündnispartnern zu stärken. Sie hat dabei beträchtliche Erfolge, obwohl sie entgegen ständig wiederholten Beteuerungen gegenüber diesen Bündnispartnern einen politischen Führungsanspruch erhebt.